



Erwin Dotzel:

Gute Kooperation auch mit der Opposition

Der Würther Bürgermeister ist Nachfolger des verstorbenen unterfränkischen Bezirksratspräsidenten Albrecht Graf von Ingelheim. **Seite 15**



Dr. Ivo Holzinger:

SPD setzt auf Kommunalpolitik

Beim Bürgermeister- und Landrätetag der SPD-Landtagsfraktion erläuterte der SGK-Vorsitzende die konzeptionellen Eckpunkte. **Seite 2**



Prof. Dr. Claus Grimm:

Bayern und Böhmen im Blickpunkt

Mit der länderübergreifenden Ausstellung in Zwiesel verabschiedet sich der langjährige Leiter vom Haus der Bayerischen Geschichte. **Seite 3**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 1. Februar 2007

58. Jahrgang / Nummer 3

Bayerischer Tourismustag in Nürnberg:

Qualität im Zuge der Globalisierung

Deutschlands Urlaubsland Nummer Eins verbucht bei seinen Übernachtungen aus dem Ausland kontinuierliche Zuwachsraten. Rund 12 Millionen internationale Gäste haben 2006 in Bayern übernachtet - Tendenz steigend. Für Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber ist das ein klarer Beleg, dass der Freistaat im weltweiten Wettbewerb der Urlaubsziele ganz vorne mitspielen kann. „Umso wichtiger ist es, unsere Zielgruppen und deren Erwartungen zu kennen und speziell ausgerichtete Qualitätsstandards anzubieten“, so der Minister beim Bayerischen Tourismustag in Nürnberg.

„Die Ansprüche sind unterschiedlich, für jeden Anspruch gibt es in Bayern Häuser mit differenzierenden Standards. Entscheidend ist, dass die Erwartungen des Gastes befriedigt werden und im Idealfall sogar übertroffen“, betonte Richard Adam, Geschäftsführer der Bayern Tourismus Marketing GmbH (by.TM).

Diesen Anforderungen professionell gerecht zu werden, ist das Ziel der by.TM, das mit der umfangreichen Produktfamilie verfolgt wird.

In der Offensive bleiben

Die Zahlen der einzelnen Bereiche - Heilbäder und Kurorte, Hotel- und Gaststättengewerbe, Urlaub auf dem Bauernhof sowie Camping-Branche - zeigten, dass der bayerische Tourismus zuversichtlich in das neue Jahr blicken kann, bemerkte Minister Huber. Freilich sei nur durch gute Ideen und harte Arbeit, strategischen Weitblick und beste Konzepte die Führungsposition des Freistaats zu halten. Huber: „Wir müssen dauerhaft in der Offensive bleiben und die Gäste immer wieder neu für Bayern begeistern. Das ist mit einem reinen Wettbewerb über die Preise nicht zu machen. Setzen wir unseren Wettbewerbern einen Qualitätstourismus entgegen!“

Durchgängige Qualitätskette

Ziel müsse es sein, im gesamten Betrieb eine durchgängige Qualitätskette zu etablieren. Dazu gehöre u. a., bereits vor der Buchung beim Angebot und der Aufgliederung der Informationen auf Kundenfreundlichkeit zu setzen, bei der Buchung dem Gast zur Seite zu stehen bzw. eine anwenderfreundliche Internetbuchung zu ermöglichen und (Fortsetzung auf Seite 4)

Wohin geht die Reise?

Die Zukunft des Tourismus auf der C-B-R

Der Klimawandel war das Thema des warmen Winters. Klar ist: Klimaschutz ist eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Unter dem Motto „Zukunft Reisen - nachhaltiger Tourismus als Zukunftsperspektive“ präsentiert deshalb die C-B-R Freizeit und Reisen vom 22. bis 26. Februar 2007 in München ein Themenforum rund um Umwelt, Freizeit und Tourismus. Besucher können sich informieren, wohin die Reise in Sachen Klima und Umwelt geht.

Urlaub macht nur Spaß, wenn das Ziel der Reise eine gesunde Umwelt bietet: Saubere Seen, blumenbunte Bergwiesen, Strände ohne Schmutz und Unrat. Ein bisschen „Umwelt-Kosmetik“ reicht nicht. Das Stichwort heißt „nachhaltig“. Weitere Infos im Internet unter: www.c-b-r.de.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

E.ON Umweltpreis:

Belohnung für ökologische Leistungen

Die Ausschreibung für den E.ON Bayern Umweltpreis 2007 läuft noch bis zum 28. Februar 2007. Der Preis dient der Einführung und Umsetzung innovativer, energiesparender und umweltschonender Projekte. „Wir engagieren uns nicht nur für eine umweltgerechte Energieversorgung, sondern fördern auch die ökologischen Leistungen anderer in Bayern“ heißt es in den Unterlagen des größten Energieversorgers im Freistaat.

Teilnehmen können Kommunen und kommunale Einrichtungen, kirchliche Einrichtungen, Vereine, Initiativen und Unternehmen. Der E.ON Bayern Umweltpreis steht unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Im Mittelpunkt des E.ON Bayern Umweltpreises stehen Vorhaben, die ohne eine Förderung nicht oder nur schwer umsetzbar wären. Mit 200 eingereichten Bewerbungen stieß die erste Verleihung des E.ON Bayern Umweltpreises im Jahre 2005 auf eine durchweg positive Resonanz. Das Engagement für den Umweltschutz in Bayern ließ 2006 die Teilnehmerquote noch um 30 Prozent ansteigen: An die 300 Bewerbungen gab es im vergangenen Jahr.

Weitere Informationen im Internet unter www.eon-bayern.com. Die GZ-Dokumentation des vergangenen Jahres finden Interessierte auf der GZ-Website www.gemeindezeitung.de; der direkte Link lautet: <http://www.gemeindezeitung.de/archiv99/Sonderbeilage-EON-Bayern-Umweltpreis-06.pdf>.

Bundesweites Kraftzentrum

Wirtschaftsstudien setzen Landshut auf Platz 1

Gleich zwei aktuelle unabhängige Studien zeigen die Stadt Landshut in punkto Wirtschaftskraft bundesweit auf Spitzenplätzen. Der Trend, der sich angekündigt hatte, setzt sich somit fort: Das Magazin Focus Money führt die Stadt in seinem aktuellen Wirtschaftsranking der kreisfreien Städte auf Platz 1 und ist somit die wirtschaftlich beste Stadt Deutschlands. Zu vergleichbaren Werten kommt die neueste Markterhebung des GfK-Instituts.

Der Focus-Erhebung wurden Daten von 425 kreisfreien Städten und Landkreisen zu Grunde gelegt. Den Angaben zufolge basiert das Ranking auf der Bewertung der Wirtschaftskraft der Kreise und Gemeinden anhand von Arbeitslosenquote, Bruttowertschöpfung, Investitionen, verfügbarem Einkommen, Bruttoinlandsprodukt, Bevölkerungswachstum sowie der Zahl der Erwerbstätigen.

Kaufkraftkennziffer weit über Bundesdurchschnitt

Als nächste Stadt folgt in der

Gesamtbewertung (also inklusive der Landkreise) Regensburg auf Platz 22 und München auf Platz 23.

Jüngst veröffentlicht, zeigte auch die neueste Markterhebung des GfK-Instituts, dass man mit einer Kaufkraftkennziffer für 2007 rechnet, die weit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Demnach liegt die Kaufkraft bei einem Index von 117,6. Das bedeutet, dass der Kunde, der in Landshut 1 Euro ausgibt, 17,6 Prozent mehr für sein Geld bekommt als im Bundesdurchschnitt. Im deutschlandweiten Ranking liegt Landshut damit

Huber zur Entwicklung des ländlichen Raums:

Gleichwertige Lebensbedingungen

Kabinettschließt Programmwurf Nicht einseitig auf Ballungsräume setzen

Das Kabinett hat den Entwurf eines Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums in Bayern beschlossen, mit dem die guten Arbeits- und Lebensperspektiven in den ländlichen Regionen im Freistaat auch künftig gesichert werden sollen. Wirtschaftsminister Erwin Huber betonte, dass die Fortentwicklung und Förderung der strukturschwächeren ländlichen Gebiete Bayerns eine zentrale Aufgabe der bayerischen Wirtschafts- und Landesentwicklungs politik ist und bleibt.

Huber: „Das neue Programm für Bayerns ländlichen Raum ist ein klares Signal für gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern und damit auch für eine gleichberechtigte Partnerschaft des ländlichen Raums mit den Metropolregionen. Das Programm ist Ausdruck unserer zentralen politischen Leitentscheidung, das ganze Land konsequent weiter zu ent-

wickeln und nicht einseitig auf die Ballungsräume zu setzen. Nur mit einer gleichmäßig dynamischen Entwicklung aller Landesteile wird Bayern auch künftig zu den innovativsten Regionen Europas zählen.“

Neue Instrumente

Als neue Instrumente für den Ländlichen Raum stellt Wirtschaftsminister Huber die Technologie- und Innovationsförderung heraus. Von der Bereitstellung schnellen Internets über Cluster, Regionalförderung, Regionalmanagement, nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien bis zur Schöpfung regionaler endogener Potentiale werde der „Werkzeugkasten“ der Staatsregierung für den Ländlichen Raum (Fortsetzung auf Seite 4)

Günstiger Gaspreis

Doch nicht nur im Vergleich der Wirtschaftskraft, auch der jüngst amtliche Gaspreisvergleich der insgesamt 739 bundesdeutschen Gasversorgungsunternehmen hat große Wellen geschlagen. Berücksichtigt man nur die bayerischen Gasversorger aus der Untersuchung des Kartellamtes, so liegen die Stadtwerke Landshut, nach denen in Aschaffenburg, an zweiter Stelle. Im Bundesgebiet gehören sie zu den günstigsten Anbietern in einer Rangordnung nach aufsteigenden Gaspreisen in allen Abnahmebereichen auf den Plätzen 48 und 58. Auch laut dem seit 25 Jahren durchgeführten Gaspreisvergleich der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wibera AG unter den circa 90 bayerischen Gasversorgern liegen die Stadtwerke Landshut immer zwischen Platz zwei und zehn.

Neues von Sabina

Wer denkt an die Sandwich-Generation? Angesichts berechtigter Sorgen um eine grassierende Altersarmut in der Zukunft ruft der Bürgermeister zu einer neuen Balance zwischen den Generationen auf. Dazu gehört auch ein längst überfälliger Bewusstseinswandel in der Gesellschaft. **Seite 15**



Vielleicht spielt es eine Rolle, dass Georg der Reiche in Landshut beheimatet war und dass Josef Deimer hier mehr als drei Jahrzehnte als Oberbürgermeister wirkte. Das subjektive Gefühl, dass man in der niederbayerischen Metropole besonders gut lebt, schlägt sich jedenfalls in objektiven Zahlen nieder. Oberbürgermeister Hans Rampf kann stolz sein auf die Wirtschaftskraft seiner Heimatstadt, die jüngst gleich zwei Mal ausgezeichnet wurde.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite	
Hauptschulen zur Ganztagschule weiterentwickeln	2
Ausbau der Hochschulen	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Irrungen und Wirrungen in der Berliner Kommunalpolitik	3
NürnbergMesse mit Rekorden auf der ganzen Linie	3
Bürgerfreundlichere Verwaltungsverfahren	3
Vorausschauende Gestaltung in der Kommunalentwicklung	4
GZ-Fachthemen:	
Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	5 - 7
Kommunaler Bau	8/9
Wasser - Abwasser	10/11
Kommunalfahrzeuge	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

8. Bürgermeistertag im Maximilianeum mit Bundesfinanzminister Steinbrück:

SPD setzt auf Kommunalpolitik

Gewerbsteuer, Daseinsvorsorge, Stärkung des Ehrenamtes und wohnortnahe Schule bleiben Eckpunkte

Solide Finanzen, insbesondere durch Erhalt der Gewerbesteuer, Daseinsvorsorge für die Bürger, Stärkung des Ehrenamtes und wohnortnahe Schule - das sollen die Eckpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik bleiben. Beim 8. Bürgermeister- und Landrätetag der SPD-Landtagsfraktion im Maximilianeum fassten Fraktionsvorsitzender Franz Maget und Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) die Schwerpunkte ihrer Arbeit in Bayern für die Jahre 2007 und 2008 mit Kommunalwahl am 2. März und Landtagswahl im September zusammen. Dabei setzen die sozialdemokratischen Mandatsträger auf die Kraft ihrer Argumente.

Prominenter Gast war Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Vor rund 200 Teilnehmern des 8. Bürgermeistertages und vor der Presse sprach Steinbrück von einem exzellenten Jahr 2006 für die Kommunen, die bundesweit netto etwa 28 Mrd. Euro Gewerbesteuer eingenommen haben und einen Finanzüberschuss von rund einer Milliarde bilanzieren könnten. Da jedoch der Bund bei der Haushaltswahl noch keinesfalls aus dem Tunnel herausgekommen sei, ließ der Finanzminister keinen Zweifel daran, dass mit zusätzlichen Leistungen für die Kommunen jedenfalls aus Berlin nicht zu rechnen sei.

Gewerbsteuer bleibt sicherste Einnahmequelle

Die Gewerbesteuer bleibt, wie Steinbrück und Maget unisono betonten, die sicherste Einnahmequelle der Kommunen, an deren Fließen Wirtschaft und Wachstum örtlich am besten zu erkennen sei. Ein Ersatz dieser Steuer etwa durch höhere Einkommensteueranteile sei keine Lösung kommunaler Probleme. In gleicher Übereinstimmung äußerten sich beide zur kommunalen Daseinsvorsorge im Interesse der Bürgerschaft. Dazu gehören die inzwischen durch die EU-Kommission gesicherten Sparkassen als öffentlich-rechtliche Banken, die am besten den Kreditbedürfnissen der Wirtschaft vor Ort dienen könnten, vor allem dem Mittelstand. Die Bedeutung der Sparkassen spiegelt sich darin wider, dass etwa 60% aller öffentlichen Investitionen über sie finanziert werden. Den Verkauf von Sparkassen und kommunalen Versorgungsdiensten an private Unternehmer lehnten beide Politiker kategorisch ab.

Die bessere Honorierung des kommunalen Ehrenamtes, voran Feuerwehr und technische Hilfsdienste, gehört ebenfalls zur Daseinsvorsorge, die gestärkt wer-

den soll. Steinbrück berichtete, der Referententwurf eines Zehnpunkte-Planes, der u. a. steuerliche Anreize für die Ausübung von Ehrenämtern vorsieht, werde derzeit in den Gremien der SPD und mit den Kommunen beraten. Rund 430 Mio. Euro würden derzeit von Bund, Ländern und Gemeinden für die Finanzierung des Ehrenamtes aufgewendet.

Kein Spielraum für weitere Fördertatbestände

Nach der nicht öffentlichen Aussprache mit den Kommunalpolitikern berichteten Holzinger



Dr. Ivo Holzinger.

und der Steuerexperte der SPD-Fraktion, Jürgen Dupper, der Presse, in der „sehr regen Diskussion“ sei es um die Finanzen der Stadtwerke, um die Trinkwasserversorgung und die anderen kommunalen Dienste gegangen. Dabei habe der Minister nochmals betont, es gebe beim Bund keinen Spielraum für weitere Fördertatbestände, solange die Finanzlage trotz Rückführung der Neuverschuldung kritisch sei. Eine Erleichterung für die Kommunen werde dadurch angestrebt, dass Mehreinnahmen etwa aus der Energieversorgung zur Deckung von Defiziten bei Stadtwerken, Bädern oder im Nahverkehr im We-

ge der Quersubventionierung rechtlich einfacher transferiert werden können.

Altbauanierung

Von den Kommunalpolitikern wurde laut Holzinger und Dupper u. a. die Altbauanierung angemahnt und die Rückkehr zur vollen Fernpendler-Pauschale gefordert. Letzteres habe Steinbrück als unrealistisch erachtet. Sorgen wurden laut wegen einer in der SPD erörterten Erhöhung der Erbschaftsteuer. „Wir sehen die Realitäten“, versicherte Dupper. Entscheidend bleibe der Erhalt der Betriebe und Arbeitsplätze. Ein wunder Punkt bleibt offenbar auch die Weitergabe steigender Strompreise an die Abnehmer.

Wohnortnahe Schule

Der 8. Bürgermeistertag klang aus mit dem öffentlich erörterten Thema „Wohnortnahe Schule erhalten - Konzept Regionalschule“. Bildungsexperte Hans-Ulrich Pfaffmann erläuterte das Konzept der SPD-Fraktion. Angesichts eines Schülerrückgangs um landesweit 20 bis 30 Prozent bis 2023 (regional unterschiedlich) soll die Grundschule

von vier auf sechs Klassen erweitert werden und die Regionalschule mit dem mittleren Bildungsabschluss oder der qualifizierten Berufsreife nach der 10. Jahrgangsstufe enden.

Die Regionalschule sei pädagogisch und im Sinne der Kinder besser als der Übergang in Haupt- oder Realschule nach der 4. Grundschulklasse. Sie sei auch als wohnortnahe Schule gerade in Landgemeinden mit dem Begriff Heimat verknüpft. Es gehe um mehr schulpolitische Kompetenz für Gemeinden und Landkreise. „Maßgenaue Modelle“ für eine flächendeckende Regionalschulstruktur sollten in den Landkreisen erarbeitet werden.

Gleiche Bildungschancen

Albin Dannhäuser, Vorsitzender des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), stimmte zu: Bildungschancen dürften nicht davon abhängen, in welcher Region ein Kind geboren wurde. Zudem sei die Schule ein Teil der Standortqualität der Gemeinde. Auch die Diskussion ergab weitgehende Zustimmung. Die CSU lehnt das Konzept nicht zuletzt aus finanziellen Gründen ab.

Helga Schmitt-Bussinger, die als kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion die Diskussionen leitete, machte den Landräten, Bürgermeistern und Gemeinderäten im Schlusswort Mut: „Ihr seid die Stärke und das Aushängeschild der SPD in Bayern.“ **rm**

Brandl zum kostenlosen Kindergartenbesuch:

Wer bezahlt das?

Gemeindetag vermisst seriöse Finanzierungsgrundlage

„Familienpolitisch kann ich die Forderung der SPD durchaus verstehen. Ganztagsbetreuung im Vorschulalter für Kinder im Alter von einem bis fünf Jahren würde vielen Eltern die Entscheidung für Kinder spürbar erleichtern. Die Idee hat nur einen entscheidenden Haken: Angesichts der nach wie vor angespannten Finanzsituation der Kommunen können Bildungs- und Betreuungseinrichtungen nicht kostenlos angeboten werden. Das wird auch die SPD einsehen müssen. Andernfalls soll sie uns sagen, wie wir entstehende Defizite ausgleichen sollen“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zum Beschluss der SPD auf der Klausurtagung ihres Vorstands in Bremen, innerhalb von drei Jahren einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von kleinen Kindern zu schaffen. „Der bloße Verzicht auf künftige Erhöhungen des Kindergelds wird die Finanzierungslücke nicht schließen können.“

Die Sozialdemokraten haben auf der Klausurtagung ihres Vorstands in Bremen beschlossen, innerhalb von drei Jahren einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kindern im Alter von einem bis fünf Jahren zu schaffen. Zur Finanzierung der hierfür nötigen Plätze in Kindertageseinrichtungen sollte auf die künftige Erhöhung des Kindergelds verzichtet werden. In Bayern gibt es ca. 372.000 Kindergartenplätze sowie 8.000 Krippenplätze. Schätzungsweise 300 Mio. Euro an Gebühren zahlen die Eltern jährlich für diese Plätze. Dieser Betrag würde beim Angebot kostenloser Betreuungsplätze entfallen. Sollte der Bund nicht allein die Finanzierung sicherstellen, so müssten, eine entsprechende Zustimmung im Bundesrat vorausgesetzt, die Länder eine etwaige Deckungslücke schließen. Der Freistaat Bayern wäre nach dem Konnexitätsprinzip zu entsprechenden Mehrausgaben gezwungen. **□**

Wegen des Anstiegs der Studentenzahlen:

Ausbau der Hochschulen

Goppel: „Historische Chance, um Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern für globalen Wettbewerb zu stärken“

Die bayerischen Hochschulen werden fit gemacht für den prognostizierten Anstieg der Studierendenzahlen. Dazu beschloss das Kabinett, die Kapazitäten an den staatlichen Fachhochschulen und Universitäten in Bayern weiter auszubauen.

Bayern setzt sich zum Ziel bis 2012 bis zu 38.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel: „Wir wollen mehr Studierende. Damit der Wissenschaftsstandort Bayern seine Spitzenposition im nationalen und internationalen Wettbewerb halten und ausbauen kann, werden wir alles dafür tun, um jedem studierfähigen und studierwilligen jungen Menschen ein qualitativ hochwertiges Studium zu ermöglichen.“ Der in Prognosen vorausgesagte Anstieg der Studierendenzahlen in den näch-

sten Jahren ist nach den Worten Goppels eine historische Chance, um Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern weiter für globalen Wettbewerb zu stärken. Es gehe hier sowohl um die Zukunft einer ganzen Generation als auch um die Innovationskraft Bayerns. Die Hochschulausbildung „Made in Bavaria“ müsse ein internationales Markenzeichen bleiben, betonte der Minister. Goppel: „Wir wollen, dass die bayerischen Unternehmen auch in Zukunft auf ein großes Potential an hoch qualifizierten Fachkräften zurückgreifen können,

Ab in den Schneeeeeeeee!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Kultusminister Siegfried Schneider:

Hauptschulen zur Ganztagschule ausbauen

An den Hauptschulen sind so Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider im Vergleich mit anderen Schulen mehr Kinder, die zusätzliche Förderung und Unterstützung brauchen. Diesen Kindern und ihren Eltern müssen wir bessere Angebote machen. Schneider: „Zielrichtung der geplanten Hauptschulinitiativen ist eine Förderung und Stärkung der Schüler, damit die Schüler im Anschluss an die Hauptschule eine gute Ausbildungsstelle und sichere berufliche Perspektiven erhalten können. Es geht um Chancengerechtigkeit für alle Kinder. Wir müssen alle Talente optimal fördern.“

Ein zentrales Element dieser Politik ist der Ausbau von Ganztagsangeboten, vor allem der rhythmisierten Ganztagschule für die Hauptschüler. Schneider: „Die ganztägige Förderung und Betreuung müssen wir ausbauen, damit Kinder unabhängig von den Möglichkeiten zu Hause optimale Bildungschancen haben. Es geht nicht um eine Pflicht, sondern es geht darum, dass alle Kinder, für die eine Förderung auch am Nachmittag das Richtige ist, diese Unterstützung auch bekommen können.“

Stärkere Orientierung an der Berufswelt

Schneider kündigte an, dass insbesondere die Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler auch durch eine stärkere Orientierung an der Berufswelt verbessert wird. Dies heißt zunächst, dass die Grundfertigkeiten der Schüler vor allem in Mathematik und Deutsch im Mittelpunkt stehen müssen, aber auch das Arbeits- und Sozialverhalten der Schüler nachhaltig gestärkt werden soll. „Es sollen an Hauptschulen sogenannte Profilbereiche geschaffen werden, die etwa in den Bereichen Handwerk und Technik, Wirtschaft, Handel und Dienstleistungen oder Gesundheit, Soziales und Hauswirtschaft den Schülern praxisnah die erforderlichen Kernkompetenzen für den Beruf vermitteln. Wichtig ist nach den Worten Schneiders dabei auch, dass die Zusammenarbeit von Unternehmen, Hauptschulen und beruflichen Bildungseinrichtungen deutlich intensiviert wird. Schüler sollen etwa durch Praktika und Übungsfirmen frühzeitig praktische Erfahrungen sammeln und die Erfahrungen im Schulunterricht verarbeiten und vertiefen. Schneider: „Wir werden die Hauptschule zu einer profilierten berufsvorbereitenden Schule weiter entwickeln.“

Schneider betonte, dass bei alledem das qualitativ hochwertige und vielseitige Angebot der Hauptschule auch im ländlichen Raum zum Beispiel durch Schul-

verbünde bestmöglich gesichert werden muss. Derartige Schulverbünde sollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen verwirklicht werden.

Zukunftsorientierte Anschlussmöglichkeit

Schneider machte deutlich, dass auch künftig Hauptschul- und qualifizierender Hauptschulabschluss nach der 9. Jahrgangsstufe erworben werden und besonders leistungsstarke Schüler auch künftig in 10 Schuljahren den Mittleren Bildungsabschluss erreichen können. Schneider: „Ein guter Hauptschulabschluss wird auch künftig ein solides Fundament für zukunftsorientierte Berufschancen und für alle anderen Bildungsabschlüsse sein. Es gilt das Prinzip, kein Abschluss ohne zukunftsorientierte Anschlussmöglichkeit.“

Nach den Worten Schneiders wird im Rahmen der anstehenden Dienstrechtsreform geprüft werden, wie wir auch Hauptschullehrern Beförderungsmöglichkeiten anbieten können, um deren Leistung verstärkt anzuerkennen. **□**

Freistaat unterstützt private Schulträger

Nachdem das Kabinett bereits im November zusätzliche Maßnahmen zur Förderung von Schulbauten für öffentliche Träger beschlossen hat, werden künftig auch private Schulen dabei unterstützt, vermehrt Ganztagsangebote aufzubauen. Kultusminister Siegfried Schneider: „Wir wollen auch den privaten Schulträgern helfen und dazu beitragen, die Vielfalt des bayerischen Bildungswesens zu erhalten.“ Er kündigte an, dass Bayern im Rahmen des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes einen Betrag von ca. 5,5 Millionen Euro für diese Maßnahmen bereitstellen wird. Für diese zeitlich befristete Maßnahme wird der Fördersatz von gegenwärtig 50 auf 65 Prozent angehoben. Schneider erläuterte, dass mit dieser Entscheidung viele private Schulträger, die zunächst beim Förderprogramm des Bundes zum Ausbau von Betreuungsangeboten leer ausgehen, von Bayern jetzt unterstützt werden können. **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Krafft
91475 Lonnerstadt
am 7.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Träger
91560 Heilsbrunn
am 10.2.

Bürgermeister Richard Findl
84359 Simbach a. Inn
am 15.2.

Bürgermeister Alfons Schießwohl
94365 Parkstetten
am 17.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Keiß sen.
86502 Laugna
am 9.2.

Bürgermeister Johann Bäuerlein
96117 Memmelsdorf
am 17.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernhard Rümpelein
95511 Mistelbach
am 6.2.

Bürgermeister
Wilhelm Sturm
97348 Wilanzheim
am 10.2.

Bürgermeister
Walter Wörle
86865 Markt Wald
am 11.2.

Bürgermeister
Bernhard Kraus
92355 Velburg
am 16.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Kurt Baiker
89250 Senden
am 17.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Andreas Galster
91083 Baiersdorf
am 8.2.

Bürgermeister Peter Klinger
96367 Tschirn
am 16.2.

Bürgermeister
Christian Gangl
87629 Füssen
am 18.2.

Bayerische Landesausstellung 2007:

„Bayern-Böhmen - 1500 Jahre Nachbarschaft“

Vom 25. Mai bis zum 14. Oktober 2007 findet in Zwiesel im Bayerischen Wald die Bayerische Landesausstellung „Bayern-Böhmen: 1500 Jahre Nachbarschaft“ des Hauses der Bayerischen Geschichte und der Stadt Zwiesel statt. Auf drei Ebenen mit über 1.500 m² wird hierbei die vielschichtige bayerisch-böhmische Nachbarschaft der vergangenen 1500 Jahre in sechs Abteilungen dargestellt.

Hochwertige und einzigartige Ausstellungsstücke aus Museen und Privatsammlungen aus Deutschland, Tschechien und anderen europäischen Ländern, Filme, Hör- und Computerstationen sowie spannungsreiche Inszenierungen weisen darauf hin, dass diese Landesausstellung ein Erlebnis wird. Alle Ausstellungsabteilungen sind sowohl in Deutsch als auch in Tschechisch betextet.

Gemeinsame Siedlungs- und Kulturräume

Archäologische Funde bezeugen gemeinsame Siedlungs- und Kulturräume diesseits und jenseits der heutigen Grenze. Glanzvolle Exponate erzählen vom frühen Christentum, von den Heiligen Wenzel und Wolfgang sowie von „Neuböhmen“ in der Oberpfalz zu Zeiten Kaiser Karls IV. in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Eheverbindungen zwischen bayerischen und böhmischen Adelsgeschlechtern knüpften enge politische Bande. Auf gegenseitige Einflüsse verweisen auch die „Schönen Madonnen“ im 14. und frühen 15. Jahrhundert. Der Handel entlang der großen Straßennetze von Prag über Nürnberg und Regensburg blühte auf. Die Hussitenzeit im frühen 15. Jahrhundert und der Dreißigjährige Krieg unterbrachen hingegen das friedliche Miteinander.

Eine „Schatzkammer Mitteleuropas“ versammelt prächtige

Goldschmiedearbeiten aus Nürnberg, Augsburg und München, barocken Glasschliff aus böhmischen Hütten und Egerer Intarsi-



Mit der Bayern-Böhmen-Ausstellung verabschiedet sich der langjährige Leiter, Prof. Dr. Claus Grimm, vom Haus der Bayerischen Geschichte.

enarbeiten. Bedeutende Künstler kamen an den Prager Hof Kaiser Rudolfs II., der viele Gemälde und Zeichnungen des Nürnbergers Albrecht Dürer dort zusammengetragen hatte. Der böhmisch-altbayerisch-fränkische Kulturraum der Barockzeit, der mit den Namen der Architekten- und Malerfamilien Dientzenhofer und Asam sowie des Bildhauers Ferdinand Tietz verbunden ist, vereinte Architektur, Malerei und Skulptur. Wallfahrten und

gemeinsame Heilige, allen voran der Brückenheilige Johannes von Nepomuk, verklammerten Alltag und Festtag. In einer „gläsernen Kapelle“ können die Besucher in die Welt der böhmisch-bayerischen Glasmacherkunst eintauchen. Im 19. Jahrhundert malten tschechische Künstler oberbayerische Idyllen, während bayerische Maler das „Goldene Prag“ abbildeten. Einen gemeinsamen Erfolg stellt die bayerisch-böhmische Bier-Geschichte dar.

Traumatisierung durch Nazis und Kommunisten

Das 20. Jahrhundert stand im Zeichen nationalistischer Abgrenzungen und der Brüche vieler Verbindungen. Das „Münchener Abkommen“ von 1938 und die Besetzung durch deutsche Truppen bedeuteten das gewaltsame Ende der erst 1918 gegründeten Tschechoslowakei. Die Vertreibung zehntausen-

der Tschechen und der blutige

Terror der NS-Herrschaft brachten sich tief ins tschechische Gedächtnis ein. Die Entrechtung und Vertreibung von drei Millionen Deutschböhmern nach Ende des Zweiten Weltkriegs traumatisierte diese Menschen und beendete ein jahrhundertlanges Miteinander innerhalb Böhmens. Viele Vertriebene fanden ihre neue Heimat in Bayern und leisteten einen bedeutsamen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufstieg. Nach 1948 und erneut nach dem „Prager Frühling“ 1968 kamen zahlreiche tschechische Emigranten nach Bayern. Originale Zeugnisse wie das Münchner Abkommen, Zeitzeugeninterviews und Fotografien wecken das Verständnis für die Schicksale der Menschen auf beiden Seiten der Grenze.

Reger neuer Austausch

Seit dem Ende des Eisernen Vorhangs 1989 sind enge Wirtschaftskontakte und ein reger neuer Austausch zwischen Bayern und Tschechien entstanden. Ein medialer Blick auf die Gegenwart und die gemeinsame Zukunft innerhalb Europas bildet den farbenfrohen Schlusspunkt der Ausstellung.

Ergänzend zur Landesausstellung verbindet eine breit gefächerte Begleitmaßnahme die grenznahen Regionen in Niederbayern, der Oberpfalz, in Oberfranken und in Westböhmen. Das Programm „Treffpunkte / Setkání“ benennt Kulturdenkmäler, Museen, Festspiele, Sonderausstellungen an etwa 50 Orten in dieser Region, die an bayerisch-böhmische Gemeinsamkeiten erinnern. **DK**

NürnbergMesse:

Rekorde auf der ganzen Linie

125 Millionen Euro Konzernumsatz in 2006

Die NürnbergMesse profitiert von der in vielen Bereichen erneut boomenden Konjunktur. Mit einem Umsatzsprung auf 125 Mio. Euro verzeichnet die Messegesellschaft für 2006 einen neuen Umsatzrekord. Gegenüber dem turnusmäßig besser vergleichbaren Jahr 2004 bedeutet das eine Steigerung von 17 Prozent. „Die fetten Jahre sind zurück“, kommentierte Bernd A. Diederichs, Geschäftsführer der NürnbergMesse, im Rahmen einer Bilanzpressekonferenz das erfreuliche Ergebnis.

Auch 2007 soll mit einem Konzernumsatz von knapp 120 Mio. Euro deutlich besser werden als 2005 (96 Mio. Euro). „Die NürnbergMesse ist auf der Gewinnerseite. Und da wollen wir bleiben“, erklärte der Nürnberger Messechef. Dazu beitragen soll das Wachstum der erfolgreichen Fachmessen am Standort Nürnberg sowie die weltweite Etablierung von Nürnberger Themen nach dem Vorbild der BioFach. Die Weltleitmesse für Bioprodukte hat inzwischen Ableger in Nord- und Südamerika, in Japan und ab 2007 auch in China.

Zukunftsinvestitionen

„China wird für uns in den kommenden Jahren ein wichtiger Wachstumsmarkt sein“, zeigte sich Diederichs überzeugt. 2006 wurde dafür die Tochtergesellschaft NürnbergMesse China gegründet. Neben der Akquisition von Ausstellern und Besuchern für die Fachmessen in Nürnberg wird die

Kommunale erneut in Nürnberg

Am 10. und 11. Oktober 2007 treffen sich die kommunalen Entscheidungsträger zur bedeutendsten Kommunalfachmesse im deutschsprachigen Raum in Nürnberg. Die bewährte Partnerschaft zwischen Bayerischem Gemeindetag und NürnbergMesse geht in die fünfte Runde. Zwei Tage lang gibt es vielfältige Informationen über Produkte und Dienstleistungen für den kommunalen Bedarf. **DK**

Impulsgeber

Bestmarken wurden im vergangenen Jahr nicht nur beim Umsatz, sondern auch bei der verkauften Standfläche, dem Ausstellervolumen sowie den internationalen Ausstellern gesetzt. Erfreulich ist, so der Messechef, dass sich an dieser Rekordjagd auch die Fachbesucher beteiligten. Addiere man das Besuchervolumen der großen Publikumsmessen hinzu, ergebe sich eine Gesamtbesucherzahl von 1,28 Millionen. Diese Fakten zeigen Diederichs zufolge nicht nur eindrucksvoll die Attraktivität der Eigen-, Partner- und Gastveranstaltungen am Standort Nürnberg, sondern sind darüber hinaus auch ein Impulsgeber für die Hotellerie, Gastronomie und den Einzelhandel in der Metropolregion Nürnberg. Insgesamt summierten sich die Sekundäreffekte für die Region auf 600 bis 800 Mio. Euro, das entspricht über 15.000 Vollzeitbeitsplätzen. Sein Fazit: „Messen und Kongresse sind einer

GZ **Kolumne**
Luitpold Braun

liebe Leser



sicher kennen Sie den alten Spruch, dass sich jeder so lächerlich macht, wie er eben kann. Dies gilt auch für die Stadt Berlin und ihren (fast nicht gewählten) Bürgermeister Wowereit.

Da wird darüber gestritten, dass eine Straße nach dem seinerzeitigen Studentenführer Rudi Dutschke benannt wird. Dieser, Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, war einer der Führer der Studentenunruhen des Jahres 1968. Er forderte, dass mit „einem Marsch durch die Institutionen“ das „repressive System“ in der damaligen

Ein mutiger Mann, der sich dem nun wirklich repressiven System in Ostdeutschland widersetzt. Die PDS-Kommunisten, die jetzt in der Berliner Stadtregierung sitzen (eine echte Schande für diese Stadt!), wollen ihm die ange-

Irrungen und Wirrungen in der Berliner Kommunalpolitik

Bundesrepublik abzubauen sei. Irgendwelche Verdienste für unser Land sind mir nicht bekannt geworden. Sie existieren ja auch nicht und können deshalb keine Straßennennung rechtfertigen.

Gleichzeitig wird darüber diskutiert, ob Wolf Biermann Ehrenbürger der Stadt Berlin werden könne. Er arbeitete und lebte als Protestsänger in Ostberlin und wurde von den dortigen Machthabern 1976 zwangsweise ausgebürgert.

messene Ehrung verweigern. Wer hätte je vor 30 Jahren gedacht, dass eine solche Diskussion aufkommen würde! Man kann sich als Betrachter dieses unwürdigen Schauspiels nur mit Grausen abwenden!

Der
Luitpold Braun

Bürgerfreundlichere Verwaltungsverfahren:

Neuer Senat des Verwaltungsgerichtshofs

Beckstein: „Wichtige Standortentscheidung für Mittelfranken“

Bayern geht neue Wege zur Flexibilisierung und Beschleunigung von Verwaltungsverfahren. Der Ministerrat hat ein neues Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem die Pflicht zur Durchführung eines Widerspruchsverfahrens vor Erhebung einer verwaltungsgerichtlichen Klage in zahlreichen Rechtsgebieten aufgehoben und durch ein fakultatives Widerspruchsverfahren ersetzt wird.

Der von einer Verwaltungsentscheidung betroffene Bürger hat im fakultativen Widerspruchsverfahren künftig die Wahlmöglichkeit, ob er eine Entscheidung nochmals behördlich überprüfen lässt, oder ob er gleich Klage zum Verwaltungsgericht erhebt. Die Neuregelung sieht ferner die Verlagerung eines vierten Senates an die Außenstelle des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs in Ansbach vor. Innenminister Dr. Günther Beckstein bezeichnete den Gesetzentwurf als wichtigen Beitrag zu einer schnellen, bürgerfreundlichen Verwaltung. Beckstein: „Wir machen unsere Verwaltungsverfahren bürgernäher und geben den Menschen in Bayern mehr Flexibilität im Umgang mit Behördenentscheidungen. Mit dem neuen Gesetz hat der Betroffene das Wort, ob er gegen die Verwaltungsentscheidung zur nächst höheren Behörde oder gleich zum Verwaltungsgericht geht. Wir lassen den Betroffenen dabei aber keinesfalls im Stich, sondern informieren ihn durch eine klare Rechtsbehelfsbelehrung, in welcher Form er bei welcher Stelle Rechtsschutz suchen kann.“

Die komplette Abschaffung des Widerspruchverfahrens insbesondere in den für die Wirtschaft bedeutsamen Genehmigungsverfahren im Abfallbeseitigungs-, Bauordnungs-, Immissionsschutz- und Wasserrecht lässt eine Straffung des Verwaltungsverfahrens erwarten, die dem Wirtschaftsstandort Bayern zugute kommt. Beckstein: „In den wirtschaftsnahen Genehmigungsverfahren beseitigen wir gezielt die zeitaufwendige verwaltungsinterne Zwischenprüfung und schaffen damit eine wichtige Basis für schnellere Entscheidungen, schnellere Planungssicherheit und schnellere Investitionen.“

Die vorgesehene Verlagerung eines vierten Senates des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs nach Ansbach bezeichnete Beckstein als wichtige Standortentscheidung zur Stärkung Mittelfrankens. Beckstein: „Die Verlagerung eines weiteren Senats unseres höchsten bayerischen Verwaltungsgerichts nach Ansbach ist ein starkes Symbol unserer Politik für starke Regionen in ganz Bayern.“ **DK**



Diederichs zehn Jahre Geschäftsführer

Seit dem 1. Januar 1997 ist Bernd A. Diederichs Geschäftsführer der NürnbergMesse. Strategisch standen die vergangenen zehn Jahre unter der Aufgabe „Wachstum des Messeplatzes Nürnberg“. Zu diesem Zweck wurden rund 400 Mio. Euro in den Ausbau des Messeplatzes investiert. Die mit Abstand größten Projekte waren die Erweiterung der Hallenfläche sowie der Auf- und Ausbau des Geschäftsbereiches CCN CongressCenter Nürnberg. Nürnberg ist heute einer der 15 größten Messeplätze der Welt und auf gutem Wege, eine der bedeutendsten europäischen Kongress-Destinationen zu werden. In den kommenden Jahren will die Gesellschaft trotz eines immer härter werdenden Wettbewerbs nicht nur am Messe- und Kongressplatz Nürnberg weiter wachsen, sie will die Nürnberger Messethemen auch konsequent in anderen Weltwirtschaftsregionen etablieren. Hierzu wurde vor sieben Jahren Nürnberg Global Fairs und im vergangenen Jahr NürnbergMesse China gegründet. Weitere Auslandsmessegesellschaften sollen folgen - natürlich immer zum Nutzen des Standorts, denn: Von der Etablierung Nürnberger Themen an anderen Standorten profitiert auch die mittelfränkische Metropole nachhaltig durch eine weitere Internationalisierung. **DK**

Das Buttenwiesener Modellprojekt:

„Miteinander Zukunft gestalten“

Vom „Modell der kurzfristigen Reaktion“ zum „Modell der vorausschauenden Gestaltung“ in der Kommunalentwicklung

Von Ralf K. Stappen

Der demographische Wandel zeigt heute schon erste Wirkungen. Viele Schulen und Kindergärten, manche erst vor Jahren gebaut oder vollsaniert, stehen heute vor der Schließung - wegen Kinder-mangels. Viele Kommunalpolitiker und auch Bürger fragen sich heute ob man diese Investitionen nicht hätte vermeiden können und wie sie heute ihre Gemeinde qualifiziert auf die Zukunft vorbereiten können. Das Modellprojekt „Miteinander Zukunft gestalten“ (www.zukunft-buttenwiesen.de) der Gemeinde Buttenwiesen ist ein Weg, wie man die Herausforderung meistern kann.

Die wirtschaftstarke Gemeinde Buttenwiesen mit 6.048 Einwohnern war schon unter Bürgermeister Leo Schrell weit über die schwäbischen Grenzen, als Kommune, die mutig neue Wege betritt, bekannt. Auch mit dem Leitbildprozess der Gemeinde, der als Modellprojekt vom Freistaat Bayern (StMUGV) gefördert wurde, betritt man Neuland.

Die Einheitsgemeinde Buttenwiesen entstand im Zuge der Gebietsreform 1978 aus sieben selbstständigen Einzelgemeinden. Das Zusammenwachsen der ehemaligen Einzelgemeinden ist bis heute noch nicht abgeschlossen - was sich schon daran zeigt, dass jeder Ortsteil bis heute eine eigene Feuerwehr „haben muss“.

Veränderungen

Auch Buttenwiesen bleibt vor den Veränderungen der Zukunft nicht verschont. Lange Wachstumsgemeinde, wird sich die Bevölkerungsentwicklung nach dem Demographiebericht der Bertelsmann Stiftung von 2003 bis 2020 auf 0.1 % plus (Landkreis Dillingen 5 % plus) einpendeln; nach 2020 zeichnet sich sogar ein Abwärtstrend ab.

Große Veränderungen wird es

Unser Autor

Ralf K. Stappen war bis zum Jahr 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Seit über zehn Jahren ist er in der Kommunalentwicklung und Kommunalberatung tätig. Er ist Geschäftsführer der SP Group Beratungsagentur (www.sp-group.de) und Leiter des Transferprogramms Kommunale Zukunftsfähigkeit (www.transfer21.de), das im Auftrag des Freistaats Bayern (StMUGV) entwickelt wurde. R. K. Stappen leitete die Modellprojekte „Visionen für Ingolstadt“ der Stadt Ingolstadt, „Zukunftsfähiges Neumarkt“ der Stadt Neumarkt und „Miteinander Zukunft gestalten“ der Gemeinde Buttenwiesen und betreut erfolgreich Leitbildprozesse wie z. B. von Markt Pleinfeld in Bayern. Kontakt: ralf.stappen@sp-group.de

Gleichwertige Lebensbedingungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

chen Raum viele neue Projekte mobilisieren. Nach den Worten Hubers besteht das Gesamtkonzept aus 12 Aktionsfeldern, mit denen alle für den ländlichen Raum relevanten Themen erfasst werden. Dazu zählen unter anderem die Bildungspolitik, Technologiepolitik, Tourismus, Landwirtschaft und Infrastrukturpolitik. Diese Aktionsfelder werden durch Förderprogramme oder andere Maßnahmen und Initiativen ausgefüllt. Huber betonte das große finanzielle Engagement des Freistaates zu Gunsten des ländlichen Raums. Huber: „Kein Land tut mehr für seinen ländlichen Raum als Bayern. Mit den weit überdurchschnittlichen Finanzmitteln für Investitions- und För-

der Altersstruktur geben, die wie in vielen anderen Kommunen auch, erhebliche Auswirkungen auf das Einkommensteueraufkommen haben wird. Die Gruppe der 0- bis 5-Jährigen wird z.B. von 2003 bis 2020 um 25 % abnehmen und die der über 80-jährigen um 50 Prozent zunehmen. Gravierend ist das Abwandern junger Leistungsträger durch eine negative Bildungsabwanderung.

Ein weiteres großes Gebiet ist der Klimawandel, der sich z. B. erheblich auf den Wasserhaushalt auswirken wird. Was kann eine Gemeinde hiergegen tun?

Vorbereiten auf neue Herausforderungen

Auf Initiative von Bürgermeister Norbert Beutmüller sollte ein Weg gefunden werden, wie sich Buttenwiesen auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereiten kann. Aufgrund der selbstständigen Ortsstrukturen wäre ein Kommunalentwicklungsprozess mit breiter Bürgerbeteiligung, allein auf der Gemeindeebene schwierig. So musste über völlig neue Wege nachgedacht werden, woraus sich dann das Modellprojekt entwickelte. Starthilfe gab hier auch ein Vortrag von Bürgermeister Albert Höchstetter von der Gemeinde Barbing.

Klausurtagung des Gemeinderats

Der neue Weg und das Fundament wurde in einer Klausurtagung des Gemeinderats im Frühjahr 2005 entwickelt. Die Entwicklung des Leitbilds sollte im „Gegenstromverfahren“ mit dem erfolgreichen Ping-Pong-Konzept erfolgen. Durch eine ausgewogene Beteiligung von Gemeinderat, Bürgermeister, Verwaltung (top-down), Bürgern, Unternehmen und örtlichen Organisationen (bottom-up), sowie zwischen und innerhalb der Orte sollten das Gemeindeleitbild und die Dorfleitbilder entwickelt werden. Die Federführung und die Letztverantwortung lag dabei beim Gemeinderat und dem Bürgermeister.

Doppellösung

Erstmals in Bayern und vielleicht sogar in Deutschland, wur-

dermaßnahmen und dem im Doppelhaushalt 2007/2008 mit rund 180 Millionen Euro dotierten Schwerpunkt ‚Ländlicher Raum‘ geben wir ein deutliches Zeichen für die gleichmäßige Stärkung von Ballungszentren und ländlichen Räumen.“ Flankiert wird die finanzielle Unterstützung des Freistaats nach den Worten Hubers durch das neue Vorrangprinzip für strukturschwache ländliche Räume im Landesentwicklungsprogramm, das den Vorrang des strukturschwachen Raums bei staatlichen Aktivitäten sichert. Nach dem Beschluss des Kabinetts wird das Gesamtkonzept einem offenen Dialog insbesondere mit den berührten Fach- und kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt. □

de die Gemeindeentwicklung mit einer gleichzeitigen Dorfentwicklung aller Ortsteile verbunden. Dies war ein ungewöhnlicher und mutiger Schritt des Gemeinderats und des Bürgermeisters. Im Prinzip ist eine solche „Doppellösung“ für jede Gemeinde, die aus der Gebietsreform entstanden ist und bis heute noch nicht ganz zusammengewachsen ist, ein guter Weg.

Ideenwerkstatt

Betreut wurde das Modellprojekt „Miteinander Zukunft gestalten“ vom Transferprogramm Kommunale Zukunftsfähigkeit (www.transfer21.de), das im Auftrag des StMUGV entwickelt wurde, sowie auf der Ortsebene von erde - eigenständige Regional- und Dorfentwicklung e.V. (Internet: www.erde-bayern.de). Für jeden Ortsteil wurden drei Veranstaltungen durchgeführt. Gestartet wurde jeweils mit einer Ideenwerkstatt im Dorf, wo auch ein Arbeitskreis für die Dorfentwicklung gegründet wurde. Höhepunkt des Leitbildprozesses war ein gemeinsamer Zukunftstag in der Riedblickhalle, wo die sieben Arbeitskreise der Ortsteile (mit 93 Mitgliedern) intensiv ihre Dorfleitbilder entwickelten und gemeinsam Bausteine für das Gemeindeleitbild erarbeiteten.

Bürgerbefragung

Bereits am Abend konnten 250 Bürgern die ersten Ergebnisse vorgestellt wurden. Eine wertvolle Grundlage für den Zukunftstag und den Prozess war die Kleine Bürgerbefragung an der sich über 360 Bürger beteiligten. Durch sieben ortsspezifische Auswertungen und eine Gemeindeauswertung gab es ein „gutes Bild“ über die Sorgen, Bedürfnisse und Ideen der Bürger. Die Kleine Bürgerbefragung brachte z.B. für den Ortsteil Lauterbach zu Tage, dass 96 % der Befragten Lauterbacher mit der Wohnqualität zufrieden sind und sich 97 % in Lauterbach wohl fühlen. Mit der Situation der Arbeitsplätze waren 43 % nicht zufrieden, mit der Situation der Ausbildungsplätze sogar 63 %. 78 % der Befragten sind mit der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und 68 % mit den örtlichen Einkaufsmöglichkeiten nicht zufrieden.

Brennpunkte

Als Brennpunkte wurden vom Arbeitskreis identifiziert: die Zukunft Jugend, die Zukunft der Mobilität, ein fehlender Dorfplatz, ein fehlender Treffpunkt für Senioren, ein fehlender Spielplatz, die Nachfolgenutzung landwirtschaftlicher Gebäude und die Ortsbildpflege. Seit der Schließung des Edeka-Geschäfts mangelt es an Einkaufsmöglichkeiten. Eine Metzgerei, eine Bäckerei, ein Dorfladen, das wären ebenso Wünsche wie ein Lokal - Café oder Bistro - in dem man sich treffen könnte.

Energienautonomie und innovative Wohnkonzepte

Der Dorfarbeitskreis setzte sich intensiv mit der Zukunftsentwicklung von Lauterbach bis 2025 auseinander. Aufgrund der hohen Energiepreise, dem Klimawandel und der damit verbundenen Abhängigkeit wurde die Vision einer weitgehenden Energienautonomie (Erdwärme, Biogasanlagen, etc.) für Lauterbach entwickelt.

Ernährung in Zeiten der Globalisierung und niedrigerer Renten

Ein weiterer Schwerpunkt war die Frage wie Lauterbach dem demographischen Wandel begegnen kann. Hier wurde die Idee von innovativen Wohnmöglichkeiten für Senioren entwickelt, wozu z.B. leerstehende Häuser im Ortskern genutzt werden könnten. Großen Raum nahm die Stärkung und der Erhalt des Gemeinnsinns und der Dorfgemeinschaft ein. Die Auswirkungen der Globalisierung und die künftig niedrigeren Renten sollen durch eine „Ernährungsautonomie“ - z.B. durch die örtliche Produktion von Lebensmitteln - abgefedert werden. Als Sofortprojekt wurde die Idee eines Dorfladens entwickelt, wozu bereits Planungen, Bedarfsermittlungen und ein Modell für eine Dorfräuchererarbeitung wurden.

Ein abschließender Konsens über die Ziele und Maßnahmen wurde auf einen weiteren Dorfabend jeweils im Ortsteil gefunden. Das Gemeindeleitbild mit sieben Dorfleitbildern wurde nach nur 18 Monaten in einer großen Veranstaltung am 23. November 2006 zusammen mit einem Motivationsvortrag zur Zukunft im 21. Jahrhundert durch Franz Alt den Bürgern von Buttenwiesen vorgestellt.

Umsetzungsphase

Seit Januar 2007 ist der Prozess in der Umsetzungsphase. Nun wird es darauf ankommen, die Ideen und das Leitbild in Projekte umzusetzen, sowie einzelne Themen wie den demographischen Wandel und auch den Klimawandel zu vertiefen. Hierfür wird eine qualifizierte Umsetzungs- und Projektstruktur aufgebaut und erste Projekte wie „Betreutes Wohnen“ und ein „Mehrgenerationenhaus“ angegangen.

Beispiel Neumarkt

Dass eine Umsetzungsphase erfolgreich gelingen kann, zeigt der mehrfach ausgezeichnete Kommunalentwicklungsprozess der Stadt Neumarkt (Modellprojekt Zukunftsfähiges Neumarkt), wo nicht nur mit dem Bürgerhaus, einer Freiwilligenagentur und der Verzahnung mit dem Projekt Soziale Stadt eine tragfähige Umsetzungsstruktur geschaffen wurde, sondern bereits über 30 Mikroprojekte mit Bundesfördermitteln angeschoben wurden.

Kommunale Entwicklungsplanung

Was kann aus der Vergangenheit für die Zukunft der Kommunalentwicklung gelernt werden? Die heutigen demographischen Veränderungen waren vor zehn bis 15 Jahren schon absehbar. Dass hier nicht qualifiziert reagiert wurde, lag auch daran, dass sich Deutschland den Luxus leistet, im Unterschied zu vielen europäischen Staaten, auf das Instrument einer gesetzlich verankerten Kommunalen Entwicklungsplanung zu verzichten.

In Ostdeutschland hat dieser Luxus zu milliarden schweren kommunalen Fehlinvestitionen (überdimensionierte Kläranlagen, Infrastruktur, etc.) geführt. Kein Mensch könnte sich Deutschland heute ohne die Instrumente der Bauleitplanung und der Flächennutzungsplanung vorstellen - Planungschaos wäre hier vorprogrammiert.

Als freiwillige Aufgabe war die Kommunalentwicklung lange Zeit ein Randthema und wurde allenfalls im Rahmen der Lokalen Agenda21-Prozesse als „Spielwiese“ betrieben, wobei gerade von einigen Lokalen Agenda21-Prozessen wichtige

Qualität im Zuge ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schließlich während des Gast-aufenthalts nicht nur hohe Qualität in der Ausstattung, sondern auch im Service zu leisten.

Intensive Weiterbildung

Um eine bessere Qualität liefern und sich den Veränderungen des touristischen Marktes anpassen zu können, erachtet der Minister eine intensivere Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten im Tourismusbereich als notwendig. Auch Führungskräfte müssten versuchen, sich immer wieder weiterzubilden. Nur touristische Einrichtungen mit qualifizierten Chefs, die gelernt haben, ihr Personal gut zu führen und darüber hinaus zu motivieren, könnten stetigen Erfolg vorweisen. Hubers Appell: „Nutzen Sie die speziellen Schulungsangebote des Hotel- und Gaststättenverbandes, der Industrie- und Handelskammern, von Tourismusakademien und Volkshochschulen zu Ihrem eigenen Vorteil!“

Touristische Gütesiegel

Klassifizierungs- und Zertifizierungsmodelle seien eine wichtige Stütze für Unternehmer und Gäste. Sie könnten Qualität sichtbar, damit vergleichbar und werblich einsetzbar werden lassen, fuhr der Minister fort. Viele Gäste empfänden touristische Gütesiegel als hilfreich und zwar sowohl im Hinblick auf Servicequalität als auch auf die Qualität der Ausstattung. Bereits jeder dritte Reisende achte darauf, mit wie vielen Sternen seine Unterkunft ausgezeichnet wurde. Wichtig sei auch die Zertifizierung von Touristinformationen; sie wurde bereits in Oberbayern, Franken und Allgäu/Bayerisch-Schwaben durchgeführt und in Ostbayern soeben begonnen. Auch hier stelle die Servicequalität ein entscheidendes Kriterium zur Kundengewinnung und Kundenbindung dar.

Impulse für die Kommunalentwicklung ausgegangen sind. Ohne Kommunale Entwicklungsplanung droht vielen Kommunen eine Abwärtsspirale.

Demographische Handlungsempfehlungen

Es wundert nicht, dass die Bertelsmann-Stiftung jeder Kommune, in ihren demographischen Handlungsempfehlungen eine „Kommunale Entwicklungsplanung“ ans Herz legt. Es zeichnet sich dabei folgende Erkenntnis ab: Das heute noch häufig praktizierte „Modell der kurzfristigen Reaktion der Kommunalentwicklung“ hat ausgedient und wird in Zukunft durch das „Modell der langfristigen und vorausschauenden Gestaltung der Kommunalentwicklung“ abgelöst. Damit einher geht eine Renaissance der „Neuen Kommunalen Entwicklungsplanung“, die nicht einer ausufernden Planungsbürokratie der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts verpflichtet ist, sondern einem „Good Governance“-Ansatz mit einer breiten und qualifizierten Bürger- und Akteursbeteiligung, dem Nachhaltigkeitsprinzip und einer strategischen Orientierung.

In der Praxis wird diese zu einer besseren, bürgernäheren und zukunftsfähigen Kommunalpolitik führen. Die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Kommunen steht und fällt mit der Verankerung einer vorausschauenden Gestaltung. Um den Verankerungsprozess zu beschleunigen muss über die Schaffung von neuen Rahmenbedingungen und wirksamen Anreizsystemen intensiv nachgedacht werden. □

Effizienzfrage

Wie Huber hervorhob, müssten auch die kommunalen Gebietskörperschaften Qualität bieten und sich selbst an Qualität messen lassen. Sie leisteten schon heute Hervorragendes, gerade wegen der besonderen Kenntnisse ihrer Region. Aber auch die öffentliche Hand müsse sich der Effizienzfrage stellen - und zwar auf allen touristischen Organisationsebenen: „Zum Beispiel sollte jeder Akteur evaluieren, ob seine Werbemaßnahmen überhaupt ausreichend wahrgenommen werden.“ Konkret bedeutet dies Huber zufolge: „Wir müssen weg vom regionalen Egoismus; vernetztes Marketing für Tourismusregionen muss stärker in den Vordergrund rücken; moderne, betriebswirtschaftlich orientierte Vertriebsformen dürfen kein Tabu sein.“ Nur dann sei es möglich, den Wirkungsgrad bei der Positionierung Bayerns und seiner Regionen als Urlaubsdestination zu erhöhen und im nationalen und internationalen Wettbewerb weiter zu bestehen.

Ehrungen

In Anwesenheit der rund 600 Fachbesucher des Tourismustages überreichten Wirtschaftsminister Huber und der Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes Siegfried Gallus insgesamt rund 180 Urkunden, Hotel- und G-Klassifizierungsurkunden. Ein besonderes Anliegen des Ministers ist es zudem, Menschen zu ehren, die sich ehrenamtlich um die bayerische Gastlichkeit verdient gemacht haben. Mit der Medaille für besondere Verdienste um die bayerische Gastlichkeit wurden ausgezeichnet: Ingeborg Winkler, Murnau; Alfred Eckert, Augsburg; Kurt Milke, Egloffstein; Eugen Öhrlein, Zellingen-Retzbach und Peter Reim aus Rinchnach. **DK**

Joachim Herrmann: Eingliederungshilfe zu den Bezirken

Staatsregierung und CSU-Landtags-Fraktion sind sich einig: Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung liegt ab 1. Januar 2008 in der Zuständigkeit der Bezirke. Das hat CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann mitgeteilt. „Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es“, erläuterte Herrmann, „eine drohende Behinderung zu verhüten, die Folgen von Behinderung zu mildern und Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.“ Beispiele für Leistungen der Eingliederungshilfe sind Behindertenfahrdienste, oder auch Leistungen, die Kindern mit Behinderung den Kindergartenbesuch ermöglichen. Das erste Beispiel gehört zu den ambulanten Hilfen, während der Kindergartenbesuch eine (teil-)stationäre Leistung ist.

Die beschlossenen Änderungen sehen eine einheitliche Zuständigkeit bei den Bezirken vor. Bislang sind für die ambulanten Hilfen die örtlichen Träger der Sozialhilfe zuständig, nämlich Landkreise und kreisfreie Städte. Die (teil-)stationären Leistungen waren indes Sache der Bezirke. Herrmann sieht in der einheitlichen Zuständigkeit zwei Vorteile: „Zum einen haben die Menschen mit Behinderung einen Ansprechpartner für alle Leistungen, zum anderen hat die gespaltene Zuständigkeit immer wieder Abgrenzungsschwierigkeiten erzeugt.“

Basel II und seine Folgen:

Gezielte Fehlinformationen

Kommunale Spitzenverbände: Unseriöses Vorgehen auf dem Rücken der Kommunen

Auch nach der Umsetzung der Eigenkapitalvorschriften im Rahmen von Basel II werden keine verschärften Eigenkapitalhinterlegungen für Kredite an Kommunen verlangt. Bei der Bewertung des Rückzahlungsrisikos gilt für Kommunen deshalb auch ohne zusätzliches Rating der Nullansatz. Darauf haben die kommunalen Spitzenverbände in einer gemeinsamen Erklärung anlässlich der Veröffentlichung der sogenannten Solvabilitätsverordnung hingewiesen.

Die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag), und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund), kritisierten, dass von interessierter Seite gezielte Fehlinformationen zu den Auswirkungen von Basel II verbreitet würden, die bei vielen Kommunen für erhebliche Verunsicherung sorgen: „Das Interesse einiger Beratungsfirmen als Verkäufer eigener Dienste ist klar durchschaubar. Um ihr eigenes Geschäft zu fördern, erwecken sie den Anschein, Basel II fordere neue Bewertungen des kommunalen Zahlungsrisikos. Das ist aber unzutreffend“, betonten die Hauptgeschäftsführer.

Neue Regelungen

Für Banken und Sparkassen sind zum 1. Januar 2007 neue Regelungen für die Absicherung ihrer Kreditrisiken in Kraft getreten. In welcher Höhe dazu künftig Eigenkapital vorgehalten werden muss, hängt wesentlich von der Zahlungsfähigkeit der Schuldner ab. Mit der Veröffentlichung der Solvabilitätsverordnung sind nunmehr auch national die letzten Festlegungen in Deutschland getroffen worden.

Null Risiko

In den Regelungen werden die

BayernLB begibt 750 Mio. Euro Nachranganleihe

München - Die BayernLB hat unter der gemeinsamen Federführung von BayernLB, Citigroup und Merrill Lynch eine Nachranganleihe (Lower Tier 2) im Volumen von 750 Mio. EUR erfolgreich begeben. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 12 Jahren mit einer erstmaligen Kündigungsmöglichkeit (call) nach 7 Jahren und eine Verzinsung von 4,50 Prozent p.a. für die ersten 7 Jahre. Falls die Kündigungsmöglichkeit nach 7 Jahren nicht ausgeübt wird, wechselt die Verzinsung von einem Festsatz auf variable Verzinsung.

Hohe Akzeptanz

Der Verkaufskurs wurde bei einem Preis von 99,712 festgelegt, dadurch ergibt sich ein Renditeaufschlag von 31 Basispunkten über Swaps. Für diese Anleihe wird ein Rating von Aa3 (Moody's) A-(S&P) A(Fitch) erwartet. Diese Anleihe stellt die erste öffentliche nachrangige Euro-Anleihe im Benchmark Format der BayernLB nach Wegfall der Gewährträgerhaftung dar und fand sehr gute Akzeptanz bei den Investoren.

Das Orderbuch war gemessen am Emissionsvolumen zweifach überzeichnet. Die BayernLB stärkt mit dieser Transaktion ihre Kapitalbasis. □

von einem nullprozentigen Risikogewicht ausgehen. Dies ist seit langem unbestritten und wird nunmehr durch die Solvabilitätsverordnung umgesetzt“, so die Hauptgeschäftsführer.

Große Verunsicherung

Die kommunalen Spitzenverbände hoben hervor, dass bereits im April 2004 den Kommunen eine Beibehaltung des Nullansatzes zugesichert worden sei. Stimmen aus Beraterkreisen oder auch von einzelnen privaten Banken, die den Kommunen beständig vorgaukeln, aufgrund der neuen Eigenkapitalvorschriften sei ein Rating erforderlich, entsprächen jedoch nicht der Wahrheit.“

Das zur Verunsicherung führende Vorgehen einzelner Beraterfirmen und Banken war bereits Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage im Deutschen Bundestag.

Scharfe Verurteilung

In ihrer Antwort stellte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, klar, dass Änderungen in den Konditionen für Kommunalkredite nicht mit den Änderungen durch Basel II gerechtfertigt werden könnten. „Wir haben den starken Verdacht, dass hier Einzelne die Gelegenheit wittern, die eigenen Margen im Kommunalkreditgeschäft auszubauen. Ein derartig unseriöses Vorgehen auf dem Rücken der Kommunen wird von uns scharf verurteilt. Wir erwarten, dass das ein Ende findet“, so die Verbandsvertreter abschließend. **DK**

Sparkassen erhalten von DBRS hervorragendes A (high) Rating

Die kanadische Ratingagentur Dominion Bond Rating Service (DBRS) hat der Sparkassen-Finanzgruppe ein Floor-Rating von A (high) für langfristige Verbindlichkeiten bzw. von R-1 (middle) für kurzfristige Verbindlichkeiten erteilt. Damit bewertet DBRS die Kreditwürdigkeit aller Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen mindestens mit A (high). Das Floor-Rating ist dabei unmittelbar kapitalmarktfähig.

„Das Floor-Rating von A (high) spiegelt die wirtschaftliche Stärke des Verbundes der Sparkassen-Finanzgruppe zutreffend wider, zumal auf Einzelinstitutsebene ja noch Potenzial nach oben verbleibt“, so Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV).

Ausschlaggebend für das sehr gute Ergebnis sind laut DBRS vor allem der starke Zusammenhalt unter den Sparkassen, die fortschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe, der verlässliche Haftungsverband der Spar-

kassen-Finanzgruppe, das erfolgreiche Geschäftsmodell der Gruppe und ihre hohen Marktanteile, die aktuelle Verkaufsoffensive 1 VORAUS sowie das ausgewogene Risikoprofil. Mit dem DBRS-Floor-Rating verfügen die Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen nun über eine zweite externe (Mindest-)Gruppenbewertung. Bereits Ende 2004 hatte die Ratingagentur Moody's Investors Service den Haftungsverbandmitgliedern der Sparkassen-Finanzgruppe einen Rating-Floor von A1 erteilt. □

E.ON Bayern

Umweltpreis 2007

E.ON Bayern Umweltpreis 2007

E.ON Bayern fühlt sich dem Umweltschutz und insbesondere einer umweltgerechten Energieversorgung verantwortlich. Daher fördern wir ökologische Leistungen von Kommunen, Kirchen, Vereinen, Initiativen und Unternehmen in Bayern. Ziel ist es, innovative, energiesparende und umweltschonende Projekte zu unterstützen.

Unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vergibt E.ON Bayern den mit 250.000 Euro dotierten Umweltpreis 2007.

Einsendeschluss ist der 28. Februar 2007.

Bewerbungsunterlagen und weiterführende Informationen finden Sie unter www.eon-bayern.com.

e-on | Bayern

Premiere in Deutschland:

Rathaus GmbH in Gladbeck

Baukonzern übernahm die Geschäfte der öffentlichen Verwaltung

Wie Spiegel-Online vom 28. Januar meldet, hat im Gladbecker Rathaus der Bürgermeister nur noch politisch das Sagen. In der nordrhein-westfälischen Stadt habe der Baukonzern Hochtief die Geschäfte der öffentlichen Verwaltung übernommen - eine Premiere in Deutschland. Doch die Manager des Unternehmens wollen noch mehr.

Für Gladbeck war Hochtief der Retter in der Not, wie der Beitrag von Anselm Waldemann beschreibt. Bei einem Schuldenstand von mehr als 80 Millionen Euro hätte sich die Stadt ein neues Rathaus eigentlich gar nicht leisten können. Doch die beiden alten Verwaltungstürme aus den sechziger Jahren waren hochgradig mit PCB verseucht. „Der Druck für die Stadt war hoch“, sagt Holger Schoen, der zuständige Niederlassungsleiter von Hochtief PPP Solutions.

In dieser Situation war das „Rundum-sorglos-Paket“ des Konzerns genau das Richtige für Gladbeck. Planung, Bau und Finanzierung des neuen Rathauses - das alles hat das Unternehmen den Verwaltungsbeamten abgenommen. Vor allem aber ist Hochtief für den Betrieb des Gebäudes zuständig: In den nächsten 25 Jahren hat hier der Konzern das Sagen.

Jeden Monat 184.830 Euro - diese Summe hätte Gladbeck für ein eigenes Rathaus aufbringen müssen, wie zwei Unternehmensberatungen im Auftrag der Stadt errechnet haben. Zu teuer, befand der Stadtrat. In seltener Eintracht beschloss das Gremium deshalb über Parteigrenzen hinweg eine Ausschreibung. Von den vier Bewerbern setzte sich Hochtief durch: Das Unternehmen verlangt von der Stadt nur 147.000 Euro im Monat - plus Preissteigerungen im Zuge der Inflation.

Konzentration auf Kernaufgabe

Im Preis inbegriffen ist neben den Baukosten der gesamte Betrieb des Rathauses. Um die Instandhaltung des Gebäudes und die Energieversorgung muss sich die öffentliche Hand keine Gedanken mehr machen, ebenso wenig um den Hausmeister, die Toiletten und die Fassadenreinigung. „Wir wollten uns auf unsere Kernaufgabe konzentrieren“, sagt Amtsleiter Bernhard Schlüter, der das Projekt von Seiten der Stadt betreut. Schließlich habe man in Gladbeck ein „modernes Staatsverständnis“.

Bis zum Jahr 2010 rechnet die deutsche Baubranche allein bei Schulen, Verwaltungsgebäuden und Krankenhäusern mit öffentlich-privaten Projekten (ÖPP) im Wert von 10 bis 20 Milliarden Euro. Selbst Gefängnisse können mittlerweile von Privatun-

ternehmen betrieben werden. Für Hochtief ist das Rathaus deshalb nur ein Anfang. „Wir sehen Gladbeck als wichtige Referenz“, sagt Schoen. Einen Vertrag wie dort könne der Konzern „jeder anderen Kommune in Deutschland als Standard-Produkt anbieten“.

Die Baupläne für das Gladbecker Rathaus hat Hochtief in Eigenregie entworfen, nicht einmal die Größe des Gebäudes hat die Stadt vorgegeben. Die Möbel hat ebenfalls Hochtief besorgt. Sollten in Zukunft Schreibtische kaputt gehen, muss sie das Unternehmen ersetzen. „Das Risiko liegt bei uns“, erklärt Manager Schoen. Entsprechend effizient ist das Unternehmen vorgegangen: Die Baukosten wurden um keinen Cent überschritten, die Inbetriebnahme des Gebäudes erfolgte auf den Tag genau am 21. Oktober 2006 - so wie geplant.

Optimierung der Abläufe

Bei der Gestaltung des Gebäudes ging es für Hochtief um Funktionalität. Fünf Stockwerke hoch erstreckt sich der rote Backsteinbau in der Gladbecker Innenstadt, eingerahmt von Dresdner Bank, Karstadt und McDonald's. Innen ist der Boden mit grün-grauen Fliesen bedeckt, die weißen Wände sind kahl, von der Decke strahlen Energiesparlampen. „Es ist ja nur ein Verwaltungsgebäude“, entschuldigt sich Amtsleiter Schlüter. Auch die für Büros sonst so typischen Topfpflanzen fehlen. „Wenn jeder der 320 Mitarbeiter eine Palme aufstellen würde, wäre die Reinigung zu teuer“, erklärt Schlüter.

Bei der Raumplanung hat Hochtief sogar direkt in die Arbeit der Verwaltung eingegriffen. „Unser Ziel war es, die Abläufe zu optimieren“, erklärt Manager Schoen. „Abteilungen, die zusammenarbeiten, haben wir zusammengelegt.“ Die Wege für Mitarbeiter und Bürger seien nun kürzer, was die Kosten senke. Ob so auch Planstellen eingespart würden, lasse sich aber noch nicht sagen, erklärt Schoen.

Wenn es nach ihm ginge, dann hätte Hochtief auch weitere Aufgaben übernommen. So ist das Unternehmen bisher nur für die Verkabelung des Gebäudes zuständig, die Computer hingegen bleiben in den Händen der Verwaltung. „Wir haben zum Beispiel keinen Zugang zu den

Passwörtern“, sagt Schoen. Generell würde Hochtief bei öffentlich-privaten Projekten aber gerne auch die Verantwortung für die IT-Systeme übernehmen. „Da hat die öffentliche Hand den entscheidenden Schritt noch nicht gewagt“, klagt Schoen.

Ähnlich ist es bei der Besetzung von Stellen in der Verwaltung. Bisher beschränkt sich Hochtief darauf, die Namensschilder für neue Mitarbeiter an deren Türen zu befestigen. In Zukunft möchte der Konzern aber schon bei den Bewerbungsgesprächen mit am Tisch sitzen. „Wir würden gerne auch die Sekretariatsarbeiten erledigen“, sagt Schoen. „Aber so weit ist die öffentliche Hand leider noch nicht.“

Tatsächlich gehen der Stadtverwaltung solche Pläne zu weit; mit dem bisherigen Konzept der Öffentlich-privaten Partnerschaft ist sie allerdings zufrieden. „Ich würde ÖPP jederzeit wieder machen, auch bei anderen Projekten“, sagt Amtsleiter Schlüter.

Lohnendes Geschäft

Auch für Hochtief lohnt sich das Geschäft. „Natürlich machen wir Gewinn“, sagt Schoen. „Sonst würde das Ganze keinen Sinn machen.“ Die genaue Höhe will er zwar nicht nennen, angestrebt werde aber die konzernübliche Eigenkapitalrendite von 14 Prozent. „Es gibt viele kleine Stellschrauben, wo sich etwas einsparen lässt“, erklärt Schoen. „Über die gesamte Laufzeit rechnet sich das.“

Aus Sicht der Stadt hat der private Investor einen Effizienzvorteil von 14 Prozent gegenüber einem Betrieb in öffentlicher Re-

Neue Hotelleitung:

Bayern Vital startet durch

Das sich im Besitz der Sparkassen-Finanzgruppe befindende Freizeit- und Ferienhotel „Hotel Bayern Vital“ in Bad Reichenhall hat einen neuen Hotelchef bekommen. Der branchenerfahrene 42-jährige Uwe Schnitzer hat zum 15. Januar 2007 das alleinige Hotelmanagement übernommen und wird den nunmehr eingeschlagenen Weg der Neuausrichtung des Hotels weitergehen. Die bisherigen beruflichen Stationen von Herrn Schnitzer umfassen die gesamte Palette der Hotellerie und Gastronomie mit einem organisatorischen Schwerpunkt.

Herr Schnitzer übernimmt kein leichtes Amt. Die Kurstadt Bad Reichenhall hat immer noch mit den Auswirkungen des tragischen Eishallenunglücks zu kämpfen. Hinzu kommt die immense Konkurrenz im Beherbergungsbereich, die sich mit Preisangeboten ständig unterbietet. Das einstige Sparkassenhotel und jetzige Hotel Bayern Vital tritt nun an, sich weiter als gesellschaftlicher Treffpunkt innerhalb und außerhalb der Sparkassenorganisation einen überragenden Namen zu machen.

Strategischer Partner

Bereits im August 2006 wurde eine Kooperation mit der Bayern Bankett Gastronomie GmbH im Gastronomiebereich geschlossen. Dieser strategische Partner fördert das Geschäftsmodell und hat seine weitere Unterstützung zugesagt.

Seit dem 13. Oktober 2006 heißt das Hotel nun „Hotel Bayern Vital“ (vormals Sparkassenhotel). Hinter der Umbenennung steht nicht nur ein neuer Name, sondern auch ein neues Gäste-konzept. So sollen Gesundheit, Vitalität, Sport sowie ein gesellschaftliches Ambiente das erfolgreiche Geschäftsmodell des Familien- und Freizeithotels ergänzen. Damit verbunden ist eine komplette Neuausrichtung des Hotels, dazu gehören die unter

ge. „Hochtief ist ein Weltkonzern“, sagt Amtsleiter Schlüter. „Auf der Einkaufsseite kriegen die ganz andere Preise als die kleine Stadt Gladbeck.“ Darüber hinaus könne das Unternehmen Synergieeffekte nutzen, weil es auch andere Immobilien betreut. „Außerdem gelten für Hochtief andere Tarifverträge“, sagt Schlüter. Das drücke die Lohnsumme.

25 Jahre Ehe

Rein rechtlich ist die Stadt Gladbeck die Eigentümerin von Grundstück und Gebäude geblieben, das Nutzungsrecht wiederum hat Hochtief. Allerdings darf der Konzern das Gebäude an niemand anderen als an die Stadt vermieten. Zwei Aktenordner dick ist der Vertrag, kündigen darf ihn keine der beiden Parteien. „Wir sind für 25 Jahre miteinander verheiratet“, sagt Manager Schoen. Außerdem darf Hochtief seine Rechte nicht an ein anderes Unternehmen abtreten. „Es ist sicher gestellt, dass wir nicht bei irgendeiner anonymen Gesellschaft aus Hongkong landen“, sagt Amtsleiter Schlüter. Nach Ende der Laufzeit geht das Gebäude dann vollständig in den Besitz der Stadt über.

Richtigen Streit gab es nach den Erfahrungen der ersten drei Monate noch nicht. Nur einen „kleinen Dissens“, wie es Schlüter nennt. Hochtief ist nämlich auch für den Betrieb der Kantine zuständig. Diese Aufgabe hat der Konzern an einen Pächter delegiert, und der hat sich für seinen gastronomischen Betrieb den Namen „Kartoffelfabrik“ einfallen lassen. „Das gefiel uns überhaupt nicht“, erzählt Schlüter. Rein rechtlich hätte die Stadt nicht eingreifen dürfen, aber nach einem Gespräch mit Hochtief konnte das Problem „auf partnerschaftlichem Weg“ gelöst werden. Jetzt hat die Kantine den eher traditionellen Namen „Ratsbistro“. □

Neuzusagen der LfA:

Auf höchstem Stand seit der Jahrtausendwende

„Die bayerische Wirtschaft präsentiert sich so robust und leistungsstark wie schon lange nicht mehr. Dazu beigetragen haben auch die LfA Förderbank Bayern. 4.600 Unternehmen haben sich 2006 für die LfA als Finanzierungspartner entschieden. Die LfA hat Darlehen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro zugesagt, das ist das größte Volumen seit 2000.“

Allein auf das Kerngeschäft der Wirtschaftsförderung, die Programmkredite, entfielen rund 910 Millionen Euro. Dies hat dazu beigetragen, rund 5.700 neue Arbeitsplätze zu schaffen und knapp 49.700 Stellen zu sichern“, stellte Finanzminister Kurt Faltthäuser anlässlich des Wechsels im Vorstandsvorsitz der LfA Förderbank Bayern in München fest.

Die bayerische Wirtschaft habe nach den Worten von Faltthäuser enorm an Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Die Unternehmen seien wieder optimistischer und selbstbewusster geworden - die Stimmung im Mittelstand sei hervorragend. Auch die Exportwirtschaft brumme. Bayern habe gute Chancen, auch in diesem Jahr wirtschaftlich vorne zu bleiben. Dieses erfreuliche Ergebnis sei nicht zuletzt auch einer intelligenten Förderpolitik der LfA Förderbank Bayern zu verdanken, die sich gerade im letzten Jahrzehnt von einer Förderanstalt zu einer markt- und kundenorientierten Förderbank entwickelt habe, betonte Faltthäuser.

Schmitts Handschrift

Der Entwicklungsprozess der LfA trage die Handschrift des scheidenden Vorstandsvorsitzenden Rudolf W. Schmitt. Nach über 13 Jahren erfolgreicher Tätigkeit an der Spitze der LfA Förderbank Bayern, davon über sechs Jahre als Vorstandsvorsitzender, trete er in den verdienten Ruhestand, merkte Faltthäuser an. Schmitt habe für wichtige Impulse für die Förderpolitik der Bank gesorgt und ihre Fördertätigkeit trotz knapper Kassen auf hohem Niveau stabilisiert. Die innere Organi-

sation habe er grundlegend neu gestaltet und fortentwickelt. Die Serviceorientierung sei, insbesondere durch die Einführung besonderer Beratungsangebote, verstärkt worden. Faltthäuser dankte dem scheidenden Vorstandsvorsitzenden Schmitt auch im Namen der Bayerischen Staatsregierung herzlich für seine verdienstvolle Arbeit und wünschte ihm viel Glück und Gesundheit auf dem weiteren Lebensweg.

Als neuen Vorstandsvorsitzenden führte Faltthäuser Michael Schneider in sein neues Amt ein. Schneider habe seine bemerkenswerten fachliche und persönliche Kompetenz vor allem in den Bereichen Produktgestaltung und Spezialkreditgeschäft schon seit Mai 1999 als Generalbevollmächtigter und ab Mai 2000 als stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern unter Beweis gestellt und sei mit der Bank bestens vertraut. Zuvor war er rund zwei Jahrzehnte im Bayerischen Wirtschaftsministerium tätig, zuletzt über fünf Jahre als dessen Amtschef und zugleich stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der LfA. Faltthäuser wünschte Schneider viel Erfolg bei seiner Arbeit zum Wohle des Freistaats Bayern.

Faltthäuser begrüßte gleichzeitig den neuen stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der LfA Förderbank Bayern, Gerd Rometsch. Dieser gehört bereits seit über zwei Jahren dem Vorstand der LfA Förderbank Bayern an. Er habe dort mit großem Erfolg für die Bereiche Bilanz und Rechnungswesen, Individualkreditgeschäft und Recht verantwortlich gezeichnet. Faltthäuser wünschte Rometsch für die Zukunft viel Erfolg und alles Gute. □

BayernLB hat sich als IRBA-Bank qualifiziert

Meilenstein bei der Umsetzung von Basel II

München - Die BayernLB hat durch die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) die aufsichtliche Genehmigung zur Nutzung der internen Ratingverfahren für die Eigenkapitalunterlegung der Kreditrisiken zum 1. Januar 2007 erhalten.

Sie ist damit bundesweit eine der ersten Banken und zugleich das größte Institut, das sich bislang als IRBA-Bank (Internal Ratings Based Approach) qualifiziert hat. „Dies stellt bei der Umsetzung von Basel II für uns einen wichtigen Meilenstein dar, der in den vergangenen Jahren und vor allem 2006 mit viel Aufwand verbunden war“, kommentiert Dr. Gerhard Gribkowsky, Vorstandsmitglied und Chief Risk Officer der BayernLB. Dr. Gribkowsky weiter: „Die Anerkennung der internen Ratingverfahren und -prozesse durch die BaFin dokumentiert, dass die BayernLB bei der Weiterentwicklung der ökonomischen Steuerung einen wesentlichen Meilenstein erreicht hat. Mit der IRBA-Zulassung erwarten wir uns zudem auf mittlere Sicht signifikante Einsparungen beim regulatorischen Eigenkapital, die uns zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten bieten.“

Die Vorgaben aus Basel II werden unter anderem durch die Solvabilitätsverordnung in nationales Recht umgesetzt. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung ab Anfang 2007 wird die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen grundlegend reformiert. Banken können wählen, ob sie hierfür einen einfachen Ansatz (Standardansatz) oder den komplexen, auf internen Ratings basierenden Ansatz verwenden. Die internen Ratingsysteme mit denen die Bonität der Schuldner quantifiziert wird, müssen vor Verwendung des IRB-Ansatzes umfangreichen Eignungsprüfungen der Aufsichtsbehörden unterzogen werden. Dr. Gribkowsky zum weiteren Ausblick: „Nach der Konzerntochter SaarLB, die von der BaFin zeitgleich die Genehmigung als IRBA-Bank erhalten hat, werden in den kommenden Jahren weitere strategische Bankbeteiligungen der BayernLB auf den IRBA-Ansatz umstellen.“ □

BLE

Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft
Bayern GmbH
Maria-Wimmer-Str. 3, 81739 München
Telefon 089/67 40 37, Telefax 089/62 71 51 50
Internet: www.ble-bayern.de
eMail: info@ble-bayern.de

- im genossenschaftlichen FinanzVerbund -

Verwaltungsüberlastung?! Haushaltsprobleme?!

Maßgeschneiderte Lösungen für die Übernahme von Erschließungsträgerschaften und für Ihre kommunalen Investitionen bietet Ihnen die BLE, ein erfahrener seit 1974 tätiger Partner der Städte und Gemeinden.

Ihre Ansprechpartner: **Bernd Hippe**
Tel.: 089 / 67 40 37 **Gerd Schrenker**

- Übernahme von Erschließungsträgerschaften
- Privatfinanzierung öffentlicher Aufgaben (Kommunales Haushaltsmodell)

Bayern erhält von internationalen Analysten die Spitzennote

Lob für Haushalt ohne Schulden, hohe Investitionsquote und Abbau der Arbeitslosigkeit

Finanzminister Kurt Faltlhauser hat im Kabinett das neueste Bayern-Rating der international führenden Analysten von Standard & Poor's vorgestellt. Bayern hat danach im Jahr 2007 die beste Bewertung aller Bundesländer erreicht. Die Analysten loben besonders den Haushalt ohne Schulden, die hohe Investitionsquote und den Abbau der Arbeitslosigkeit. Ministerpräsident Stoiber: „Bayern hat nicht nur im Jahr 2007 die beste Bewertung aller Bundesländer mit Triple A, sondern wichtig ist die Zukunftsprognose für Bayern. Die Zukunftsprognose heißt stabil Ausblick. Die Aussichten für Bayern sind gut.“

Nach Angaben Stoibers erwarten die Analysten wegen der richtigen politischen Leitentscheidungen und Rahmenbedingungen, dass Bayern auch in den kommenden Jahren seine Spitzenstellung ausbauen und Top-Bewertungen einfahren wird. Bayern habe dafür die besten Voraussetzungen, weil Bayern als erstes Land keine neuen Schulden mehr macht und deshalb mehr als alle anderen investieren kann. Dazu kommen die Steuermehreinnahmen aus dem höheren Wachstum, die für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stehen. Stoiber: „In Bayern entstehen jeden Tag 700 neue Arbeitsplätze. Zugleich liegt Bayern mit an der Spitze bei den öffentlichen Investitionen. Das sind herausragende Ausgangsbedingungen, um kräftig in die Zukunft zu investieren, vor allem für eine gute Bildung und für unsere Kinder.“

Bestnote „Triple A“

Finanzminister Faltlhauser bezeichnete die Bestnote „Triple A“ mit stabilem Ausblick als „Visitenkarte für neue Investitionen, Aufträge und Arbeitsplätze in Bayern“. Faltlhauser: „Bayern hat alles, was Investoren schätzen. Wir haben ordentliche Finanzen, das größte Wachstum und den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Zugleich liegt Bayern schon jetzt mit an der Spitze bei den öffentlichen Investitionen. Das sind hervorragende Ausgangsbedingungen, um kräftig für die Zukunft anzuschließen.“

Die Analysten von Standard & Poor's geben mit dem Ausblick „stabil“ eine positive Zukunftserwartung für Bayern. Folgende Kennzahlen verdeutlichen nach Ansicht von Standard & Poor's die Spitzenposition Bayerns im bundesweiten Vergleich:

- Bayern zählt mit einem Bruttoinlandsprodukt von 32.400 Euro je Einwohner zu den reichsten Regionen in Europa. Bayern ist Spitzenreiter beim Wirtschaftswachstum. Seit 1990 ist das Bruttoinlandsprodukt in Bayern um 24 Prozent gestiegen gegenüber 15 Prozent im Bundesdurchschnitt und ist damit Wachstums- und Investitionsreiter.
- Die Beschäftigungsquote in Bayern ist mit 50,9 Prozent hervorragend. Die Arbeitsplatzbilanz ist in Bayern positiv; im zweiten Jahr in Folge wurden in Bayern

Besseres Rating für bayerische Kreditgenossenschaften

Standard & Poor's hat das Rating von bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken von „A positiv“ auf „A+ stabil“ heraufgesetzt. Damit trägt Standard & Poor's dem verbesserten Risikostatus der Institute Rechnung. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB), kommentierte das neue Rating wie folgt: „Das weiter verbesserte Rating bestätigt den konsequenten Erfolgskurs von bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken im Jahr 2006.“ □

mehr Arbeitsplätze geschaffen als abgebaut. Bayern hat die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland.

Zukunftsvorsorge

Finanzminister Kurt Faltlhauser bezeichnete den hervorragenden Ruf Bayerns an den Finanzmärkten als wichtige Zukunftsvorsorge. Der klare Kurs des Sparens, Reformierens und Investierens habe die Bestnote erhalten. Faltlhauser: „Kein anderes Land hat diese Spitzenrating vorzuweisen, kein anderes Land hat eine solche finanzpolitische Erfolgsbilanz. Diese erneute Spitzenbewertung ist pures Geld wert für den Haushalt und damit für den bayerischen Steuerzahler. Das Top-Rating verschafft einen leichteren Zugang zu internationalen Großinvestoren und vor allem günstigere Konditionen bei der Kreditbeschaffung. Bestes Beispiel ist der neue „Bayern-Jumbo“ mit einem Emissionsvolumen in Höhe von 1 Mrd. Euro, der ganz aktuell dank günstiger Kreditkonditionen zu deutlichen Einsparungen im Haushalt führt.“

Bezirk Schwaben verabschiedete Haushalt 2007:

Hausaufgaben ordentlich gemacht

Der Bezirk Schwaben hat seinen Haushalt für das Jahr 2007 verabschiedet. Die schwäbischen Bezirksräte beschlossen eine Senkung der Bezirksumlage, die von den Landkreisen und kreisfreien Städten erhoben wird, um 2,4 Punkte. Der Umlagesatz liegt damit bei 21,4 Prozent.

Knapp 266,4 Millionen Euro fließen dem Bezirk dadurch zur Bewältigung seiner Aufgaben zu, die hauptsächlich im sozialen Bereich liegen. Darüber hinaus kommen vom Freistaat 85,4 Millionen Euro in den schwäbischen Bezirkshaushalt. Der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt des Bezirks wurde einstimmig mit einem Volumen von rund 472 Millionen Euro verabschiedet.

Dominiert wird der Bezirkshaushalt durch die Sozialausgaben mit einem Anteil von 93,8 Prozent am Gesamtvolumen. Der Bezirk Schwaben ist für die überörtliche Sozialhilfe zuständig, das heißt, für die stationäre Betreuung behinderter Menschen sowie für die Hilfe zur Pflege im Seniorenbereich. Für kulturelle Aufgaben gibt der Bezirk 2007 rund 5,7 Millionen Euro aus, für den Bereich der Wasserwirtschaft 4,2 Millionen Euro.

Erfolgreicher Umsteuerungskurs

Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert ging in seiner Haushaltsrede auf den erfolgreichen Umsteuerungskurs des Bezirks ein, der im sozialen Bereich dazu beitrage, dass trotz steigender Fallzahlen Einsparungen erzielt werden konnten. Dringend notwendig sei jedoch ein neuer Ansatz beim Finanzausgleich durch den Freistaat nach Artikel 15. Beim derzeitigen Berechnungsschlüssel werden die tatsächlichen Ausgaben der Bezirke im Sozialbereich mit 30

Bayern unterzieht sich bereits seit 1998 der strengen Prüfung durch Standard & Poor's und hat die Bestnote nun zum neunten Mal in Folge zuerkannt bekommen. International bekommen nur sehr wenige Top-Unternehmen und nur die wirtschaftsstärksten Nationen von Standard & Poor's die absolute Spitzennote „AAA“. Kein anderes Land wurde so gut bewertet wie Bayern. Baden-Württemberg hat AA+, Hessen und Sachsen AA und alle übrigen Länder soweit geratet AA-. Das Rating der übrigen Länder wäre ohne Berücksichtigung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs noch ungünstiger.

Pro-Kopf-Verschuldung

„Unsere Haushaltspolitik spiegelt sich in Zahlen wieder, die sich sehen lassen können: In Bayern liegt die Pro-Kopf-Verschuldung aktuell bei nur 1.852 Euro, in den Flächenländern West lag sie im Durchschnitt in 2005 hingegen bei satten 4.792 Euro. Auch bei der Investitionsquote liegt Bayern vorn: 12,7 Prozent für 2007 gegenüber 10,1 Prozent im Durchschnitt in den Flächenländern West. Als Ergebnis unserer traditionell soliden Haushaltspolitik liegt auch unsere Zinsausgabenquote bei marginalen 2,9 Prozent in 2007 die Flächenländer West müssen im Durchschnitt 7,7 Prozent für Schuldzinsen aufbringen. Unser Kurs ist richtig. Die Zukunft ist nur dann erfolgreich,

wenn die Gegenwart nicht über ihre Verhältnisse lebt und der nächsten Generation keine unverträglichen Lasten aufbürdet“, erklärte Faltlhauser.

Standard & Poor's mit Sitz in New York ist Weltmarktführer bei Analysen und Ratings für Entscheidungsträger im Finanzbereich. Neben Unternehmensratings bietet Standard & Poor's

auch Ratings für Länder oder Regionen an, in die alle wichtigen Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Haushalts- und Finanzlage sowie Strukturdaten einfließen.

1998 erstmaliges Rating

Bayern hat sich erstmals 1998 raten lassen. Dabei werden jähr-

lich die aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage des Freistaates Bayern sowie die absehbare künftige Entwicklung untersucht. Der Rating-Katalog geht von CC (Schuldner stark anfällig) über B (Zahlungsverzögerungen nicht ausgeschlossen) bis A (Investmentgrade) und ist in den einzelnen Hauptbereichen nochmals aufgesplittet (triple A, double A, single A). □

Bezirkstag von Niederbayern:

Verabschiedung des Haushaltsplans 2007

Bezirksumlage mit 17,4 % nach 20 Jahren erstmals wieder unter der 18 %-Marke

Unter dem Vorsitz von Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein hat der Bezirkstag von Niederbayern einstimmig den Haushaltsplan 2007 für den Bezirk Niederbayern samt Anlagen sowie Kulturstiftung mit einem Gesamthaushaltsvolumen von rund 385 Millionen Euro (2006: 382,9 Millionen Euro) verabschiedet.

Zum zweitenmal in Folge konnte die Bezirksumlage gesenkt werden: um 2,5 %-Punkte von 19,9 % auf 17,4 % und damit erstmals nach 20 Jahren wieder unter die 18 %-Marke; der zweitniedrigste Umlagesatz unter den bayerischen Bezirken, obwohl Niederbayern bezüglich der Umlagekraft je Einwohner trotz Steigerung nach wie vor das Schlusslicht ist. Dementsprechend belaufen sich die Einnahmen aus der Bezirksumlage, die von den Landkreisen und kreisfreien Städten entrichtet wird, heuer auf 133,7 Millionen Euro; der Bezirk finanziert daraus zu etwa 53 % seinen Verwaltungshaushalt.

Dass eine Senkung der Bezirksumlage möglich war, liegt in erster Linie an der Aufstockung der staatlichen Mittel für den innerbayerischen Sozialhilfeausgleich nach Art. 15 Finanzausgleichsgesetz (FAG). „Damit hat sich der Freistaat angemessen an den ständig steigenden Kosten der sozialen Sicherung beteiligt und die Bezirke anständig bedient“, so Hölzlein, der die diesbezüglichen Verhandlungen als Verbandspräsident für alle sieben bayerischen Bezirke geführt hatte. Außerdem können 2007 die Nettoausgaben des Sozialhaushalts erstmals abgesenkt werden, was in weniger Neuzugängen von Hilfebedürftigen sowie steigenden Einnahmen z. B. aus der Überleitung von EU-Renten bei Werkstattbesuchern, die in Wohnheimen leben, begründet ist.

Ferner entlasten Erträge von rund 2,5 Millionen Euro aus der Kulturstiftung des Bezirks Niederbayern den diesjährigen Bezirkshaushalt. Und nicht zuletzt erwirtschaften die drei Krankenhäuser des Bezirks Niederbayern ausgeglichene Ergebnisse, was ebenfalls einer Entlastung gleichkommt. Ein Umstand, der im Hinblick auf die seit Jahren schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht selbstverständlich ist. Die Mehrwertsteuererhöhung, tariflich bedingte

Personalkostensteigerungen und weitere Einschnitte im Zuge der Gesundheitsreform werden 2007 zur großen Belastungsprobe für die Bezirkskrankenhäuser werden.

Aufgestockt wurden vom Bezirk die Haushaltsmittel für die ambulante Psychiatrie, und zwar um 5,2 % auf 5,3 Millionen Euro. Eine Notwendigkeit nicht nur im Hinblick auf den seit vier Jahren „eingefrorenen“ Haushaltsansatz; vor allem wird damit auf aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich reagiert. Die bereitgestellten zusätzlichen Mittel werden insbesondere in die mehr denn je gefragten Zuverdienst-Arbeitsprojekte fließen.

Fragen der Zuständigkeit

In seiner Haushaltsrede kam Bezirkstagspräsident Hölzlein auch auf die Themen „Hilfe zur Pflege“ und „Eingliederungshilfe“ zu sprechen: „Die Frage, wie die Zuständigkeit für die Hilfe zur Pflege stationär und ambulant zukünftig geregelt wird, ist noch nicht entschieden, obwohl die CSU-Fraktion in Kreuth wohl mehrheitlich die Beibehaltung des „status quo“, also stationäre Hilfe bei den Bezirken und ambulante bei Landkreisen und kreisfreien Städten, befürwortet hätte. Ich erspare es Ihnen, die gesamte Problematik nochmals darzustellen, da Sie inzwischen genügend Sachargumente erhalten haben. Diese sprechen alle für den Verbleib der Zuständigkeit bei den Bezirken, was auch von allen Trägern der Einrichtungen, insbesondere den Wohlfahrtsverbänden, so gesehen wird. Ich fände es nicht gut, wenn Sachargumente nicht zählen, nur weil man eine Entscheidung politisch will.“

Entschieden ist hingegen, dass ab 1. Januar 2008 zusätzlich zur stationären auch die ambulante Eingliederungshilfe in die Zuständigkeit der Bezirke übergeht. Diese Zusammenführung von Aufgaben schafft die Vorausset-

zung, sich ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf Dauer anzupassen sowie Hilfe- und Leistungsangebote ohne „Zuständigkeitsgerangel“ zwischen verschiedenen kommunalen Ebenen anzubieten.

Nach Manfred Hölzlein gingen die Bezirkstags-Fraktionsvorsitzenden von CSU, Dr. Franz Lichtnecker, und SPD, Rita Röhr, ausführlich auf den Bezirkshaushalt ein, gefolgt von Johannes Weinzierl (Freie Wähler) und Renate Franzel (Bündnis90/Grüne).

Die gute Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bezirk zum Wohle Niederbayerns thematisierte Regierungsräsident Dr. Walter Zitzelsberger in seiner Rede. Die Fortführung des Projekts „Regionalmarketing Niederbayern“ war ihm dabei ein besonderes Anliegen.

Der Bezirkshaushalt 2007 im einzelnen

Das Gesamthaushaltsvolumen, bestehend aus dem Kameralhaushalt, der Kulturstiftung und den Wirtschaftsplänen für das Bezirksklinikum Mainkofen mit Gutshof und Pflegeheim sowie die Bezirkskrankenhäuser Landshut (mit Außenstelle Passau) und Straubing beträgt rund 385 Millionen Euro. Davon entfallen 272 Millionen Euro auf den Kameralhaushalt, der sich in den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt aufteilt.

Der Verwaltungshaushalt sinkt gegenüber 2006 um 2,6 % auf 253,2 Millionen Euro, wobei allein 226,2 Millionen Euro auf die „Soziale Sicherung“ entfallen. Der Anstieg des Vermögenshaushalts um 6 Millionen Euro auf 18,8 Millionen Euro ist auf den Neubau des Instituts für Hörgeschädigte in Straubing zurückzuführen, mit dem im Frühjahr diesen Jahres begonnen wird.

Der Verwaltungshaushalt der Kulturstiftung des Bezirks Niederbayern beläuft sich auf 2,3 Millionen Euro, der Vermögenshaushalt auf 900.000 Euro.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben beschäftigt der Bezirk Niederbayern rund 2.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. □

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner:

Franken:	Herr Grauer	Tel. 0911/ 23 20 929
	Herr von Imhoff	Tel. 0911/ 23 20 920
Oberbayern und Schwaben:	Herr Danninger	Tel. 089 / 23 87-0
Niederbayern und Oberpfalz:	Herr Müllner	Tel. 0941/ 78 00 116
Regional- und Standortentwicklung:	Herr Streng	Tel. 0921/ 78 42-0



Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!



Bayerische Landessiedlung GmbH

Bayerische Landessiedlung GmbH:

Ein bewährter Partner der Kommunen

GZ-Interview mit BLS-Geschäftsführer Bernd Schumacher und Jörg Streng, Bereichsleiter „Kommunal- und Regionalentwicklung“

Noch auf die Zeit der Monarchie geht die Entstehung der Bayerische Landessiedlung GmbH zurück. Im Laufe der Jahre hat das Profil der Gesellschaft gewechselt; geblieben ist freilich eine starke Verankerung im ländlichen Raum, das Engagement für Kommunal- und Regionalentwicklung, Immobilienentwicklung und Wohnungsbau, wie BLS-Geschäftsführer Bernd Schumacher und Jörg Streng, Bereichsleiter „Kommunal- und Regionalentwicklung“, in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung hervorhoben. Man verstehe sich seit vielen Jahren als „Dienstleister für die Kommunen und Partner für die Projektumsetzung“. Diese kommunalen Dienstleistungen sollen nun im Zuge der bereits teilweise abgeschlossenen Umstrukturierung der Gesellschaft ausgebaut werden.

Unter dem Motto „Entwickeln - Erschließen - Gestalten - Werte schaffen“ übernimmt die BLS je nach konkreter Aufgabenstellung alle Leistungen der Projektentwicklung. Das interdisziplinär besetzte Team mit Architekten, Stadt- und Landschaftsplanern sowie Immobilienkaufleuten wirkt auf vielfältige Weise bei der konkreten Projektrealisierung mit.

Alle Fachdisziplinen aus einer Hand

Dass diese intensive Zusammenarbeit in jeder Hinsicht vorteilhaft ist, darauf wies Jörg Streng, selbst Stadtplaner, hin: „Alle Fachdisziplinen aus einer Hand“ lautet unsere Maxime. Das geht von der Projektidee über deren Aufplanung und bei Bedarf Fördermittelakquise bis hin zur konkreten Umsetzung des Projekts. Bei uns sind also sowohl der visionär-planerische als auch der wirtschaftliche Bereich abgedeckt. Das ist das Reizvolle an unserer Arbeit und unterscheidet uns von anderen Anbietern.“ Besonders in der Bauleitplanung, die den Großteil der BLS-Tätigkeit ausmacht, sei dieser Vorteil erkennbar.

Bayernweit vertreten

Die Bayerische Landessiedlung GmbH ist bayernweit vertreten. Die Zentrale sitzt in München. Niederlassungen gibt es in Würzburg, Nürnberg, Bayreuth und Regensburg. Im April 2006 erwarb die Infraplan-Gruppe die Geschäftsanteile der

BLS. Infraplan gehört seit 1980 zu den bedeutenden Bau-trägergesellschaften in München und im Münchner Umland. Sie verfügt über ein sehr starkes Marketing-Know-how, sowohl in der Konzeption wie im Vertrieb.

Während die Bau-trägeraufgaben durch Infraplan sich auf den Standort München konzentrieren und die Eiwobau, deren Namensrechte erworben wurden, ihren Sitz in Nürnberg hat, wird die BLS für Regensburg und Bayreuth zuständig sein. Die Geschäftsführung wird von Peter Hartmann, Bernd Schumacher und Ferdinand Kaiser wahrgenommen. Die Leiter der Niederlassungen sind mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet und stehen in enger Verbindung zur Geschäftsführung und den zentralen Fachbereichen.

Breite Palette an Dienstleistungen

Im Bereich der „Kommunalen Dienstleistungen“ wird die BLS laut Geschäftsführer Bernd Schumacher weiterhin für den gesamten bayerischen Raum - also auch für die ländlichen Regionen - zuständig sein. Ziel ist es, die Stärken des jeweiligen Unternehmens auszubauen. Durch die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen sollen Kosten gesenkt werden.

Breit ist Schumacher und Streng zufolge die Palette an BLS-Leistungsangeboten. Vor dem Hintergrund, dass das Gemeinwesen Kommune sich schwerpunktmäßig auch mit der demografischen Struktur beschäftigen muss, habe die Baye-

rische Landessiedlung GmbH zum Beispiel interessante Vorschläge für Einheimischen-Modelle erarbeitet - beginnend bei der Planung über die kostengünstige Ausführung bis hin zur möglichst preisgünstigen Finanzierung. Dass dieses Thema den Bürgermeistern offensichtlich auf den Nägeln brennt, hätten viele Gespräche gezeigt.

ILEK für „Schweinfurter Oberland“

Beim Thema Regionalentwicklung/Interkommunale Zusammenarbeit können die beiden BLS-Repräsentanten u.a. auf das „Integrierte ländliche Entwicklungskonzept“ (ILEK) für das „Schweinfurter Oberland“ verweisen. Aus der Erkenntnis heraus, dass sich diese Region, eingegrenzt von den drei Landkreisen Bad Kissingen, Hassberge und Rhön-Grabfeld sowie der Stadt Schweinfurt, auf Dauer nur mit gemeinsamem Engagement weiterentwickeln kann, gaben der Markt Stadtlauringen und die Gemeinden Schonungen und Üchtelhausen die Erarbeitung des ILEK in Auftrag.

Konkrete Ansätze

Die BLS hat Landwirtschaftsminister Josef Miller inzwischen das Abschlussdokument überreicht. Das Besondere daran sei, so Streng, „dass wir bei unserer Analyse der gewerblichen Situation nicht nur schöne Visionen aufzeigt, sondern konkrete Handlungsansätze entwickelt haben“.

Blick über den lokalen Tellerrand

Neben einer gemeinsamen Gewerbeschau und der Kommunalzeitung „Oberlandkuriere“, in der kulturelle Veranstaltungen und Angebote aus der Region dargestellt werden, seien ein Logo entwickelt, Vorschläge für ein interkommunales Gewerbegebiet erarbeitet und die Vermarktung des Erholungsgebiets „Ellertshäuser See“ in Angriff genommen worden. In das Projekt „Seestern“, das noch in diesem Jahr gestartet werden soll, sind fünf rund um den See gelegene Dörfer involviert. Auch hier gelte es, über den lokalen Tellerrand zu schauen und sich letztlich mit der Frage auseinanderzusetzen:

Farbtupfer in der Landschaft dar, der alles andere als aufdringlich wirke. Taufkirchen sei nicht nur in der Finanzierung, sondern auch in der Bauausführung „andere Wege gegangen“. Die Vils-gemeinde habe dabei 1,2 Millionen Euro investiert.

Tatsächlich gründete die Gemeinde Taufkirchen mit dem Beschluss für den Neubau vor etwa einem Jahr auch ein eigenes Kommunalunternehmen. KommBau Taufkirchen soll in Zukunft Baumaßnahmen durchführen, die von der Gemeinde mit klaren Vorgaben und einem Budget übertragen werden. Ansonsten hat das Unternehmen aber freie Hand.

Geringere Kosten

Die erste Baumaßnahme, die auf diese Weise abgewickelt wurde, war der Neubau des Rathauses. „In Anbetracht der sehr engen Terminplanung war vor-

Welche Chance bietet eine größere Maßstäblichkeit bei der kommunalen Erfüllung der Aufgaben?

Konversionsmanagement

Stichwort Konversionsmanagement: Zahlreiche Kommunen stehen ganz aktuell vor der Aufgabe, für künftig nicht mehr benötigte militärische Liegenschaften tragfähige Folgenutzungen zu entwickeln. Eines der bislang sehr positiv verlaufenden Beispiele einer Revitalisierung ist der Bindlacher Berg, der eine lange und intensive Militärgeschichte aufweist. Die exponierte Liegenschaft vor den Toren Bayreuths war zuerst Kaserne für die Wehrmacht und nach 1945 Standort der US Armee. Nach Abzug der Amerikaner im Jahr 1992 konnte auf Grundlage der städtebaulichen Rahmenplanung das Areal erfolgreich einer Nachnutzung zugeführt werden.

Bindlacher Berg

Wie Streng betonte, hat die BLS zusammen mit der Kommune und einem privaten Grundstückseigentümer ein Vertragsverhältnis zur Erschließungsträgerschaft abgeschlossen. Die Bayerische Landessiedlung GmbH übernahm die Abbrucharbeiten für nicht weiter verwertbare Gebäude, die Freimachung der Grundstücke - z.B. für eine Reihenhausbauung -, und die Erschließung. Mittlerweile sei der Standort voll erschlossen, der Bindlacher Berg mit über 700 Einwohnern nach Bindlach selbst der drittgrößte Gemeindeteil. Wie es mit dem oberpfälzischen Bundeswehrstandort Neuburg vorm Wald nach dessen Schließung weitergehen wird, ist dagegen noch offen. „Spannend ist die Aufgabenstellung, was man dort aus den frei werdenden Liegenschaften machen kann, jedoch allemal“, stellte der Bereichsleiter fest.

Bauleitplanung

Auch beim Leistungsangebot Bauleitplanung wusste Streng Erfreuliches zu berichten: So hätten BLS und Stadt Bayreuth eine GmbH gegründet, um den Wohnstandort „Hohlmühle“ ins Leben zu rufen. Die BLS habe sich hierbei - neben der städtebaulichen Konzeption - der gesamten Umweltplanung angenommen und den Standort entwickelt. Zudem kümmere sich seine Gesellschaft jetzt auch um die Erschließung und den Verkauf der Grundstücke. Mittlerweile sei der erste Teilbereich des Baugebietes nahezu voll belegt - ein weiterer überzeugender Beweis für die erfolgreiche und kundenorientierte Tätigkeit der Bayerischen Landessiedlung GmbH. **DK**

allem Flexibilität gefragt, und es zeigte sich sehr von Vorteil, dass ein Kommunalunternehmen nicht verpflichtet ist, die sehr einengenden Ausschreibungs- und Vergabevorschriften der VOB/A einzuhalten“, heißt es in einer Stellungnahme der Gemeinde. Die damit ermöglichten Zeitvorsprünge hätten auch die Kosten reduziert. Die Gemeinde freut es auch, dass somit vorwiegend Firmen aus der Region zum Zug gekommen sind. KommBau habe die Ausschreibungen ausschließlich in beschränkter Form durchgeführt, ohne jedoch den Teilnehmerkreis unter das übliche Maß zu begrenzen.

Das Kommunalunternehmen ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Der Verwaltungsrat bei der KommBau umfasst insgesamt acht Mitglieder, an deren Spitze als Vorsitzender Bürgermeister Franz Hofstetter steht. **DK**

Nürnberger Eiwobau:

BLS übernimmt Markenrechte

Das traditionsreiche Bauunternehmen Eiwobau, das im Juli 2005 wegen Fehlinvestitionen von Tochtergesellschaften in den neuen Bundesländern Insolvenz angemeldet hatte, kann wieder durchstarten: Die Bayerische Landessiedlung GmbH (BLS) übernimmt mit ihrer neuen Tochter Eiwobau Real Estate GmbH die Markenrechte und den Stammsitz der traditionsreichen Nürnberger Firma.

Die neue Gesellschaft Eiwobau Real Estate GmbH hat ihren Sitz im bisherigen Verwaltungsgebäude der Eiwobau in Nürnberg. „Der Raum Nürnberg birgt für uns ein großes Potenzial und wird neben München ein Schwerpunkt unserer Bauvorhaben“, so BLS-Geschäftsführer Bernd Schumacher. Auch die Niederlassung Franken der Muttergesellschaft BLS wird in das Stammgebäude der Eiwobau ziehen. Damit konzentriert die BLS alle ihre Aktivitäten des kommunalen Dienstleistungs-geschäfts, der Projektentwicklung und des Wohnungsbaus in Nürnberg unter einem Dach. **DK**



Freude bei der Altöttinger Landtagsabgeordneten Ingrid Heckner und Bürgermeister Herbert Hofauer über den neuen Erweiterungsbau.

Weiß-Ferdl-Schule in Altötting:

Neubau für Ganztagsklassen

Einweihung des Erweiterungsbaus im Beisein zahlreicher Prominenz

„Ein großes und wichtiges Werk ist vollbracht. Heute werden wir diesen Neubau an die Weiß-Ferdl-Schule übergeben und damit einen Vollausbau der größten Hauptschule in unserem Landkreis Altötting erreichen“, freute sich Altöttings erster Bürgermeister Herbert Hofauer bei den Einweihungsfeierlichkeiten.

Als eine von vielen Hundert Kommunen habe die Weiß-Ferdl-Hauptschule im Jahre 2005 vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus den Zuschlag für die Errichtung von Ganztagesklassen erhalten: „Damit konnte bereits im Schuljahr 2005/2006 eine der 5. Klassen als Ganztagesklasse eingerichtet werden, die mittlerweile zum Ganztageszug ausgebildet wurde“, so Hofauer.

Zeitgleich wurde von Seiten der Stadt Altötting als Schulaufwandsträger die Planung des hierfür notwendigen Erweiterungsbaus forciert. Für diesen Neubau, der 3,17 Mio. Euro gekostet hat, gewährt der Freistaat Bayern aus dem Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung - IZBB“ der Bundesrepublik Deutschland einen Zuschuss in Höhe von 2,4 Mio. Euro.

Mit dieser Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung sind Hofauer zufolge die monatelangen Bemühungen der Schulleitung der Weiß-Ferdl-Hauptschule mit Rektor Harald Kronthaler ebenso belohnt worden wie das herausragende Engagement der Stadtverwaltung: „Die von uns vorgelegten Projektunterlagen wurden mehrmals als höchst professionell und aussagekräftig bezeichnet und waren letztendlich ausschlaggebend für unseren gemeinsamen Erfolg.“

Der gelungene farbenfrohe Baukörper, der sich nahtlos und funktionell an das Hauptgebäude anschließt, beherbergt fünf Ganztagesklassen mit Gruppenräumen, einen EDV-Raum, eine neue Lehrküche und einen Medienraum. Der bestehende Speisesaal wurde renoviert und erweitert sowie mit einer sog. Fernküche für die Mittagsverpflegung ausgestattet.

In seiner Festrede wies Regierungspräsident Christoph Hillenbrand darauf hin, dass in Bezug auf das schulische Angebot und die baulichen Voraussetzungen nur ganz wenige Schulen in Bayern den Stand der Weiß-Ferdl-Hauptschule erreicht haben. Die Schule setze seit Jahren im Bereich der Ganztagsbetreuung Maßstäbe, die nun mit dem Neubau für den Ganztageszug noch einmal angehoben worden seien.

Modellcharakter

Landrat Erwin Schneider bezeichnete den Neubau als „Riesensprung nach vorne“, der landesweit Modellcharakter habe. Zugleich verwies er auf die Auswirkungen der aktuellen Schulpolitik, in deren Folge im Landkreis in den kommenden Jahren rund 20 Mio. Euro in bauliche Maßnahmen an Schulen fließen würden.

Schulamtsdirektor Heinz Heimerl betonte, dass die Stadt Altötting frühzeitig erkannt habe, dass angesichts sozialer Probleme und des demographischen Wandels neue Betreuungsformen nötig seien und der Staat verstärkt Einfluss auf die Erziehung der Kinder nehmen müsse. Für Ersten Bürgermeister Sebastian Haider aus der Gemeinde Kastl, die zum Schulsprengel der Weiß-Ferdl-Hauptschule gehört, ist diese eine „lebendige Schule mit lebenswertem Umfeld“, die den Jugendlichen nun noch bessere Ausbildungs- und Zukunftschancen bietet. Rektor Harald Kronthaler wiederum erläuterte, dass durch die neue Pädagogik in den Ganztagesklassen versucht wird, sich noch mehr an den Bedürfnissen von Kindern und Eltern zu orientieren. **DK**

Sport StadiaNet GmbH:

Beispielhaftes kommunales Public Private Partnership-Konzept

Grundsteinlegung für eine 2-Feld-Multifunktionshalle in der Gemeinde Bestensee

Die Sport StadiaNet GmbH (SSN) aus Düsseldorf entwickelte ein beispielhaftes kommunales PPP-Konzept und setzt dieses nun mit dem Bau einer Sporthalle in der Gemeinde Bestensee bei Berlin um. Das in Zusammenarbeit mit führenden Wirtschaftsprüfern und -juristen entstandene standardisierte neutrale Generalübernehmer-Modell ist auf kommunale Investitionsprojekte verschiedenster Größenordnungen übertragbar.

Die etwa 6.500 Einwohner von Bestensee (Lkr. Dahme-Spreewald) bekommen nun eine 2-Feld-Multifunktionshalle mit einer Zuschauertribüne und einem Kunstrasen- Spielfeld im Außenbereich. Die Sport StadiaNet GmbH als Tochter eines europaweit tätigen Unternehmens im Bereich Sportstättenbau entwickelte in enger Anlehnung an die Richtlinien der Bundesländer mit den juristischen Beratern der Sozietät Freshfields Bruckhaus Deringer und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Weidinger & Kollegen das nun vorliegende Modell im Rahmen einer Öffentlich-privaten Partnerschaft.

Standard-Verfahren

Zunächst durch den europaweit ausgeschriebenen Wettbewerb zugeschnitten auf die Anforderungen der Gemeinde Bestensee, ergab sich ein Standard-Verfahren, welches in jeder Weise modifizierbar und so auch auf kleinere und mittlere kommunale Projekte übertragbar ist.

Gesamtinvestition

Das Gesamtinvestitionsvolumen für den Bau der neuen und den Abriss der alten Sporthalle sowie einer Kleinfeldsportanlage im Außenbereich beträgt ca. 3,5 Mio. Euro brutto. Mit der

Bayerischer Bauindustrieverband:

Aufschwung auf solidem Fundament

„Am Bau in Bayern geht es nachhaltig aufwärts“, kommentierte Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, neueste Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik. Danach gab es bei den Auftragseingängen im Zeitraum Januar bis September 2006 ein Plus von 8,6 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

„Der Bauaufschwung steht auf solidem Fundament“, betonte Hess. Das stärkste Wachstum komme vom Wohnungsbau mit einem Plus von 17 Prozent; der Öffentliche Bau erreiche einen Zuwachs von 6,2 Prozent.

Erfolgsfaktoren

Dies sind laut Hess zwar erfreuliche Zahlen, dennoch merkte er an: „Im Grunde sollte der Öffentliche Bau der Vorreiter sein. In der Vergangenheit war das einer der Erfolgsfaktoren Bayerns - zusammen mit der damals hohen Investitionsquote des Freistaats.“ Einen nur geringen Beitrag zum Wachstum habe der Wohnungsbau mit einem Anstieg um 0,8 Prozent geleistet, eine direkte Auswirkung der Abschaffung der Eigenheimzulage.

Steigende Baupreise

Mit der besseren Baukonjunktur geht ein Anstieg der Preise für Vorprodukte und für die Leistungen von Subunternehmern einher. Doch ist dies Hess zufolge nicht die alleinige Ursache, vielfach auch nicht der Hauptgrund: So sei die Verdoppelung der Stahlpreise und des

Fertigstellung im August 2007 wird das Gebäude in das Eigentum der Gemeinde übergehen, die dafür 25 Jahre lang gleich bleibende Zahlungen leistet. Die Firma SSN, nach Abschluss des Verfahrens nunmehr einziger Vertragspartner der Gemeinde und Generalübernehmer, übernimmt neben der Finanzierung und der Bauausführung zum Festpreis auch die Kosten für die fachspezifische Wartung und Instandsetzung der Anlage über die gesamte Vertragslaufzeit. Weitere 20 Jahre lang, also bis zum Jahr 2021 muss die durch einen Gutachter abgesicherte Restnutzungsdauer gegeben sein. Garantiert ist die Beispielbarkeit des Kunstrasenplatzes bis zu 2000 Stunden pro Jahr. Weiterhin sind die Kosten für Reinigung, Energie und Versicherungen mit den Zahlungen der Gemeinde abgegolten.

Sportstättenstatistik

Rentabilität und Machbarkeit von PPP-Projekten werden von Kommunalpolitikern und Leistungsträgern in der Regel erst bei Investitionssummen im zweistelligen Millionen-Euro-Bereich gesehen. Tatsächlich aber liegen die Kosten für angestrebte und notwendige Maßnahmen wie Sanierungen, Umbauten oder Erweiterungen bestehender Einrichtungen weit

unter dieser Grenze. Damit Sportstätten wieder optimal nutzbar sind, bedarf es teilweise nur geringer Investitionen - das betrifft rund 70 % aller Sportstätten in den alten und etwa 40 % in den neuen Bundesländern, wie der Deutsche Olympische Sportbund in seiner letzten Sportstättenstatistik feststellte.

Forfaitierungsmodell

Für die Sporthalle in Bestensee erfolgte die Finanzierung als so genanntes Forfaitierungsmodell mit einem auf die Investitionssumme bezogenen Einredeverzicht. Die Konditionen sind denen eines Kommunalkredites ähnlich, bieten darüber hinaus auch den Vorteil, dass Eigenkapital und Fördermittel integriert werden können. Der Einbezug von Fördermitteln aus der Sportstättenförderung ist möglich, nachdem die meisten Bundesländer die rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich des Zuwendungsrechts verbessert und die bestehenden Förderprogramme für PPP-Modelle geöffnet haben.

Dieses Modell kann wegen seiner Standardisierung und Übertragbarkeit auf Projekte aller Größenordnungen mit einem

Wohnraumförderung 2006 in Bayern:

12 Prozent mehr als im Vorjahr

„Der Freistaat Bayern hat im Jahr 2006 den Bau und Erwerb von über 6.000 Eigentums- und Mietwohnungen sowie Wohnheimplätzen gefördert. Das sind rund 700 Wohneinheiten oder 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit der Wohnraumförderung verbessert der Freistaat vor allem die Wohnungsversorgung von Familien. Zudem sind die staatlichen Investitionen Impulse für die Baukonjunktur“, teilte Innenminister Dr. Günther Beckstein in München mit.

Die über 6.000 geförderten Wohneinheiten setzen sich zusammen aus über 4.000 Wohnungen und 2.000 Heimplätzen. Die über 4.000 geförderten Wohnungen unterteilen sich in 1.660 Miet- und Genossenschaftswohnungen und rund 2.400 selbstgenutzte Eigentumswohnungen und Eigenheime.

Schwerpunkt

„Die geförderten Miet- und Genossenschaftswohnungen liegen fast alle in größeren Städten und Ballungsräumen. Denn vor allem hier haben Familien mit Kindern nach wie vor große Probleme, angemessenen Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zu finden“, so Beckstein.

Der Schwerpunkt der Wohn-

Investitionsvolumen ab 300.000 Euro als beispielhaft gelten: das Handling ist für alle Beteiligten aufgrund des durchstrukturierten Konzeptes transparent und unkompliziert, durch Synergieeffekte kann für die Kommunen im Vergleich zu herkömmlichen Finanzierungsvarianten ein Effizienzgewinn von 15 % und mehr erreicht werden.

Hohe Effizienz

Der Grund für die größere Effizienz von PPP-Modellen ist vor allem die unmittelbare Kostenverantwortung eines Privatunternehmens für den gesamten Lebenszyklus eines Objekts. Die beauftragte private PPP-Gesellschaft kann bereits in der Planungs- und Investitionsphase die Folgekosten für Instandhaltung und Bewirtschaftung minimieren. Die frühzeitige Einbeziehung dieser Faktoren ist deshalb wichtig, weil im Durchschnitt 70 Prozent der Gesamtkosten im Lebenszyklus einer Immobilie auf die Betriebskosten entfallen.

Wirtschaftlicher Vorteil überwiegt

Die Gemeinde Bestensee hat sich nach Prüfung aller in Frage kommenden Beschaffungsvarianten für dieses PPP-Modell entschieden. Auf die Laufzeit des Projektes gesehen überwiegt der wirtschaftliche Vorteil durch eine rasche Realisierung und Nutzungsmöglichkeit, die sachgerechte Risikoverteilung und die garantierte Instandhaltung der gesamten Sportanlage. □

raumförderung lag jedoch wie in den vergangenen Jahren beim Wohneigentum.

Der ländliche Raum profitiert

„Von der Eigenwohnraumförderung profitiert insbesondere der ländliche Raum, da sie Abwanderungstendenzen gerade junger Familien aus strukturschwachen Gebieten dämpft“, betonte Beckstein.

Auskünfte zur Wohnraumförderung erhalten Investoren und Bauherren im Internet unter <http://www.wohnen.bayern.de>, sowie von den Bezirksregierungen oder den Kreisverwaltungsbehörden (Landratsamt oder kreisfreie Stadt), wo auch die Förderanträge zu stellen sind. □

Werkstätten:Messe in Nürnberg vom 23. bis 26. Februar:

„Bewährtes bleibt - Gutes kommt hinzu“

Die 21. Werkstätten:Messe der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten, bisher in Offenbach präsent, hat ihren neuen Standort in Nürnberg gefunden. Vom 23. bis 26. Februar wird sie zentrales Schaufenster und wichtigster Treffpunkt der Werkstätten für behinderte Menschen sein.

Wie Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly - er ist auch Aufsichtsratsvorsitzender der NürnbergMesse GmbH - im Vorfeld der Messe betonte, rückten Menschen mit Behinderung heute verstärkt ins Zentrum der Öffentlichkeit. Der begonnene Prozess zum Paradigmenwechsel im Denken drücke sich nicht nur im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung 2003 aus, sondern auch in Neuerungen des Sozialgesetzbuches und im Behindertengleichstellungsgesetz.

Integration von Menschen mit Behinderung und ihre gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft finde auch in der Mitwirkung am Produktionsprozess ihren Ausdruck. Daher komme den Werkstätten als Ort zur Entwicklung, Förderung, Beschäftigung und Integration der Menschen mit Behinderung eine wesentliche sozialpolitische Bedeutung zu. Die Leistungsfähigkeit behinderter Menschen werde auch in der Präsentation qualitativ hochwertiger sowie marktorientierter Produkte und Dienstleistungen sichtbar. Dies dokumentiere die Werkstätten:Messe auf eindrucksvolle Weise.

Gastland Polen

In diesem Jahr ist Maly zufolge das Gastland Polen nicht nur durch die Nürnberger Partnerstadt Krakau vertreten. Dadurch werde auch das deutsch-polnische Jahr gewürdigt und für vielfältige wechselseitige Impulse genutzt.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber wies darauf hin, dass neben der Präsentation des vielfältigen und hochwertigen Angebots der Werkstätten und der Kontaktaufnahme mit den Kunden ein interessantes Rahmenprogramm Information und Diskussion ermöglicht werde. Die ständige Weiterentwicklung und Verbesserung der Arbeit sei auch hier wichtig. Umso wertvoller sei es, dass Neuerungen sowohl im wirtschaftlich-technischen wie im pädagogisch-sozialen Aufgabenfeld der Werkstätten ein adäquates Forum geboten wird.

Die Anforderungen, die heute an Werkstätten für behinderte Menschen gestellt werden, seien enorm, fuhr Stoiber fort. Sie hätten sich mit ihren Produkten und Dienstleistungen auf einem

globalisierten Markt durchzusetzen und zugleich den besonderen Voraussetzungen der in ihnen Beschäftigten gerecht zu werden. Stoiber: „Es geht um nichts weniger als darum, Menschen, die aufgrund einer körperlichen und geistigen Einschränkung nicht am Erwerbsleben teilnehmen können, ein eigenes Einkommen zu bieten sowie Selbstbestätigung und weitere persönliche Entwicklung zu ermöglichen.“

Nach Auffassung von Sozialministerin Christa Stewens sind die Werkstätten für behinderte Menschen „ein unverzichtbarer Pfeiler unserer Sozialpolitik, unserer Bemühungen um die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen und deren berufliche Eingliederung“. Bundesweit böten die Werkstätten heute über 200.000 Menschen mit Behinderung eine berufliche Förderung und sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Beschäftigung, die vielen, besonders schwerbehinderten Menschen, sonst sicherlich versagt blieben. Allein in Bayern gebe es in den 180 Werkstätten für behinderte Menschen über 26.000 Arbeits- und Beschäftigungsplätze.

Doppelfunktion

Wie die Ministerin hervorhob, sei es keine leichte Aufgabe, die Doppelfunktion als soziale Einrichtung für behinderte Menschen und betriebswirtschaftlich orientiertes Unternehmen zu erfüllen. Als Wirtschaftsunternehmen müssten sich heute auch die Werkstätten für behinderte Menschen den veränderten strukturellen und technologischen Veränderungen der Arbeitswelt stellen, sich in einem erweiterten Europa, auf einem globalisierten Markt bewähren und Auftragsmärkte erhalten und erschließen, um die Beschäftigung der behinderten Menschen sicherzustellen. Gleichzeitig seien sie ihrem gesetzlichen Auftrag verpflichtet, die in den Werkstätten beschäftigen behinderten Menschen qualifiziert zu betreuen, individuell in ihren Fähigkeiten zu fördern und (weiter-)zu entwickeln und ihnen eine qualifizierte, ihrer Behinderung angepasste berufliche Bildung und Beschäftigung zu ermöglichen. □

Viel Gefühl für Qualität

Die Vielfalt der Werkstätten für behinderte Menschen überzeugt immer mehr gewerbliche Einkäufer - und kann sich durchaus mit dem Wettbewerb am Markt messen. Entdecken Sie liebevoll gefertigte Produkte und professionelle Dienstleistungen, die Sie gerne einkaufen und mit gutem Gefühl weiter verkaufen können.

- Dienstleistungen
- Freizeit und Garten
- Haushaltsartikel und Heimwerkerbedarf
- Kunstgewerbliche Artikel
- Möbel und Textilien
- Papier und Bürobedarf
- Spielwaren
- Lederwaren

Fragen? Wir informieren Sie gern:

NürnbergMesse
Tel + 49 (0) 9 11. 86 06 - 49 22
besucherinfo@nuernbergmesse.de
Fachbesuchertage: 22. + 23.2.2007

www.werkstaettenmesse.de

Ideeller Träger

BAG
WfBM

NÜRNBERG MESSE

Pappenheimer Wasserwerk in Betrieb genommen

N-ERGIE errichtet schlüsselfertiges Wasserwerk für die Wassergewinnungs- und -versorgungs GmbH Pappenheim und Umgebung

Ein Jahr nach der Vertragsunterzeichnung zur Errichtung eines neuen Wasserwerkes nahmen Peter Fischer, Geschäftsführer der Wassergewinnungs- und -versorgungs GmbH Pappenheim und Umgebung und deren Aufsichtsräte sowie Herbert Dombrowsky, Sprecher des Vorstands der N-ERGIE Aktiengesellschaft, Ende Dezember das neue Wasserwerk in Pappenheim feierlich in Betrieb.

Nach einer achtmontatigen Bauzeit erhalten die von Pappenheim sowie die von den Zweckverbänden Wasserversorgung links und rechts der Altmühl versorgten Bürger ihr Wasser aus dem neuen Wasserwerk.

Aufsichtsrat mit Weitsicht

Um auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und zudem ortsnahe Wassergewinnung sicherzustellen, traf der Aufsichtsrat der Wassergewinnungs- und -versorgungs GmbH Pappenheim und Umgebung 2005 die Entscheidung, das alte Wasserwerk

ers beim Bau und Betrieb von Wasserversorgungsanlagen.

Ein Pluspunkt für die Realisierung dieses Projektes war die erfolgreiche Realisierung des Wasserwerkneubaus in Feucht durch die N-ERGIE und AquaOpta im Jahr 2005. Der Bau des Wasserwerks stellt hohe technische Ansprüche. Deshalb arbeitet die AquaOpta mit der Ingenieurgesellschaft Baur Consult zusammen. Das Haßfurter Unternehmen verfügt über eine langjährige Erfahrung im Bereich der Wassertechnik. Die örtlichen Handwerksbetriebe wurden von der N-ERGIE und AquaOpta bei

trägt rund eine Million Euro. Für die Wassergewinnungs- und -versorgungs GmbH Pappenheim und Umgebung entfällt somit jedes Risiko von Kostensteigerungen und Nachtragsangeboten. Mit dem Bau des neuen Werkes wurde im Frühjahr 2006 begonnen. Das „alte“ Wasserwerkgebäude bleibt weiterhin bestehen. Die darin befindlichen Infrastruktur-Einrichtungen wie Lagerräume, Büro des Wassermeisters etc. werden weiterhin genutzt.

Neueste Technik

Mit Außenabmessungen von 12,5 x 11,5 Metern fällt das neue Gebäude wesentlich kompakter als das bisherige Wasserwerk aus. Neben der Installation einer dem derzeitigen technischen Standard entsprechenden Regel- und Steuerungsanlage befinden sich zwei Zwischenbehälter im Neubau. Sie haben ein Volumen von jeweils 100 Kubikmeter. Da das geförderte Trinkwasser eine sehr gute Qualität besitzt, ist eine Aufbereitung des Rohwassers nicht notwendig. Flachbettbelüfter sorgen lediglich für eine Entsäuerung des Trinkwassers.

Brunnen seit 1962 aktiv

Das Wasser wird aus zwei Brunnen im Tal der Altmühl zum Wasserwerk gefördert. Diese wurden 1957 gebaut und befinden sich in unmittelbarer Nähe des Werksgeländes. Sie sind seit 1962 zur Trinkwassergewinnung aktiv. Bis zu 20 Liter pro Sekunde werden aus einer Tiefe von 20 Metern gefördert und liefern das Trinkwasser für die rund 4.400 Bürger der Stadt Pappenheim sowie für die Zweckverbände links und rechts der Altmühl. Insgesamt rund 15.000 Einwohner erhalten das köstliche Wasser aus dem neuen Wasserwerk. Die Gesamtleistung des neuen Wasserwerks liegt bei rund 650.000 Kubikmeter Wasser pro Jahr.

Deutsches Trinkwasser ist das am stärksten kontrollierte Lebensmittel. Mit der Novellierung der Trinkwasserverordnung zum 1. Januar 2003 wurden einige Grenzwerte noch weiter verschärft. Die AquaOpta betreibt die Wassergewinnungsanlagen der N-ERGIE und des Zweckverbandes Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum (WFWR) und ist nach den hohen Qualitätsstandards der deutschen Wasserversorgung zertifiziert.

Neue GmbH

Die Neugründung der Wassergewinnungs- und -versorgungs GmbH Pappenheim und Umgebung löste den Zweckverband zur Wassergewinnung Pappenheim und Umgebung. Aufsichtsratsvorsitzender der GmbH ist Pappenheims Erster Bürgermeister Peter Krauß; Geschäftsführer ist Peter Fischer, Kämmerer der Stadt Pappenheim.

Die Gesellschaft hat drei Gesellschafter: Die Stadt Pappenheim mit 35 Prozent, den Zweckverband Wasserversorgung links der Altmühl mit 35 Prozent und den Zweckverband Wasserversorgung rechts der Altmühl mit 30 Prozent. □



Am 20.12.2006 wurde das Wasserwerk Pappenheim von Fritz Albrecht, Vorsitzender Zweckverband links der Altmühl, Dr. Andreas Greving, Geschäftsführer AquaOpta GmbH, Pappenheims Bürgermeister Peter Krauß, Peter Fischer, Geschäftsführer Wassergewinnungs- und -versorgungs GmbH Pappenheim und Umgebung, Werner Mößner, Vorsitzender Zweckverband rechts der Altmühl und Herbert Dombrowsky, Sprecher des Vorstands der N-ERGIE Aktiengesellschaft (v.l.) offiziell in Betrieb genommen.

durch einen Neubau zu ersetzen und die Modernisierung von zwei Brunnenköpfen durchzuführen. Mit der Auftragsvergabe an N-ERGIE, die für die Projektabwicklung ihr Tochterunternehmen AquaOpta GmbH beauftragte, nutzte die neu gegründete Gesellschaft das umfassende Know-how des regionalen Branchenführers

der Realisierung des Projektes berücksichtigt.

Beispiel „Feuchter Modell“

Die N-ERGIE bietet einen Festpreis bis zur kompletten Fertigstellung aller Arbeiten und der Inbetriebnahme des neuen Wasserwerkes. Die Bausumme be-

Beckstein zum Zusammenwirken zwischen öffentlicher Hand und Bauwirtschaft:

Erprobung neuer Wege

Fünf weitere Staatsstraßenprojekte als Public Private Partnership-Modell

Der Bayerische Landtag hat im Doppelhaushalt 2007/2008 fünf weitere Staatsstraßenprojekte als Public Private Partnership (PPP)-Modell eingeplant. Dies sind die Erneuerung der Mainbrücken Bergheimfeld, Segnitz, Klingenberg und Volkach sowie der letzte Bauabschnitt der Münchner Flughafentangenten Ost.

„Mit dem PPP-Modell wollen wir neue Wege im Zusammenwirken zwischen öffentlicher Hand und Bauwirtschaft erproben. Kerngedanke dabei ist, dass der Auftragnehmer die Straße nicht nur baut, sondern auch vorfinanziert und insbesondere für ihre Erhaltung in den nächsten 25 Jahren verantwortlich ist. Wir hoffen, dass die Bauwirtschaft auf diese Weise ihre Fachkunde, ihre Erfahrung und ihr Innovationspotenzial stärker in das Gesamtprojekt einbringen kann. Positiv ist auch, dass wir fünf ausgesprochen dringliche Projekte trotz angespannter Haushaltssituation auf den Weg bringen können“, teilt Innenminister Dr. Günther Beckstein mit. Die Gesamtkosten für Bau, Erhaltung und Finanzierung der fünf Maßnahmen betragen rund 50 Millionen Euro.

Ein wichtiges Element von PPP ist die funk-

tionale Ausschreibung. Dabei gibt der Vertrag die Anforderungen an die Gebrauchsfähigkeit der fertigen Straßen und Brücken beispielsweise hinsichtlich Ebenheit und Griffigkeit der Fahrbahndecke vor. „Wir schreiben hier nicht mehr im Detail vor, mit welchen Baustoffen und Bauverfahren der Auftragnehmer bauen soll. Durch die langfristige Übertragung der Verantwortung an den Unternehmer schaffen wir effektive Anreizstrukturen, um qualitativ hochwertig, dauerhaft und erhaltungsfreundlich zu bauen, da der Unternehmer nicht wie bei konventionellen Bauverträgen nur für wenige Jahre im Rahmen der Gewährleistungspflicht für seine Bauleistung verantwortlich ist“, erläutert Beckstein. Der Minister weist aber auch darauf hin, dass PPP kein Allheilmittel ist, um die Mittelknappheit generell zu beseitigen: „Die Zahl der PPP-Projekte muss begrenzt bleiben, weil die Raten für die Refinanzierung den Handlungsspielraum in der Zukunft sonst zu stark einschränken würden.“ Derzeit sind zwei Staatsstraßenprojekte als PPP-Modell in Bau, nämlich die Ortsumgehung von Miltenberg im Zuge der St 2309 und ein Abschnitt der Flughafentangenten Ost im Zuge der St 2580. □

Bilanz der BAU 2007 in München:

Rekordbesuch beflügelt Bauwirtschaft

Mit einem neuen Besucherrekord kann die BAU 2007 aufwarten. An sechs Messetagen kamen im Januar mehr als 206.000 Fachbesucher zur weltgrößten Fachmesse für Baustoffe und Baumaterialien nach München, um sich über das Angebot der 2046 Aussteller aus 44 Ländern zu informieren. Damit wurde erstmals in der mehr als 40jährigen Geschichte der BAU die 200.000er Marke überschritten.

Noch nie war das Publikum so international, da waren sich die Aussteller einig. Angesichts des positiven Feedbacks zeigte sich Messechef Norbert Bargmann überaus zufrieden: „Mehr Besucher, größere Internationalität und damit gestiegene Reichweite - das Ergebnis übertrifft unsere Erwartungen. Es geht weltweit wieder aufwärts mit der Bauwirtschaft.“

Nachhaltige Qualität

Energieeffizientes Bauen und Bauen im Bestand waren die herausragenden Themen der BAU 2007. An fast allen Ständen wurden Produkte oder Techniken präsentiert, die eine Energie sparende Bauweise zum Ziel haben oder speziell für Bestandsmaßnahmen entwickelt wurden. Auf besondere Resonanz stießen Sonderschauen, darunter die „San-Re-Mo“ (Sanierung, Renovierung, Modernisierung) des Bundesarbeitskreises Altbauerneuerung e.V. (BAKA).

Im Mittelpunkt des BAKA-Auftritts stand das Forum „Praxis Altbau“ mit 65 Vorträgen und Talkrunden zu allen wichtigen Themen der Altbau-Immobilie. Dabei ging es um Themen wie Gebäudediagnose, barrierefreies Bauen, Schäden erkennen, Mängel beseitigen, energiesparendes Bauen, nachhaltige Qualität, Vorschriften und Gesetze der Gebäude-Modernisierung sowie Finanzierung und öffentliche Förderung.

Energieeffizienz

Das BMVBS, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, richtete in Kooperation mit dem BAKA und der dena (Deutsche Energie-Agentur) den zweitägigen Kongress „Energieeffizienz Bauen“ aus. Auf dem Programm standen Themen zu europäischen Regelungen (Umsetzung der EU-Richtlinie), Niedrigenergiehäuser im Wohnungs- und Nichtwohnungsbau, neue energetische Standards in Deutschland und Europa, Energieausweisausstel-

lung sowie Produkte und Techniken für künftige energieeffiziente Gebäude.

Als Besuchermagnet erwiesen sich die Foren „Clima Design meets Visions of Glass“ und „Makroarchitektur“. Täglich bevölkerten hunderte Zuhörer die Vorträge weltbekannter Referen-

ten aus Industrie, Wissenschaft und Forschung. Auf dem Programm standen Themen wie nachhaltiges Bauen, transparente Gebäudehüllen, neue Materialien und Oberflächen und die Verwendung von Glas im Bau. Spitzenvertreter aus Industrie und Architektur nutzten die Foren zum Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Auch zu den Themen BAU IT, Solarhorizonte und Urban Design gab es spezielle Foren mit einem täglichen Vortragsprogramm. Auf einer „Forschungsinsel“ wurden darüber hinaus erstmals Innovationen, Forschungsideen und -Ergebnisse sowie öffentliche Fördermöglichkeiten präsentiert. Die „Forschungsinitiative Zukunft Bau“ stellte erstmals Ziele und Aufgaben vor. □

Grundwasser- und Trinkwasserbeschaffenheit:

Bund soll Zulassung prüfen

Bayerns Vorsorge-Messprogramm weist bisher nicht analysierbares Abbauprodukt von Pflanzenschutzmittel nach

Im Rahmen eines landesweiten Vorsorge-Messprogramms auf bisher nicht analysierbare Pflanzenschutzmittel-Rückstände im Grundwasser konnte erstmals ein Abbauprodukt des seit 40 Jahren zugelassenen Pflanzenschutzwirkstoff Chloridazon nachgewiesen werden. Obwohl das gefundene Abbauprodukt nach Einschätzung des Bundesinstituts für Risikobewertung in den gefundenen Konzentrationen gesundheitlich absolut unbedenklich ist, sollte Chloridazon aus bayerischer Sicht aus Vorsorgegründen so wenig wie möglich und zumindest in Wasserschutzgebieten gar nicht mehr verwendet werden.

Das teilten die beiden Präsidenten der Landesämter für Umwelt (LfU), Prof. Albert Göttele, und für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), Prof. Volker Hingst, mit. Das LfU hat sich deshalb an das für die Zulassung zuständige Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit gewandt, um eine Bewertung chloridazonhaltiger Pflanzenschutzmittelrückstände im Grundwasser zu erhalten. Gleichzeitig haben sie das Umweltbundesamt aufgefordert, eine abschließende Einstufung des Abbauprodukts im Sinne der Trinkwasserverordnung durchzuführen. Bayern fordert eine klare und abgestimmte Vorgehensweise, um den Schutz der Grundwasservorkommen weiter zu intensivieren. Bayern bezieht rund 95 Prozent des Trinkwassers aus Grundwasser, davon zwei Drittel naturrein ohne technische Aufbereitung.

Mit einem hochempfindlichen, neuartigen Analyseverfahren konnte das Abbauprodukt Desphenyl-Chloridazon im Grundwasser festgestellt werden, insbesondere unter den Rübenanbaugebieten des niederbayerischen Gäubodens und der

unterfränkischen Gäuplatten. Im Rahmen der Untersuchungsprogramme wurden zunächst Grundwassermessstellen, Brunnen und Quellen in Bayern auf Chloridazon und dessen Abbauprodukt Desphenyl-Chloridazon untersucht; die Trinkwasseruntersuchungen laufen noch. In rund der Hälfte der bislang 90 Messungen konnte das Abbauprodukt nachgewiesen werden. Nach bisher vorliegenden Ergebnissen wurden Werte bis zu 9,5 Mikrogramm Desphenyl-Chloridazon pro Liter gemessen. Chloridazon selbst lag dagegen bei allen Messungen unterhalb der Bestimmungsgrenze. Messungen in Baden-Württemberg erbrachten Ergebnisse in vergleichbarer Größenordnung.

Der herbizide Wirkstoff Chloridazon wird seit vierzig Jahren zur Unkrautbekämpfung im Rüb- und Gemüseanbau eingesetzt. Die Zulassung chloridazonhaltiger Pflanzenschutzmittel wurde vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit im letzten Jahr verlängert. Das jetzt erstmals im Grundwasser nachgewiesene Abbauprodukt ist für Mensch und Tier ohne Wirkung. □

Staatssekretär Georg Schmid:

Online-Bauvergabe in Bayern jetzt noch attraktiver

„Die Online-Vergabe von Bauleistungen in Bayern ist jetzt für die Baufirmen noch attraktiver. So können die Online-Bieter nun die Submissionsergebnisse im Internet abrufen und brauchen nicht mehr zur Angebotsöffnung in das Staatliche Bauamt fahren. Zudem können sich die Firmen jetzt auch ohne Signaturkarte an der Vergabepattform anmelden. Beide Neuerungen sparen der Bauwirtschaft Zeit und Geld“, freut sich Innenstaatssekretär Georg Schmid über die weiteren Verbesserungen bei der Online-Vergabe der Staatlichen Bauverwaltung. Die Vergabepattform der Obersten Baubehörde ist unter <http://www.vergabe.bayern.de> abrufbar.

Bisher mussten Bieter, die sofort bei einer Angebotsöffnung (Submission) die Angebotssummen der anderen Bieter erfahren wollten, persönlich bei der Verdingungsverhandlung anwesend sein und die Submissionsergebnisse mitschreiben. Das galt für Bieter mit konventionell abgegebenen Angeboten auf Papier ebenso wie für Online-Bieter. „Jetzt haben Online-Bieter den Vorteil, dass sie die Submissionsergebnisse von Vergaben, für die sie ein digitales Angebot abgegeben haben, am eigenen Schreibtisch abrufen können. So entfallen lange Anreisen zu den Bauämtern der Staatsbauverwaltung. Ich hoffe, dass dies ein weiterer Anreiz für die Baufirmen ist, vermehrt Angebote Online anstelle konventionell in Papierform abzugeben“, betont Schmid.

„Für die Staatliche Bauverwaltung hat die vereinfachte Neuanmeldung der Baufirmen den Vorteil, dass sie bei europaweiten Ausschreibungen die Angebotsfrist um fünf Kalendertage verkürzen kann, weil die Vergabeunterlagen auf elektronischem Wege frei, direkt und vollständig verfügbar sind. So kann die Bauverwaltung die Verfahrensabläufe straffen. Durch die verstärkte Nutzung der Vergabepattform kann sie zudem die Verwaltungsabläufe im Bauamt vereinfachen“, stellt Schmid die weiteren Vorteile heraus. Die Vergabe-Plattform <http://www.vergabe.bayern.de> der Staatsbauverwaltung Bayern läuft seit drei Jahren. Derzeit werden etwa 400 Online-Angebote monatlich abgegeben. □

„Aktionsprogramm Wasserschutzgebiete“ der Bayerischen Staatsregierung:

Kommt nun das Gammelwasser?

Bayerischer Gemeindegtag befürchtet Qualitätsverlust des Trinkwassers
Positionspapier vorgelegt

Vor kurzem ging das „Aktionsprogramm Wasserschutzgebiete“ der Bayerischen Staatsregierung an den Start. Danach werden die Gemeinden verpflichtet, mit den Grundstückseigentümern Verträge abzuschließen und in diesen auch den angemessenen Ausgleich für die über die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung hinausgehenden Anforderungen oder für die Mehraufwendungen bei land- oder forstwirtschaftlichen Betriebsanlagen zu regeln. Diese Regelungen sollen an die Stelle der Anordnungen treten, die in den Wasserschutzgebietsverordnungen für die weitere Schutzzone festgelegt wurden. Die Kontrolle der Vertragseinhaltung soll nach dem Begründungsentwurf in erster Linie Aufgabe der Wasserversorgungsunternehmen sein. Nach Auffassung des Bayerischen Gemeindegtags wird dies in der Praxis dazu führen, dass nachträglich für die ca. 3.500 Wasserschutzgebiete die Auflagen für die weitere Schutzzone nicht mehr kontrolliert und vollzogen werden. Die Folge: ein Qualitätsverlust des Trinkwassers.

Bayern, so stellt der Gemeindegtag in einem Positionspapier fest, handhabe im Verhältnis zu anderen Bundesländern die Ausweisung von Wasserschutzgebieten ohnehin äußerst restriktiv, weshalb es keine politische Notwendigkeit gibt, bezüglich dieser vergleichsweise wenigen Flächen auf gesetzliche Auflagen zu verzichten. Hinzu kommt, dass es bei land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken künftig nach dem Gesetzentwurf der Staatsregierung anstelle des bisherigen einstufigen Verfahrens ein dreistufiges Verfahren geben soll: Zunächst ist der Erlass einer Schutzgebietsverordnung vorgesehen, dann haben die Wasserversorger „alle zumutbaren Anstrengungen zu unternehmen, um eine vertragliche Regelung herbeizuführen“. Kommen Verträge, die einen ausreichenden Schutz der Trinkwasserversorgung gewährleisten, trotzdem nicht zustande, können die Landratsämter Anordnungen für den Einzelfall erlassen.

Erklärungsbedarf

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Staatsregierung dem Bürokratieabbau mit Recht hohe Priorität einräumt, sehen Bayerns Gemeinden, Städte und Zweckverbände hier einen erheblichen Erklärungsbedarf. Es könne jedenfalls nicht angehen, dass der Staat bei seinen Landratsämtern den Verwaltungsaufwand beim Verordnungserlass abmindert (nur noch äußere Hülle eines Schutzgebiets), zugleich jedoch den Gemeinden ein Mehrfaches an Verwaltungsaufwand aufbürdet, in dem diese künftig in jedem einzelnen Fall mit jedem einzelnen Grundbesitzer im Verhandlungsweg die er-

forderlichen Auflagen durchsetzen sollen.

Haben es die Gemeinden nach „allen zumutbaren Anstrengungen“ geschafft, einen Vertrag mit ausreichendem Schutz für die Trinkwasserversorgung abzuschließen, sind Anordnungen des Landratsamts für diesen Einzelfall nicht zulässig. Das bedeutet laut Bayerischem Gemeindegtag: „Verstößt ein Land- oder Forstwirtschaftler gegen das Vereinbarte, muss sich die betreffende Gemeinde an die Gerichtsbarkeit wenden und die Vertragstreue dort einklagen!“

Erpressbare Versorger

„Was“, so fragt sich der kommunale Spitzenverband, „rechtfertigt eigentlich die Annahme der Staatsregierung, ein Landratsamt, das sich außerstande sieht, eine abstrakte Verordnung mit Anforderungen an den Trinkwasserschutz zu erlassen, werde die Kraft haben, konkrete Schutzmaßnahmen gegenüber einzelnen Grundstückseigentümern durchzusetzen?“ Fehl gingen in diesem Zusammenhang Hinweise auf das „Subsidiaritätsprinzip“. Von Subsidiarität zu sprechen wäre allenfalls dann angebracht, wenn die Befugnis, Schutzgebietsverordnungen mit konkreten Anforderungen zu erlassen, vom Staat auf die Gemeinden übertragen würde. Gerade dies aber sehe der Gesetzentwurf (zu Recht) nicht vor.

Es liege ganz in der Hand des Grundeigentümers, ob er - trotz „aller zumutbaren Anstrengungen der Wasserversorger“ - eine Vereinbarung abschließt oder nicht. Damit aber würden, so das Papier, die gemeindlichen Wasserversorger erpressbar, da die Schutzgebietsverordnung keine

Anforderungen mehr enthält, der Vertragsschluss jedoch freiwillig ist. „Es ist einer rechtsstaatlichen Verwaltung unwürdig, wenn mehrere hundert Gemeinden mit mehreren tausend Grundstückseigentümern aushandeln sollen, wie viel Entschädigung es einem Landwirt wert sein soll, auf die Kontaminierung des Grundwassers zu verzichten“, beklagt der Gemeindegtag.

Der Bürger als Geisel

Bei diesem „Geschachere“ würden die auf eine einwandfreie Trinkwasserversorgung angewiesenen Bürgerinnen und Bürger Bayerns „mittelbar als Geiseln genommen“, denn künftig sollen im vom Gesetzentwurf

Schnappaufs Ankündigung:

Weiterer Ausbau des Hochwasserschutzes

Bayern investiert in einen nachhaltigen Hochwasserschutz bis 2008 jährlich 150 Millionen Euro. Damit stellt die Staatsregierung so viele Mittel wie nie zuvor für den Schutz der Menschen in Bayern vor Hochwasser zur Verfügung. Wie Umweltminister Dr. Werner Schnappauf im Kabinett berichtete, wird das Aktionsprogramm der Staatsregierung mit Hochdruck weitergeführt und dabei neben der Erhöhung der Mittel auch die Genehmigungsverfahren für Hochwasserschutz-Bauten erleichtert.

Schnappauf: „Angesichts der prognostizierten Zunahme der Niederschläge in Süddeutschland und im alpinen Raum um bis zu 30 Prozent werden wir die Schutzmaßnahmen für die Menschen in Bayern noch weiter beschleunigen. Mit der Aufstockung der Mittel für den Hochwasserschutz geben wir ein klares Signal, dass wir die Bürgerinnen und Bürger in Bayern auch in Zukunft wirksam vor Hochwasser schützen.“ Die bisher umgesetzten Maßnahmen im Aktionsprogramm haben sich nach den Worten Schnappaufs bei den großen Überschwemmungen zuletzt 2005 uneingeschränkt bewährt. Trotz größerer Wassermengen seien die Schäden im Vergleich zum Pfingsthochwasser 1999 nur halb so groß gewesen. Eine der wichtigsten Schutzmaßnahmen sei der Rückhalt des Wassers in der Fläche. Schnappauf: „Hochwasser muss sich ausbreiten können. Bei Hochwasserspitzen müssen unbebaute Überschwemmungsflächen geflutet werden können, um Schlimmeres in Siedlungsgebieten zu verhindern. Wir brauchen hierfür die Unterstützung der Gemeinden und der Betroffenen, wenn es darum geht, Überschwemmungsgebiete von Bebauung freizuhalten.“

Schwerpunkte

Schwerpunkte des Hochwasserschutz-Aktionsprogramms, mit dem bis 2008 insgesamt 2,3 Milliarden Euro investiert werden, sind der Schutz von Siedlungsbereichen mit Deichen und Mauern, die rechtzeitige Information von Gemeinden und Menschen über Hochwassergefahren sowie die Erhöhung des Rückhaltevolumens, um den Flüssen und Bächen wieder mehr Raum zu geben. Bislang sind rund 550 km Gewässerstrecke mit 1450 ha Uferfläche renaturiert worden.

Spektakuläres Beispiel sind die Maßnahmen des Isarplans in München. Gleichzeitig sind damit rund 6 Millionen Kubikmeter Rückhaltevolumen entstanden. Seit 1999 sind rund 272 km Deiche mit einem Investitionsaufwand von rund 210 Mio. Euro saniert worden. 60 kommunale

angenommenen Regelfall die Grundstückbesitzer durch Zustimmung oder Verweigerung der Vertragsunterschrift bestimmen, ab welchem Preis der Bevölkerung ein wirksamer Trinkwasserschutz zugestanden wird. Die wahren „Schutzgebietsbetroffenen“ seien letztlich die auf eine einwandfreie Trinkwasserversorgung angewiesenen Bürger, weshalb es die Staatsregierung vermeiden sollte, sich einer „Gammelwasserdiskussion“ auszusetzen.

Keine Blockadehaltung

Letztlich, so macht der Gemeindegtag deutlich, gehe es ihm nicht „um das Blockieren vertraglicher Lösungen“; vielmehr müsse das Auffangnetz gesetzlicher Anforderungen in der jeweiligen Schutzgebietsverordnung beibehalten werden, sofern es trotz „aller zumutbaren Anstrengungen der Wasserversorger“ zu keiner vertraglichen Regelung kommt. **DK**

Abwasserentsorgung in Berg im Gau:

SüdWasserGmbH übernahm technische Betriebsführung

Zum 1. Dezember 2006 übernahm die SüdWasser GmbH im Auftrag der Gemeinde die technische Betriebsführung der Abwasserentsorgung (Kläranlage) von Berg im Gau. Helmut Seel, Erster Bürgermeister der Gemeinde Berg im Gau, und Johannes Schneider, Geschäftsführer der SüdWasser GmbH, unterzeichneten einen entsprechenden Vertrag, mit dem die Verantwortung für den Betrieb der Anlagen auf die SüdWasser übergeht. Die SüdWasser GmbH ist eine hundertprozentige Tochter der E.ON Bayern AG.

Die Anlagen bleiben unverändert im Eigentum der Gemeinde, die Festlegung der Abwassergebühren liegt weiterhin in den Händen der Kommune, welche auch nach wie vor Trägerin der Abwasserentsorgung bleibt. Im Gemeindebereich sind derzeit 1 500 Einwohner angeschlossen. Jährlich werden rund 100 000 m³ Abwasser zur Kläranlage geleitet und dort gemäß den gesetzlichen Vorgaben behandelt. Zu den betreuten Anlagen gehört auch ein Regenüberlaufbecken.

Verlässlicher Kostenrahmen

Die Gemeinde Berg im Gau erhält durch die Vergabe der Betriebsführung an SüdWasser einen verlässlichen, stabilen Kostenrahmen für die Abwasserbeseitigung. Der Vertrag mit SüdWasser beinhaltet auch die thermische Verwertung des anfallenden Klärschlammes, sodass für die Gemeinde auch in diesem problematischen Bereich langfristig Entsorgungssicherheit gegeben ist. Außerdem ist die SüdWasser für die Einhaltung der behördlich festgesetzten Grenzwerte verantwortlich. **□**

Der Mitarbeiter der Abwasseranlagen bleibt bei der Gemeinde angestellt und wird auch künftig die Betreuung der Anlagen durchführen. Er wird jedoch fachlich durch erfahrene Ingenieure und Meister von SüdWasser unterstützt und geführt.

SüdWasser übernimmt auch die Urlaubs- und Krankheitsvertretung des kommunalen Mitarbeiters. Dadurch kann die Gemeinde Personalkosten einsparen.

Leistungsfähiger Partner der Kommunen

SüdWasser unterstützt vorwiegend die von E.ON Bayern mit Strom belieferten Kommunen und Industriebetriebe in den Bereichen der Abwasserentsorgung und Wasserversorgung. Als leistungsfähiger Partner liefert sie den Bürgern und der Industrie Wasser in bester Qualität und sichert die Abwasserentsorgung auf einem technisch hohen Niveau. Hierbei werden Synergieeffekte durch die Vielzahl der betreuten Anlagen sinnvoll genutzt und kommen den Bürgern und Vertragspartnern aus der Industrie zugute. **□**



Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus

Die erste umfassende Online-Lösung für Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen ...

Jeweils mehrere tausend Seiten landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen ...

→ PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG

Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk mit ca. 36.000 Seiten zu allen bedeutsamen Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung in Bayern. Kompetente und erfahrene Fachleute aus zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis gewährleisten ein Höchstmaß an Informationsgehalt und Rechtssicherheit.

Kommentierungen und Darstellungen

An den Anforderungen der Praxis orientierte Kommentare und systematische Darstellungen zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen online – gegliedert in die zentralen Bereiche

· Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines · Wirtschaft, Vergabe und Verkehr · Sicherheit und Ordnung · Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur · Bauwesen, Umwelt und Natur.

→ für Bezieher der Loseblattausgabe PDK Bayern
1-3 User bis 31.12.2007
→ Normalpreis für 3 User
Plätze 4 - 9 jeweils

kostenlos
mit € 66,-
mit € 11,-

... dazu das große Beck-Plus: Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften

→ Beck'sche Gesetze Digital Bayern, Bund, EU

· Landesrecht im Umfang der Beck'schen Loseblatt-Textsammlungen Ziegler/Tremel, Verwaltungsgesetze des Freistaates Bayern – immer auf dem neuesten Stand
· rund 1.500 Gesetze und Verordnungen des Bundes (Schönfelder, Sartorius, Nipperdey I, Aichberger SGB ...)
· die rund 200 wichtigsten internationalen und EU-Vorschriften.

→ Rechtsprechung aktuell und im Volltext, mit Schwerpunkten VGH, OVG und BVerwG

→ Die Top-Zeitschriften komplett und aktuell
NWwZ seit 1982, NWwZ-RR ab 1988, LKV ab 1991

→ Beck'scher Online-Kommentar TVöD

Eigens für die effektive Arbeit am Computer entwickelte, praxisgerechte und fortlaufend aktualisierte Kommentierung des TVÜ und des TVöD, herausgegeben von Beppler/Böhle/Martin/Stöhr.

Bundesweit verfügbar:

Für Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

→ Infos/4-Wochen-Test: www.beck-online.de

WRRL-Umsetzung läuft nach Plan

Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) läuft nach Plan, erklärte Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard auf der 6. Tagung des Wasserforums Bayern in München.

Bernhard: „2007 laufen die Vorbereitungen zu den Bewirtschaftungsplänen an: Alle Bürgerinnen und Bürger können zu den bis 2009 geplanten Arbeitsschritten und Terminen Stellung nehmen.“

Am Beginn der Umsetzung der WRRL stand ab 2004 eine umfassende Inventur der Oberflächengewässer und des Grundwassers. Darauf aufbauend hat Bayern für Flüsse, Seen und das Grundwasser Überwachungsprogramme aufgestellt, die ab dem kommenden Jahr Anwendung finden. Bis 2009 sollen Bewirtschaftungspläne darstellen, welche Gewässer bereits in gutem Zustand sind und für welche noch Maßnahmen ergriffen werden müssen. Die Öffentlichkeit wird unter

www.wasserrahmenrichtlinie.bayern.de laufend über aktuelle Entwicklungen informiert.

Verbesserte Wassergüte

Die Investitionen in den Schutz der bayerischen Gewässer machen sich Bernhard zufolge bezahlt: Nach der Bestandsaufnahme 2004 erreicht Bayern die Zielwerte der WRRL für die chemische Schadstoffbelastung bei 96 Prozent seiner Fließgewässer bereits jetzt. Enorm verbessert hat sich in den letzten Jahren auch die biologische Wassergüte. Inzwischen haben fast zwei Drittel aller Flüsse eine gute Gewässerqualität bezogen auf die Belastung mit organischen Stoffen und Pflanzennährstoffen. **□**

Kabinettschließt:

Modernes Feuerwehrgesetz

Beckstein: „Wichtiges Signal für Zukunftsfähigkeit der bayerischen Feuerwehren“
Feuerwehr soll in 10 Minuten am Einsatzort sein

Bayern will das hohe Leistungsniveau der bayerischen Feuerwehren auch in Zukunft sicherstellen. Dazu hat das Kabinettschließen die Modernisierung und Flexibilisierung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes beschlossen. Innenminister Dr. Günther Beckstein betonte, dass seit dem Erlass des Feuerwehrgesetzes vor fast 25 Jahren die Einsätze der Feuerwehren komplexer geworden sind und sich nahezu verdreifacht haben.

Beckstein: „Die Feuerwehrlaute sind Garanten für die Sicherheit im ganzen Land. Sie sorgen mit ihrer hohen Tatkraft und Einsatzbereitschaft für einen wirksamen Schutz der Bevölkerung. Mit dem heute beschlossenen Gesetzentwurf geben wir ein wichtiges Signal, um die bayerischen Feuerwehren fit für die Zukunft zu machen.“ Dazu gehört nach den Worten von Beckstein die Flexibilisierung bislang starrer Regelungen, um vor Ort optimale Lösungen zu ermöglichen. Ziel des Gesetzentwurfes sei auch die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes für die Feuerwehren. Außerdem solle gesetzlich sichergestellt werden, dass die Feuerwehr möglichst innerhalb von zehn Minuten nach Alarmeingang an ihrem Einsatzort ist.

verantwortung vor Ort gestärkt.

• Penderregelung:

Künftig können neben den Gemeindefeuerwehren auch Personen, die in einer Gemeinde einer regelmäßigen Beschäftigung oder Ausbildung nachgehen, dort zusätzlich oder alternativ zu ihrer Wohnortfeuerwehrdienstleistungen. Doppelmitgliedschaften werden ermöglicht.

Altersgrenze

• Altersgrenze für den ehrenamtlichen Feuerwehrdienst:

Auf Antrag kann künftig die Ausübung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres zugelassen werden.

• Freistellungsanspruch für volljährige Schüler und Studenten:

Für volljährige Schüler und Studenten wird für die Teilnahme an Feuerwehreinsätzen ein Freistellungsanspruch geschaffen.

• Werkfeuerwehren:

Die Anerkennungs- und Anordnungsbefugnisse für Werkfeuerwehren werden bei den Bezirksregierungen zusammengeführt.

Einsatzleitung

• Einsatzleitung:

In Städten mit Berufsfeuerwehr übt der Leiter der Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr künftig die Einsatzleitung originär aus, sobald Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr am Schadensort eintreffen. Bislang hat formal auch in Städten mit Berufsfeuerwehr der Kommandant der Freiwilligen oder Pflichtfeuerwehr die Einsatzleitung inne.

• Freistellung der besonderen Führungsdienstgrade:

Ermöglicht wird künftig eine pauschale Freistellung der besonderen Führungsdienstgrade der Feuerwehren für regelmäßig anfallende Tätigkeiten. □

Schnelle Reaktion kann Leben retten

Beckstein: „Schnelle Reaktion kann Leben retten. Wir wollen die Eigenverantwortung der Gemeinden stärken und ihre planerischen Gestaltungsmöglichkeiten weiter verbessern, so dass die Bürger im Notfall innerhalb sehr kurzer Zeit Hilfe erhalten.“

Hilfsfrist von zehn Minuten

Im Einzelnen erhält der Gesetzentwurf folgende Regelungen:

• Hilfsfrist von zehn Minuten als Planungsvorgabe:

Die zehnminütige Hilfsfrist wird gesetzlich normiert, um ihrer zentralen Bedeutung gerecht zu werden. Eine gemeindliche Feuerwehr soll möglichst jede an einer Straße gelegene Einsatzstelle im Gemeindegebiet in höchstens zehn Minuten nach Eingang der Meldung bei der Alarm auslösenden Stelle erreichen.

• Zweckverband:

Gemeinden können künftig die Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes und des technischen Hilfsdienstes auf einen Zweckverband übertragen. Damit wird auch die Möglichkeit geschaffen, überörtliche Feuerwehren zu bilden.

Bestandsgarantie

• Bestandsgarantie der Ortsfeuerwehren:

Die Bestandsgarantie für Ortsfeuerwehren bleibt erhalten. Sie steht künftig jedoch Zusammenschlüssen von Ortsfeuerwehren auf freiwilliger Basis nicht mehr entgegen. Damit wird die Eigen-



Die Geehrten zusammen mit Bürgermeister Dr. Adolf Bauer, Branddirektor Franz-Josef Hench, Kommandant Klaus-Dieter Schulz und dem Vorsitzenden des Feuerwehrvereins Christian Schulz. Foto: Christian Weiß

Bürgermeister Dr. Adolf Bauer:

Feuerwehrlaute sind ein Vorbild in Nächstenliebe und Ehrenamt

Würzburg - Für ihr Engagement und ihre lange Zugehörigkeit sind Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Würzburg mit den Löschzügen Stadtmitte, Grombühl, Sanderau, Zellerau und Heidingsfeld geehrt worden. „Sie sind ein Vorbild in Nächstenliebe und Ehrenamt“, würdigte Bürgermeister Dr. Adolf Bauer.

Denn die Feuerwehrlaute würden sehr viel Freizeit aufwenden, um auf die Einsätze vorbereitet zu sein. Schließlich bedürfe es einer guten Ausbildung, um die Einsätze zu meistern. In vergangenen Jahren war die Feuerwehr unter anderem im Februar in der Oberpfalz eingesetzt, um dort zu helfen, die Schneemassen zu bewältigen. Ein weiteres Großereignis war die Weltmeisterschaft, bei der

die Würzburger Feuerwehren an fünf Spieltagen im Austragungsort Nürnberg halfen.

Hilfe bei Großereignissen

Stadtrat und Verwaltung sind immer bemüht, so Dr. Bauer, die Feuerwehren mit einer ordentlichen Ausrüstung zu unterstützen. So wurden im vergangenen Jahr zwei nagelneue Löschfahrzeuge an den Löschzug Zellerau und die Freiwillige Feuerwehr Lengfeld übergeben. Die Löschzüge Zellerau und Sanderau erhielten gebrauchte Mehrzweckfahrzeuge im Ringtausch. Auch die Löschzüge Heidingsfeld und Zellerau erhielten inzwischen Löschgruppenfahrzeuge. „Wobei alle technische Ausrüstung nichts hilft, wenn Menschen fehlen, die sich für andere einsetzen“, bedankte sich Dr. Bauer bei den ehrenamtlichen Feuerwehrlauten.

Hohe Auszeichnungen

Für 25 Jahre aktive Dienstzeit wurden die Löschmeister Reinhold Popp, Stefan Malkmus und Christian Hüttinger mit dem Feuerwehrkreuz in Silber und einer Urkunde des Bayeri-



Übergabe eines Bauhof-Lkws an die Kreisbrandinspektion

Über einen „neuen“ LKW verfügt auch die Kreisbrandinspektion im Landkreis Fürstentfeldbruck. Mitte Dezember übergab Landrat Thomas Karmasin im Notfalllager Eichenau im Beisein von Kreisbrandrat Hubert Stefan, Kreisrat August Handelhauser und Kreisbrandrat a.D. Hans-Dieter Wurm einen gebrauchten Lkw offiziell an die Kreisbrandinspektion. Das Fahrzeug stand fast 13 Jahre im Dienst des Landkreishauptamtes und wurde dabei unter anderem für Räum- und Streuarbeiten sowie den Transport verschiedenster Geräte und Materialien eingesetzt. Vor der Übergabe wurden umfangreiche Entrostungsarbeiten an dem Fahrzeug durchgeführt, es wurde feuerrot lackiert und mit den notwendigen feuerwehrtechnischen Einbauten versehen.

Das Fahrzeug wird im Notfalllager in Eichenau stationiert und wird künftig für den Transport der dort gelagerten Geräte und Materialien (z.B. Sandsäcke, Schmutzwasserpumpen, Notbetten, Abstützmaterial) vor allem bei Großschadensereignissen eingesetzt. Mit seinem Ladekran und der großen Ladefläche ist der Lkw hierfür bestens geeignet.

Mit diesem Fahrzeug wird die Reaktionszeit des Notfalllagers nach der Alarmierung weiter verkürzt. Bisher musste für diese Fahrten immer auf Fahrzeuge der gemeindlichen Bauhöfe oder von Privatfirmen zurückgegriffen werden, die von diesen dankenswerterweise zur Verfügung gestellt wurden. □

Gemeinsam Räumen und Streuen

Beispielhafte Zusammenarbeit von Staat und Landkreis Regensburg beim Winterdienst

Die „Verlobung“, wie Regensburgs Landrat Herbert Mirbeth damals scherzhaft betonte, wurde im Herbst 2005 gefeiert; die „Heirat“, nämlich die Zusammenlegung der Bauhöfe des Staates und des Landkreises bleibt das Ziel - darin waren sich der Landkreischef und der Leiter Straßenbau im Staatlichen Bauamt, Dr. Wolfgang Wüst, nach einem Meinungsaustausch einig.

Die Zusammenarbeit des Landkreises mit dem Staatlichen Bauamt beim Winterdienst an Kreis- und Staatsstraßen begann im Herbst 2005 als Pilotprojekt zunächst nur im westlichen Landkreis. Ab diesem Winter wurde sie auf den gesamten Landkreis ausgeweitet. Landrat Mirbeth betrachtet die Zusammenarbeit der Bauhöfe des Landkreises und des Staates als „eine spannende Herausforderung“ in einer Zeit, in der das

Geld knapp und ein möglichst effektiver Einsatz von Mitarbeitern und Maschinenpark umso wichtiger sei. „Heirat“, nämlich die Zusammenlegung der Bauhöfe des Staates und des Landkreises, bleibt das Ziel, darin ist sich der Landrat mit dem Leiter Straßenbau im Staatlichen Bauamt, Dr. Wolfgang Wüst, einig. Wenn man nicht mehr auf Zuständigkeiten achten müsse, können nach Ansicht des Landrats kürzere und wirtschaftlichere Räum- und Streuschleifen gebildet werden.

Gemeinsame Vereinbarung

Die gemeinsame Vereinbarung zwischen Staat und Landkreis sieht auch ab dem Winter 2007/2008 eine gemeinsame Einsatzleitung für den Winterdienst vor. Zunächst wird zwar gemeinsam geräumt; Ansprechpartner bleibt aber der jeweilige Bauhofsleiter für sein Straßennetz. Die Erfahrungen mit der gemeinsamen Betreuung im westlichen Landkreis waren im schneereichen Winter 2005/2006 nach Mirbeths Auskunft durchwegs positiv, so dass man nun die Kooperation, die Steuererleichterungen, auf den gesamten Landkreis ausdehnen konnte. Mirbeth und Wüst teilten die Ansicht, dass der Erfolg der Zusammenarbeit, vielleicht auch eines Tages in einem gemeinsamen Bauhof, von den Menschen abhängt, müssten doch Jahrzehnte lang bestehende Grenzen in den Köpfen abgebaut werden. DK

Winterliche Straßen:

Winterreifen zwingend

Für die nächste Zeit sind in Bayern Schneefälle vorhergesagt. „Wer sein Fahrzeug immer noch nicht wintertauglich ausgerüstet hat, sollte dies schleunigst tun. Insbesondere müssen Winterreifen montiert und Frostschutzmittel in die Scheibenwaschanlage gefüllt werden. Bei unzureichender Ausrüstung muss auf die Teilnahme am Straßenverkehr verzichtet werden“, appelliert Innenstaatssekretär Georg Schmid an alle Kraftfahrer.

Die neue Fassung der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) hebt die Pflicht, die Ausrüstung eines Kraftfahrzeuges an die Wetterverhältnisse anzupassen und bei unzureichender Ausrüstung auf die Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr zu verzichten, ausdrücklich hervor. Näheres zur Gesetzesänderung ist im Faltblatt „Mit Profil durch den Winter“ zusammengefasst. Der Flyer liegt bei zahlreichen Kommunen aus und ist unter <http://www.stmi.bayern.de> abrufbar.

Der § 2 der StVO fordert u. a. eine den Wetterverhältnissen angepasste Bereifung. Das bedeutet im Winter Reifen, die mit dem Schneeflockensymbol gekennzeichnet sind und eine ausreichende Profiltiefe von mindestens vier Millimetern, so Schmid. Wer dennoch mit einer nicht angepassten Fahrzeugausrüstung unterwegs ist, muss mit einem Verwarnungsgeld von 20 Euro rechnen. Wer darüber hinaus noch andere Verkehrsteilnehmer behindert, wird mit 40 Euro Bußgeld und einem Punkt in Flensburg bestraft. □



Landkreis Traunstein setzt auf Mobidat

Einen Härtefall hat das Telematiksystem Mobidat im Landkreis Traunstein bestanden. Die Einführungsphase fiel nämlich mit dem extremen Winter 2005/2006 zusammen. Sie wurde reibungslos und ohne einen einzigen Ausfall gemeistert, bestätigt Bauhof-Leiter Peter Mayer. Sämtliche Räum- und Streufahrzeuge des Landkreishauptamtes und von 13 privaten Dienstleistern waren Ende 2005 mit den Mobidat-Bord-einheiten ausgerüstet worden. Gleichzeitig hatte der Anbieter Mobiworx das zum Telematiksystem gehörende Internetportal eingerichtet, wo sämtliche Einsatzdaten zeitnah zusammenlaufen und überwacht werden können. Viele Geschäftsprozesse des Bauhofs wie Statistik, Nachweise, Berichtswesen, Einsatzsteuerung, Rechnungsstellung usw. verkürzten sich durch den Einsatz des Telematiksystems auf Minuten. Zuvor nahmen sie Stunden und zum Teil viele Wochen in Anspruch. Über den Amortisationszeitraum gerechnet erzielt der Landkreis Traunstein eine fünfstelligen Kostenreduzierung. □

Erfassung Übermittlung Auswertung



Merkmale von MOBIDAT:

- ✓ Störungsfreier Dauerbetrieb
- ✓ Einfachste Anwendung
- ✓ Kundenspezifische Auswertungen
- ✓ Weiterverarbeitung der Daten
- ✓ Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- ✓ Günstige drahtlose Datenübertragung
- ✓ Patentgeschütztes System

Starten Sie durch, mit effizienter Betriebsdatenerfassung.

Profitieren Sie von der nutzenbringenden Auswertungssoftware.

Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Tel. 0 80 35/9 64 63-0 · www.mobiworx.de



Jetzt testen!

MOBIWORX

Glättebekämpfung in der Kommune:

Am Salz führt kein Weg vorbei

Große Palette an Möglichkeiten

Wenn die Temperaturen unter den Nullpunkt sinken, sind die Straßenmeistereien und Bauhöfe in Bayern längst vorbereitet. Die Glättebekämpfung gehört für sie in den Wintermonaten zum täglichen Geschäft. Dabei können sie auf eine breite Palette an Möglichkeiten zurückgreifen, die ein flexibles Arbeiten unter allen Bedingungen ermöglicht.

„Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung haben die Gemeinden innerhalb der geschlossenen Ortslage nach ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Straßen zu beleuchten, zu reinigen, von Schnee zu räumen und alle gefährlichen Fahrbahnstellen, die Fußgängerüberwege und die Gehbahnen bei Glätte zu streuen“, heißt es in Artikel 51 des Bayerischen Straßen- und Wegesetzes (BayStrWG). Selbst wenn sie die Streu- und Räumpflicht an Dritte weiterreichen können, sind sie verpflichtet, das „Streuen an gefährlichen Fahrbahnstellen und Fußgängerüberwegen bei Glätte allgemein als eigene Aufgabe zu übernehmen“, regelt Absatz zwei des Gesetzes. Damit stehen die Verantwortlichen vor der Aufgabe, einmal punktuell und an anderer Stelle flächendeckend zu streuen. Und da es oft wenig Vorlaufzeit gibt, müssen Mitarbeiter und Maschinen effizient eingesetzt werden.

Unterschiedliche Maschinen

Dass hat zur Folge, dass Straßenmeistereien und Bauhöfe auf unterschiedliche Maschinen zur Glättebekämpfung zurückgreifen müssen. Und das Angebot ist riesig. Es reicht von der kleinen Anhängestreuemaschine, die bereits von einem leistungsstarken Pkw gezogen werden kann, über Anbaustreumaschinen für Traktoren bis hin zu Aufbaustreumaschinen für Schmalspurfahrzeuge, Pickups, UNIMOG und schwere Lkw - in jeweils unterschiedlichen Streubehältergrößen und mit verschiedenen Streutellern. Arjan Ruitkamp, Produktmanager für Glättebekämpfung bei der SCHMIDT Gruppe, kennt die Schwierigkeiten, vor denen die kommunalen Entscheidungsträger stehen, wenn es um die Erweiterung des Ma-

schinenparks geht. „Da sind individuelle Lösungen gefragt.“ Denn jede Stadt oder Gemeinde muss Rücksicht auf verkehrswichtige Punkte nehmen. So gibt es etwa in München allein rund



Beim Winterdienst in München kommt u. a. diese Streu- und Räumkombination zum Einsatz. Die Streumaschine aus der STRATOS-Serie der SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH leistet in der Landeshauptstadt gute Dienste. Bild: Werkfoto SCHMIDT

9.400 Fußgängerüberwege, die bei der Räumung und Streuung Priorität genießen.

„In Marktredwitz hingegen sind es die deutlichen Höhenunterschiede und Brücken, die individuelles Arbeiten erfordern“, erläutert Roland Kopp von der Betriebsverwaltung: „Wenn wir an einer Stelle Schneeregen haben, kann es an anderer Stelle richtig dicken Schnee geben.“ Häufige und regelmäßige Kontrollen sind daher notwendig.

Mannigfaltige Einsatzorte

Ruitkamp: „Gerade weil es so unterschiedliche Einsatzorte gibt, ist auch die Produktpalette so groß.“ Für die Verantwortlichen ist das auf den ersten Blick meist nicht zu überschauen. Da heißt es, ein möglichst genaues Anforderungsprofil zu erstellen, um dann die passende Streuma-

schine inklusive erforderlicher Optionen wie Feuchtsalzausrüstung oder spezielle Streuteller für sich zu finden. Wenn eine Neuanschaffung ansteht, ist das kein Spontankauf. „So etwas zieht sich über einen längeren Zeitraum hin“, sagt Rolf Tschirnschnitz, Bauhofleiter der Stadt Füssen, wo Anbau-, Aufbau und Anhängestreumaschinen im Einsatz sind.

Sorgsame Abstimmung

Je besser die Maschine auf ihren Einsatzzweck abgestimmt ist, desto weniger Streumittel werden verbraucht, erläutert Ruitkamp. Darauf pocht schließlich auch der Gesetzgeber. „Die Verwendung von Streusalz und umweltschädlichen anderen Stoffen ist dabei auf das aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendige Maß zu beschränken“, so das BayStrWG. Es fordert zudem, dass „vorrangig umweltfreundliche Streumittel verwendet werden“. Allerdings bleibt Streusalz mit Abstand das Mittel der Wahl, wenn es um effektive Glättebekämpfung geht. Kopp: „Es gibt nichts Besseres als Salz.“

Da die Streumaschinen, sofern sie nicht von Hand geschoben werden, entweder auf- oder anzubauen sind, lassen sich individuelle Lösungen für jeden Fuhr-

park finden. Ruitkamp: „Vom Traktor bis zum geländegängigen Dienstwagen des Bauhofleiters ist jedes Fahrzeug auch in der Lage, beim Streuen mitzuhelfen.“ Dabei gehören Anhängestreumaschinen, die verschiedene Hersteller anbieten, zu den praktischen Lösungen, da sie problemlos einsatzbereit gehalten werden können und bei Bedarf einfach angehängt werden. Die Palette reicht da von kleinen Streumaschinen, mit Behältergrößen unter einem Kubikmeter, die Feucht- und Trockensalz streuen können, bis hin zu Anhängestreumaschinen mit 3,5 Kubikmeter Behältergröße und einem Leergewicht von mehr als zwei Tonnen, die nur von großen LKWs oder Traktoren gezogen werden können.

Patrick Merck

bauma 2007 vom 23. bis 29. April in München:

Bau-Nutzfahrzeuge werden noch umweltfreundlicher und komfortabler

Baufahrzeuge partizipieren seit jeher von den Innovationen für Straßen-LKws. Ergänzend dazu bieten alle großen Hersteller auf die extreme Belastung am Bau abgestimmte Antriebstechniken, spezielle Aufbauten und diverse andere Baugruppen. Anlässlich der 28. bauma vom 23. - 29. April in München liegt der Fokus aller Anbieter primär auf den Schwerpunkten Umweltfreundlichkeit und Fahrkomfort.

Bau-LKws müssen nicht nur für den Transport von Baumaterialien auf der Straße geeignet sein. Harte Baustelleneinsätze erfordern leistungsstarke Kipper für die Off-Road-Nutzung ebenso wie Zugmaschinen für Schwerlastgespanne mit 250 Tonnen Zuggewicht. Viele dieser Anforderungen werden mit Blick auf die Gesteigungskosten und den harten Wettbewerb mit bewährten Baukastensystemen realisiert, um die teils sehr unterschiedlichen Kundenwünsche erfüllen zu können. Die Palette reicht vom Muldenkipper oder Betonmischer über den Aufbau von schweren Ladekränen und großen Betonpumpen bis hin zu diversen Spezialaufgaben.

Strengere Abgasnormen

Ein wichtiges Kapitel ist erneut das Thema Umweltschutz. Nach dem Inkrafttreten von Euro 4 gelten alle Anstrengungen der

Staatlichen Bauamtes betreuen insgesamt 730 Kilometer Straßen. Durch die gemeinsamen Winterdienstmelder können die unterschiedlichen topographischen und klimatischen Verhältnisse im Landkreisgebiet großflächig und schnell überprüft werden. Damit ist ein rechteckiger und angepasster Winterdienst einsetzbar möglich.

Keine Leerkilometer

Wenn der Meldedienst einen Winterdienstinsatz für erforderlich hält, rücken alle 19 Fahrzeuge aus, um die neu geplanten Schleifen zu drehen. So ist künftig egal, ob beispielsweise ein Fahrzeug des Staatlichen Bauamts auf seiner rund 37 Kilometer langen Route auch eine Landkreisstrecke räumt oder streut. Durch diese Neuorganisation der Schleifen werden insgesamt 105 Leerkilometer pro Einsatz vermieden.

Gleichzeitig wird dabei auch die Zeit des Einsatzes verkürzt. Das gemeinsame Management bietet künftig auch finanzielle Einsparpotentiale: Der vergangene Winter mit seinen ungünstigen Wetterverhältnissen hat bei beiden Verwaltungen für Salz, Personal, Fahrzeug und Geräte eine Rekordsumme verschlungen: 450.000 Euro beim Landkreis Schweinfurt, über eine Million Euro beim Staatlichen Bauamt. Damit gab's in der vergangenen Saison den teuersten Winter seit Jahren.

Gemeinde wählt Streumittel aus

Nachdem nun der Winter doch noch in Bayern Einzug gehalten hat, dürfte folgendes Urteil von Interesse sein: Eine Gemeinde streute bei Glätte Tausalz in ihrer Fußgängerzone. Daraufhin verlangte ein Hauseigentümer von ihr Schadensersatz für die Reparatur eines Sandsteinsockels an seiner Immobilie, der durch das im Schmelzwasser aufgelöste Salz angegriffen wurde. Damit scheiterte er vor dem Oberlandesgericht (OLG) Jena (Urteil vom 31. Mai 2006 Az.: 4 U 281/05).

Das Gericht stellte fest, dass die Gemeinde in Erfüllung ihrer allgemeinen Verkehrssicherungspflicht zur Räumung und Streuung von schneebedeckten oder glatten Straßen und innerörtlichen Gehwegen mit nicht unbedeutendem Verkehr grundsätzlich zwischen verschiedenen Streumitteln dasjenige auswählen kann, das ihr am besten geeignet erscheint. Sie ist auch dann nicht auf die Auswahl von z.B. Splitt beschränkt, wenn Tausalz den Sandstein an anliegenden Gebäuden angreifen kann, solange das Salz verwendungsgerecht auf dem Straßenbelag aufgebracht wird.

Bei „ortsüblicher Streuung“, so die Thüringer Richter, muss jeder Anlieger situationsbedingt solche, ein bestimmtes zumutbares Maß nicht überschreitende, Beeinträchtigungen hinnehmen. mpa

mehr moderne Steuerungstechnologien den Schaltvorgang.

Die Wünsche der Fahrer werden sorgsam berücksichtigt: Einstellbare Dämpfer für einen optimalen Federungskomfort seines Sitzes, eine feinstufige Einstellung der Rückenlehne nebst integrierter Kopfstütze, Lordosenstütze und einstellbare Sitzneigung stehen auf der Wunschliste. Ferner eine wirksame Klimaanlage und übersichtliche Displays für die wichtigsten Fahrzeug- und Motorfunktionen.

Flexible Lösungen

Gefragt sind auch die Aufbaufirmen. Sattelkipper mit verwindungsstiftem Stahlchassis, das entstehende Biege- und Torsionskräfte klaglos aufnimmt, ein niedriges Gewicht, um die Nutzlast möglichst hoch zu halten, ein besseres Verschleißverhalten der reinigungsfreundlich gestalteten Mulde und eine flexible Anpassung an unterschiedliche Schüttgüter sind weitere Kriterien.

Auch Schnellwechselsysteme werden gezeigt. Sie haben sich im Kommunalfahrzeugbereich inzwischen bewährt.

Die möglichst umfassende Verfügbarkeit der Fahrzeuge hängt neben der Qualität vor allem vom gebotenen Service ab. Ein dichtes Servicenetz ist deshalb für viele Messebesucher ein weiterer entscheidender Punkt auf der Anschaffungs-Check List. Infos: www.bauma.de. □

Väterchen Frost kann kommen

Landkreis Schweinfurt und Staatliches Bauamt kooperieren im Winterdienst

Die Männer in Orange sind wachsam. Sie verfolgen die Wetterprognosen. Denn auch wenn bei den bisherigen teilweise sehr frühlinghaften Temperaturen jeder Gedanke an den Winter geschmolzen ist, musste doch jederzeit mit einem Kälteeinbruch gerechnet werden. Und ab diesem Tag waren die Männer vom Landkreis Schweinfurt und vom Staatlichen Bauamt wieder im Einsatz. Tag und Nacht.

Für die Sicherheit auf den Straßen im Landkreis Schweinfurt. Für die Sicherheit der Bevölkerung. Denn die winterlichen Straßenverhältnisse fordern in der kalten Jahreszeit nicht nur von den tausenden frühmorgendlichen Pendlern im Landkreis ein

hohes Maß an Aufmerksamkeit. Der Landkreis Schweinfurt und das Staatliche Bauamt haben deshalb eine Kooperation geschlossen, damit der Winterdienst noch besser und schneller organisiert werden kann. Nachdem die beiden Behörden bereits

in den vergangenen Jahren in einigen Bereichen kooperiert haben, führen sie den Betrieb ab diesem Winter 2006/2007 komplett gemeinsam durch, um den Autofahrern ein höchstmögliches Maß an Sicherheit zu gewährleisten. So werden Kreis-, Staats- und Bundesstraßen gemeinsam betreut, schnellstmöglich gestreut und geräumt.

Effektiverer Einsatz von Personal und Maschinen

Diese Zusammenarbeit ermöglicht so einen effektiveren Personaleinsatz, verringert die Leerfahrten und eröffnet Einsparmöglichkeiten beim Einkauf von Streusalz; außerdem können gemeinsam rund 2.700 Tonnen Salz gelagert werden.

Bereits seit drei Jahren kooperieren die Männer des Staatlichen Bauamtes und des Landkreises in Sachen Wintermeldedienst und erreichen durch die gegenseitige Alarmierung einen wichtigen Zeitgewinn bei Schnee und Eis. Der jetzt beschlossene Ausbau der winterlichen Kooperation ist deshalb ein konsequenter Schritt und wird den Bürgern weitere Vorteile bringen.

Der Bauhof des Landkreises und die Straßenmeisterei des



Norbert Müller (li.) vom Kreisbauhof und Frank Rose von der Straßenmeisterei Staatliches Bauamt sorgen gemeinsam für die Sicherheit auf den Straßen des Landkreises Schweinfurt. □

Bärenstark!

Stadtmüllsauger Leichtmüllverdichter

www.bertsche-online.de

BERTSCHE
Kommunalfahrzeuge
Hüfingerringstraße 47 · 78199 Bräunlingen
Tel. 0771 9235-0 · Fax 0771 9235-30
info@bertsche-online.de
www.bertsche-online.de

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Oberfranken:

Gegen Sparmodell und Preisdiktat

Bei der oberfränkischen Bezirksversammlung des Bayerischen Städtetags in Wunsiedel hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, den Freistaat aufgefordert, klare Aussagen zu machen, wie er den geplanten Ausbau der Ganztagschulen finanzieren will. Schaidinger begrüßt in diesem Zusammenhang den Beschluss der Staatsregierung, die Hauptschulen flächendeckend zu Ganztagschulen auszubauen. Schaidinger zufolge sei es höchste Zeit, die Hauptschule endlich zu einer rhythmisierten Ganztagschule auszubauen: „Wir fordern das schon seit Jahren, weil damit sowohl die Leistungen der Schüler, als auch das Sozialverhalten verbessert werden können.“

Der Ausbau zu einer rhythmisierten Ganztagschule kostete die Schulträger, also die Städte und Gemeinden, eine Menge Geld, betonte Schaidinger. Eine klare Aussage zu Finanzierung und Zeitraum stehe bisher aus. Von den 788 Schulen mit Ganztagsbetreuung böten gegenwärtig nur 90 Schulen echten Ganztagsunterricht, d. h. einen rhythmisierten Wechsel von Unterricht und Freizeitangeboten über den ganzen Tag verteilt. Nur bei diesem Schultyp stelle der Staat eigenes Personal zur Verfügung und übernehme den Ganztagsbetrieb in eigener Verantwortung. Der Rest laufe unter dem Begriff der „offenen“ Ganztagschule, bei der nicht nur die Organisation, sondern auch ein Großteil der Kosten für die Nachmittagsbetreuung von den Kommunen und freien Trägern aufgebracht werden muss. Schaidinger: „Ein Sparmodell mit Suppentopf und Hausaufgabenbetreuung auf Kosten kommunaler Kassen werden wir nicht akzeptieren.“

Ausbau der Ganztagschulen

Der Städtetagsvorsitzende forderte den Freistaat auf, ein eigenes Investitionsprogramm zum Ausbau der Ganztagschulen aufzulegen. Die vom Bund im Rahmen des IZBB für Bayern zur Verfügung gestellten 596 Millionen Euro seien bereits voll verbraucht. Bislang habe der Freistaat Vorschläge des Städtetags nach einem zusätzlichen Landesprogramm immer abgelehnt. Schaidinger: „Wenn es der Freistaat aber ernst meint mit dem Ausbau der Ganztagschulen, dann kommt er nicht umhin, Geld in die Hand zu nehmen.“

Erfreut zeigte sich der Vorsitzende mit der Zuschussituation beim Ausbau des achtjährigen Gymnasiums. Dort habe das hartnäckige Pochen auf das Konnektivitätsprinzip dazu geführt, dass die staatlichen Haushaltsansätze für 2007 auf rund 73 Millionen Euro angehoben wurden. Für die Jahre 2005/2006 lag der Gesamtansatz noch bei 8,5 Millionen Euro. Die Folge sei, dass die

meisten Städte mittlerweile mit der Erstattung ihrer Kosten für den Ausbau des G8 zufrieden sind.

Beim Thema „Hilfe zur Pflege“ wies Schaidinger darauf hin, dass die Städte diese „übernehmen können und wollen“. Mit der Verlagerung dieser Sozialhilfeleistung von den Bezirken auf die kreisfreien Städte würden die Leistungen für die Pflegebedürftigen in einer Hand zusammengefasst, denn die Städte und Landkreise hätten sich schon bisher um die ambulanten Hilfsleistungen gekümmert. Es mache Sinn, wenn Pflegebedürftige, die das Haus ohnehin kaum mehr verlassen können, nur mit einem Amt zu tun haben. Gerade diesem Personenkreis falle jeder Gang zu einer Behörde schwer.

„Hilfe zur Pflege“

Der Städtetagschef argumentierte, dass die Städte, wenn sie sowohl für die ambulante wie auch die stationäre Hilfe zur Pflege zuständig sind, die jeweils passenden Hilfsangebote für die unterschiedlichen Lebenssituationen der pflegebedürftigen Menschen entwickeln können. Dies beginne beim mobilen Pflegedienst und gehe über ambulante betreute Wohngruppen, Kurzzeit- und Tagespflege bis hin zum Pflegeheim. Ein weiterer Vorteil liegt nach Schaidingers Auffassung darin, dass die hilfsbedürftigen Menschen unabhängig vom jeweiligen Pflegebedarf weiterhin im gewohnten Umfeld leben können: „Durch die kurzen Wege zum Rathaus oder zum Landratsamt wird mehr Bürgernähe erreicht, als die bisherige Aufsplitterung der Zuständigkeit zwischen Stadt und Bezirk bieten kann. Durch die Beratung der Pflegebedürftigen vor Ort aus einer Hand erhöht sich die Chance, die passende Form der Hilfsleistungen für die Betroffenen zu finden.“ Der Vorsitzende verspricht sich von der Zusammenlegung der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege auch Synergieeffekte: „Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird in den nächsten Jahren von

300.000 auf 450.000 in Bayern steigen. Wir müssen alles unternehmen, um der damit verbundenen Kostensteigerung zu begegnen. Deshalb halte ich es für sinnvoll, wenn die Kostenverantwortung und die zu erbringende Leistung in einer Hand zusammengefasst werden.“

Den von den Bezirken vorgebrachten Einwand, 96 örtliche Sozialhilfeträger (25 kreisfreie Städte und 71 Landkreise) wären mit den Entgeltverhandlungen mit den Heimträgern überfordert, hält Schaidinger für „reine Panikmache“. Bestes Beispiel für ein funktionierendes System seien die seit dem Jahr 2001 abgeschlossenen Entgeltvereinbarungen der Sozialhilfeträger mit den Heimen für die Kinder- und Jugendhilfe. Damals wurden vier professionelle Verhandlungsteams aufgebaut, die diese Verhandlungen für ganz Bayern mit Erfolg



Verbandsvorsitzender OB Hans Schaidinger (rechts) trägt sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Links Wunsiedels 1. Bürgermeister Willi Beck.

bewältigt haben. Solche Teams könnten genauso für den Bereich der Pflege eingerichtet werden. Schaidinger: „Im Übrigen genügt ein Blick über die Grenze nach Baden-Württemberg. Dort wird unter anderem die Hilfe zur Pflege mit Erfolg komplett von den kreisfreien Städten und Landkreisen geleistet. Unabdingbare Voraussetzung für die Verlagerung der Zuständigkeiten ist aber, dass ein angemessener Ausgleich für die finanzielle Mehrbelastung gewährleistet wird.“

Strompreispolitik

Mit Blick auf die Strompreispolitik des Freistaats Bayern forderte Schaidinger schließlich Wirtschaftsminister Erwin Huber auf, notwendige Strompreisanpassungen der Stadtwerke nicht politisch zu unterlaufen. Es dürfe nicht Ziel einer verantwortlichen Landespolitik sein, die Gewinne der Stadtwerke auf Null zurückzuführen. Die kommunalen Unternehmen würden damit in ihrem Bestand gefährdet.

Die Chefs der drei großen

Jahren - die „Rathausg‘naunzn“, benannt nach der Glocke am Turm des Alten Rathauses, die geläutet wurde, wenn etwas Besonderes vorgefallen war.

Aufs Korn genommen

Vorkommnisse aus dem kommunal(politisch)en Leben nahmen und nehmen sich natürlich die Ausspielgruppen vor. Da geht es um den Stadtpfarrer genauso wie um Geschäfteleute, um erst nachträglich festgestellte Defizite beim neu gebauten Schulhaus oder das Stadttor, das in moderner Form den Beginn des historischen Stadtkerns symbolisieren sollte. Klar, dass da der Bürgermeister, die Stadträte und die Verwaltung von den Maschkergruppen gerne und regelmäßig aufs Korn genommen werden.

Absoluter Höhepunkt des Hemauer Faschings ist - neben dem einzigartigen Maschkerer-

bayerischen Stromversorger E.ON, LEW und N-ERGIE hatten sich Ende September 2006 mit dem Wirtschaftsminister bei einem „Strompreisgipfel“ darauf verständigt, die Strompreise bis Ende 2007 stabil zu halten. Damit wurde erreicht, dass ein „Auf und Ab“ der Strompreise wegen der Absenkung der Netzentgelte einerseits und der gleichzeitigen Erhöhung des Strompreises wegen gestiegener Bezugspreise andererseits vermieden wird. Minister Huber hatte im Anschluss daran die Stadtwerke aufgefordert, die Strompreise ebenfalls stabil zu halten. Diesem Appell sind bislang zahlreiche bayerische Stromversorger, u. a. auch die Stadtwerke, gefolgt.

Stadtwerke sind keine Preistreiber

Wie Schaidinger bemerkte, sind die Stadtwerke „keine Preistreiber“, müssten sich aber nach den Gegebenheiten des Marktes richten, „das heißt sie müssen auf die drastische Verteuerung der

Zehn Jahre kommunale Verantwortung:

Nürnberger CSU auf der Erfolgsspur

Am 23. Oktober 1996 wurde mit Dr. Roland Fleck erstmals nach dem zweiten Weltkrieg ein CSU-Politiker zum berufsmäßigen Stadtrat in Nürnberg und damit in die Stadtspitze der Frankentropole gewählt. Gleichzeitig mit zehn Jahren Führung des Wirtschaftsreferates durch einen CSU-Politiker konnten Bürgermeister Dr. Klemens Gsell, Wirtschaftsreferent Dr. Roland Fleck und CSU-Fraktionschef Michael Frieser nun auch eine positive Zwischenbilanz für die Nürnberger CSU als wichtigen Gestaltungsfaktor im Nürnberger Rathaus ziehen.

„1996 befand sich der Standort Nürnberg mitten im Strukturwandel. Die schlechte Arbeitsmarktlage und eine gegenüber dem Rathaus bescheidene Stimmung in der Wirtschaft prägten die Situation“, erläuterte Fleck. Wirtschaftsförderung mit wenig Realitätsbezug, Vernachlässigung der Bestandspflege und ein schlechtes Klima u. a. zwischen dem Wirtschaftsressort des Rathauses sowie Kammern und sogar Teilen der Gewerkschaften - das sei die bittere Realität vor zehn Jahren gewesen. Umfangreiche Maßnahmen und Veränderungen waren notwendig, um verlorenes Vertrauen bei Unternehmen und Investoren, bei Kammern und Gewerkschaften und vor allem bei den Menschen in Stadt und Region zurück zu gewinnen, so Fleck.

Aktuell möchte der verantwortliche Nürnberger „Wirtschaftsminister“ mit Hilfe der „vier i“ - Image, Infrastruktur, Investitionen und Innovationen - die Nürnberger Wirtschaftspolitik weiter neu strukturieren. „Die vier i haben, bezogen auf die politischen Rahmenbedingungen, erheblich zur erfolgreichen Bewältigung des Strukturwandels in Nürnberg beigetragen. Nürnberg ist bei der Arbeitsmarktstatistik im Vergleich mit den anderen großen deutschen Städten auf einem hervorragenden dritten Platz. Wir sind für mehr Arbeit und Wachstum auf dem richtigen Weg“, urteilte Fleck. Allerdings sei das erfolgreiche Konzept um zwei weitere „i“ zu ergänzen: die Intergenerationenorientierung und die Internationalisierung.

Mentale Veränderung

„Die CSU ist die Nürnberg-Partei“, stellte Fraktionsvorsitzender Michael Frieser fest. Sie stehe für eine optimale Ausstattung von Kindergärten und Schulen, für beste Bildung von Anfang an, für Schutz und Unterstützung für Familien, z.B. mit der Einrichtung eines Frühwarnsystems gegen Missbrauch und Vernachlässigung und mit einer besseren Ausstattung des Erfolgsprogramms „100 Häuser für 100 Familien“, für einen gut ausgebauten Öffentlichen Nahverkehr auch in den wachsenden Ortsteilen vor allem an den Stadträndern und für ein attraktives kulturelles Profil der Stadt. „Nürnberg ist die Dürerstadt und hat ein großartiges kulturelles Erbe. Das wollen wir pflegen und ausbauen!“ betonte Frieser.

Bürgermeister Dr. Klemens Gsell hat 1996 als CSU-Fraktionschef maßgeblich am Machtwechsel im Nürnberger Rathaus mitgewirkt. Unter OB Ludwig Scholz habe sich die Stadt „wesentlich verändert, auch mental“, stellte Gsell fest. So sei die Noristadt nicht nur wieder attraktiv für junge Menschen, auch sei Nürnberg mittels kräftiger Investitionen beim Flughafen, bei der Messe und am Hafen als Wirtschaftsstandort kräftig gestärkt worden.

Ex-OB Ludwig Scholz, Bürgermeisterin Helen Jungkuntz und die CSU hätten seit 1996 viel gesät. „Die Früchte können bis heute zum Wohle der Stadt geerntet werden!“ meinte Gsell. Nürnberg dürfe jedoch nicht an Dynamik verlieren. Dazu müsse die Stadt attraktiv bleiben für Junge wie Ältere, weshalb die CSU verstärkt

auf Angebote bei Wohnen, Arbeit und Freizeit setze, die alle Generationen ansprechen. Die großen Unternehmen würden ebenso gebraucht wie die Klein- und Mittelbetriebe, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Zudem müsse die Stadtverwaltung gegenüber Bürgern und Investoren unbürokratisch, schnell und einheitlich handeln, meinte Gsell und fügte hinzu: „Wir haben hervorragende Fachleute in der Verwaltung. Die werden manchmal vom amtierenden OB gerne ein wenig links liegen gelassen, weil er vieles zur ‚Chefsache‘ erklärt und dann zur Geheimsache acht - zum Beispiel beim Volksbad oder beim Augustinerhof.“ DK

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherrieble (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlufstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

„Wer nicht derbleckt wird, ist nicht mehr in!“

Das Wechselverhältnis zwischen Kommune und Fasching am Beispiel Hemaus

„In Hemaus ist der Fasching eine Schau!“ heißt es im Lied der Hemauer Kirmweiber, die in der Tangrintelstadt seit 1923 am Sonntag nach Dreikönig den Beginn der närrischen Zeit ankündigen. Mit ihren rund 9000 Einwohnern gehört die Stadt Hemaus zu den Faschingshochburgen in der westlichen Oberpfalz.

Da ist es nicht verwunderlich, dass sogar frühere Bürgermeister aktiv an dem einen oder anderen Brauch mitwirkten: So war der jetzige Regensburger Landrat und frühere Hemauer Bürgermeister Herbert Mirbeth im Fasching 1971 Faschingsprinz - mit seiner Gattin Margarete als Prinzessin an seiner Seite. Es gibt also so manche Verbindung und Verflechtung zwischen Fasching und kommunalem Leben.

„Ich bin nicht der leidenschaftliche Faschingsfreak, aber ich will auch kein Faschingsmuffel sein. Als Bürgermeister einer Stadt, die eine Faschingshochburg ist, möchte ich Solidarität

bekunden gegenüber allen Akteuren im Fasching“, bekennt der seit 1996 amtierende Hemauer Bürgermeister Hans Pollinger.

Und Akteure gibt es genug in Hemaus: die zahlreichen Vereine in der Großgemeinde, von denen viele natürlich einen Faschingsball abhalten. Dann die Gastronomiebetriebe, deren Hausfaschingsfeiern Tradition haben. Nicht zu vergessen die Ausspiel- und Maschkergruppen: Neben den Kirmweibern sind dies derzeit der „Hemauer Fernsehsender“ (4. Februar) und die seit 1976 aktiven Waschweiber (11. Februar). Bis vor wenigen Jahren gab es auch noch die Moritat oder - in den 80er

Bezirkstag Unterfranken:

Gute Kooperation auch mit der Opposition

Erwin Dotzel neuer Präsident - Nachfolger von Albrecht Graf von Ingelheim

Würzburg. Erwin Dotzel, Bürgermeister von Würth am Main, ist neuer unterfränkischer Bezirkspräsident. In einer spektakulären Wahl entschied sich das 20-köpfige Gremium des Bezirkstags am Dienstag für den bisherigen CSU-Fraktionsvorsitzenden als neuen Präsidenten. Lediglich ein Bezirksratsmitglied lehnte Dotzel ab, vier Wahlstimmen waren ungültig.

Er hoffe auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den mehr als 3000 Beschäftigten des Bezirks, den Mitgliedern der CSU-Fraktion und der Opposition im Bezirkstag, erklärte Dotzel nach der Wahl. In seiner Amtszeit wolle er überparteilich mit allen Gruppierungen im Bezirkstag kooperieren. Dotzel, der an die Stelle des verstorbenen Albrecht Graf von Ingelheim tritt, ist bis zum Ende dieser Legislaturperiode im Amt. Im Herbst 2008 findet die nächste reguläre Bezirksratswahl statt.

Einziger Kandidat

Dotzel, der von CSU-Bezirksratsmitglied Roland Eller (Aschaffenburg) vereidigt wurde, war der einzige Kandidat, der sich zur Wahl stellte. Die SPD verzichtete auf einen eigenen Kandidaten, da dieser ohnehin keine Chance gehabt hätte, die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen. Von den 20 Mitgliedern des Bezirkstags gehören 13 der CSU-Fraktion an. Diese hatte sich bereits vergangene Woche intern auf Dotzel als Kandidaten verständigt.

Unterfrankens Bürgern, die Hilfe benötigen, gut zu versorgen, das hat sich Dotzel vor allem auf seine Fahnen geschrie-

ben. Besonders im Blick hat der neue Bezirkspräsident die immer zahlreicheren Senioren im Regierungsbezirk, die aufgrund einer Demenz auf intensive Hilfe angewiesen sind. In der Region Würzburg gibt es nach Dotzels Angaben bereits ein gut ausgebautes Hilfenetz, am Bayerischen Untermain fehlt dieses.

„Pflichtaufgabe“

Als eine „Pflichtaufgabe“ sieht Dotzel das reiche kulturelle Erbe des unterfränkischen Bezirks an. Wichtig ist dem neuen Bezirkspräsidenten außerdem die Zusammenarbeit mit den Landkreisen und kreisfreien Städte, die über ihre Umlage den Bezirk finanzieren. Die Umlagezahler erwarten zurecht, dass mit ihren Geldern wirtschaftlich umgegangen werde, so Dotzel.

Bischofs Wunsch

Vor allem die Opposition ist gespannt, wie sich die Kooperation mit Dotzel in den kommenden Monaten gestalten wird. Tamara Bischof von der Gruppierung der Freien Wähler (FW), mit der Dotzel nach eigener Aussage als CSU-Fraktionsvorsitzender in der Vergangenheit

„manchen Strauß ausgefochten“ hat, formulierte nach der Wahl ihre Erwartungen deutlich. So hoffe sie, dass es mit Dotzel gelingt, eine wirtschaftliche Betriebsführung für alle Krankenhäuser des Bezirks zu erreichen.

Bischof wünschte mit Blick auf die Wahl 2008 dem neuen Bezirkspräsidenten das Rückgrat, im Bezirkstag und seinen Ausschüssen auch unbequeme Dinge anzusprechen, „die man draußen nicht gerne hört“. Die Änträge der Opposition sollten stets sachlich geprüft werden: „Und nicht abgelehnt, weil sie von uns kommen.“ Die Freien Wähler nähmen Dotzel beim Wort, dass er alle Mitglieder des Bezirkstags in die Bezirksratsarbeit einbeziehen wolle.

FW-Antrag

Direkt nach der Wahl brachten die Freien Wähler einen ersten Antrag durch. Main-Spessart-Landrat Armin Grein hatte beantragt, dass die Bezirksratsmitglieder, anders als bisher in der Geschäftsordnung vorgeschrieben, ihre Redebeiträge künftig nicht mehr stehend vorbringen müssen: „Schließlich handelt es sich um eine Sitzung.“ Die Änderung der Geschäftsordnung wurde gegen zwei CSU-Stimmen beschlossen.

Aufbauen auf einem „soliden Fundament“

Einen guten Start in das neue Amt wünschte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer. Dotzel könne aufbauen auf einem „soliden Fundament“, das Albrecht Graf von Ingelheim und seine Vorgänger gelegt hätten. In seiner Gratulation betonte Beinhofer, dass er den immer wieder in Frage gestellten und von Abschaffung bedrohten Bezirk als eine sinnvolle Einrichtung ansieht: „Ohne den Bezirk hätten wir unzählige Zweckverbände.“

Pat Christ

Erlangen sucht Helden

Die Stadt Erlangen will sich an der großen Sozialaktion „3 Tage Zeit für Helden“ beteiligen, die im Juli stattfindet, und sucht dafür interessierte Jugendliche. Ziel dieser landesweiten Aktion der Jugendarbeit in Bayern ist es zu zeigen, was engagierte Jugendliche schaffen können. Das Ganze hört sich zunächst sehr einfach an: Jugendliche haben 72 Stunden Zeit eine soziale Aufgabe zu lösen. Doch die Sache hat einen Haken: Bis zu Beginn der Aktion, am Donnerstag, 12. Juli, kennt keiner seine Aufgabe. Bis Sonntag, 15. Juli heißt es dann Improvisieren, was das Zeug hält.

Improvisation ist alles

Veranstaltet wird die Aktion vom Bayerischen Jugendring und all seinen Untergliederungen. In Erlangen ist dies in erster Linie der Stadtjugendring Erlangen in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsverbänden. Weitere Informationen sowie Anmeldebögen gibt es im Internet (www.sjr-erlangen.de) sowie direkt beim Stadtjugendring (Helmstraße 1, Telefon 22628).

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Die Jungen hier, die Alten da. Wer denkt an uns, die Sandwich-Generation?“ Mein Chef, der Bürgermeister, sah mich an, als wollte er mich auffordern, seine Komplizin in einem Aufstand der Zwischengeneration zu werden.

Nun mag es auf den ersten Blick nicht ganz nachvollziehbar sein, wieso mein Chef, ein arrivierter Fünfziger, mit mir, einer Frau am Ende der Mitzwanziger, eine Generation bilden soll. Doch haben wir eine Gemeinsamkeit: Wir sollen einerseits feste mitzahlen, dass mehr Kinder nachkommen, andererseits aber auch das Wohlergehen der Älteren sichern. Und zwischen diesen Anspruchslagen liegt - eingequetscht wie ein armes Würstchen zwischen den Brotscheiben eines Sandwichs - die Erwerbsbevölkerung von heute.

Die Berliner Politiker überschlagen sich in

Gefragt ist eine neue Balance zwischen den Generationen

ihren Versuchen, die Geburtenfreudigkeit der Deutschen zu erkaufen. Die einen wollen die Eltern finanziell besser stellen, die anderen die Kinderbetreuung kostenlos machen, die Dritten alles zugleich - die Rechnung wird der Steuerzahler präsentiert bekommen, einschließlich der Eltern, deren Kinder schon in der Schule oder im Studium sind und ihnen die Haare vom Kopf fressen.

Auf der anderen Seite sorgen die Rentenbeitrags- und Steuerzahler dafür, dass den Senioren ein in der Sozialgeschichte Deutschlands einmalig hohes Einkommens- und Wohlstandsniveau gesichert bleibt. Weil es aber für die nachkommenden Alten (die heute Aktiven) nicht mehr reichen wird, müssen wir für die eigene Altersvorsorge auch noch in Form von zusätzlichen Sparleistungen sorgen. Weil das für viele schwer bis unmöglich ist (das ökonomische Gesetz, wonach ein Euro entweder ausgegeben oder gespart werden kann, aber beides gleichzeitig nicht geht, gilt auch für die 20 bis 60-Jährigen), macht man sich um eine grassierende Altersarmut in der Zukunft Sorgen. Also strahlt das Fernsehen zum Zwecke der Volksbil-

dung Sendungen aus, die Hungerauflagen zerlumpter, obdach- und zahnloser Rentner im Jahre 2030 zeigen und das undurchschaubare Gestrüpp staatlicher Förderung der Altersvorsorge wird in zwölf(!)-stündigen VHS-Kursen der staunenden Mittelschicht nahegebracht. Die Moral von der Geschichte: Jedes Stück Fleisch, das Du heute nicht verzehrst, wird Dich

Morgen ernähren.

Ob ich zur Revolte der Arbeitenden aufrufe? Nein, natürlich nicht. Klar brauchen sowohl die Kinder, die Familien als auch die Alten die Solidarität der Erwerbsbevölkerung. Das ist seit Anbeginn aller Zeiten so. Aber bitte mit Augenmaß.

Für familienpolitische Programme kann man noch so viel Geld ausgeben, alles nützt nichts, wenn es keinen Bewusstseinswandel gibt. Tagesmutter müsste bei uns wie in Skandinavien ein angesehener Beruf sein, nicht nur eine aus der Not geborene Form der Selbsthilfe. Für Frauen (und Männer) gerade in Führungspositionen müsste es wie in Frankreich ein unerlässlicher Kompetenznachweis in „Mikromanagement“ sein, Kinder zu haben. Berufliche und familiäre Pflichten dürften nicht nur in Sonntagsreden gleich wichtig sein, sondern auch in der Arbeitswirklichkeit. Aber was würde gerade mein Chef sagen, wenn ich ein wichtiges Diktat liegen ließe, weil ich mein Kind von der Krippe abholen müsste?

Und die Senioren? Ich glaube, wenn man den Mut hätte, Tacheles zu reden, wären viele bereit, selber mehr für ihre Gesundheits- oder Pflegevorsorge aufzuwenden, damit ihre Kinder und Enkel finanzielle Luft bekommen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist auch überzeugt davon, dass eine neue Balance zwischen den Generationen hergestellt werden muss. Mit seinen zwei Jahrzehnten Altersvorsprung verweist er aber weise auf den Satz der Schriftstellerin Evelyn Waugh auf dem heutigen Kalenderblatt: „Die jungen Menschen von heute sollten gelegentlich daran denken, dass sie die alten Herrschaften von Morgen sein werden.“

the
Sabrina

Pläne des Landkreises Fürth:

Gabi Pauli will Soziales ausbauen

„Leitbild Familien nach und nach umsetzen“
Gemeinsame Klage gegen Freistaat wegen G8-Finanzierung

„Wir wollen, dass sich Jung und Alt bei uns im Landkreis wohl fühlen und optimale Bedingungen vorfinden“. Das hat Landrätin Dr. Gabriele Pauli für den Landkreis Fürth als Jahresmotto vorgegeben. Vor wenigen Tagen stellte sie ihre Pläne der Presse vor.

„Weil wir das Dorfleben, die traditionellen Strukturen noch haben, verstädern wir nicht.“ CSU-Landrätin Pauli zeigte sich überzeugt, dass das ländliche Flair des Landkreises im Speckgürtel der Großstädte Nürnberg und Fürth erhalten werde. Obwohl „viele sehr gut verdienende Bürger hier bei uns wohnen“.

Doch dazu bedürfe es einiger Anstrengungen, gerade weil die Alterspyramide sich auch in Fürth-Land verändert: „Unser Leitbild für Familien wollen wir nach und nach umsetzen“, bekräftigte Pauli. So sei „die Riesensumme von 4,55 Mio. Euro Fördermitteln für die Schaffung von Wohnraum 2006 durch das Landratsamt bewilligt“ worden.

„Auch die Schulen stehen top da“, stellte die Landrätin heraus. Damit das auch so bleibe, werde die von ihr initiierte Klage gegen den Freistaat wegen nicht vollständiger G8-Finanzierung weiter betrieben, „denn eine Zusage über 220.000 Euro ist noch offen. Gemeinsam mit den anderen mittelfränkischen Landkreisen werden wir einen Anwalt damit beauftragen“.

Dennoch müsse man über „neue Konzepte nachdenken, wenn die Hauptschulen bleiben sollen“, gab sich Pauli nachdenklich. Denn kürzlich hatte Fürths Arbeitsagenturchef Günther Meth, SPD-Bewerber

um den Landratsposten, sich für Kommunalschulen ausgesprochen, also integrierte Real-, Wirtschafts- und Hauptschulen. Solche Ideen „müssen mit dem Staat abgestimmt werden. Aber es zeichnet sich ab, dass einzelne Schulen Probleme haben“, rückte sie ihre „Top-Schul“-Aussage etwas zurecht.

Mehr Krippenplätze

Für die Kleinkinder solle es noch mehr Krippenplätze geben, „nach einer Verfünfachung im Jahr 2006“, doch sei der Landkreis „bei Horten noch nicht so weit“, bekannte Pauli. Für Jugendliche werde das „Job-checker“ genannte Projekt weitergeführt, das den praktischen Einblick in die Berufsausbildung ermögliche. Und „rund 100 ehrenamtliche Schülercoaches“ würden weiterhin Jugendliche bis zum Schul- oder Lehrabschluss unterstützen.

Aber auch an Senioren sei gedacht: Eine „ARGE Senioren“ solle gegründet werden, in der die Seniorenbeiräte von Stadt und Landkreis Fürth zusammenarbeiten könnten. Ob dagegen die geplante „Internetbörse, die zeigt, welche Plätze in welchem Heim frei sind“ von der Zielgruppe der Älteren angenommen wird, muss sich zeigen.

Zwar kommentierte Gabriele

Pauli die Qualität ihres Landkreismarketings selbstkritisch mit „Na ja...“. Dennoch gab sie sich mit der wirtschaftlichen Lage im Kreis sehr zufrieden: So sei allein die Zahl der Ausbildungsplätze zwischen 1995 und 2006 um 50 Prozent gestiegen. Hier hatte ihr Konkurrent Meth mit den „im Vergleich zu den Nachbarregionen wesentlich schlechteren Werten“ argumentiert.

Im Landratsamt solle „noch verantwortungsbewusster“ mit dem Geld der Bürger umgegangen werden, so die Landkreischefin: Mit Hilfe der „Kostenrechnung, die in den Piloten Abfallwirtschaft und Gesundheitssamt“ getestet werde, sollen die Mitarbeiter „lernen, mit der Verantwortung umzugehen“, kündigte Pauli an. Und schließlich auch damit, dass trotz zurzeit 13,6 Mio. Schulden die Kreisumlage für die Kommunen um 0,5 Prozent auf dann 41,9 Prozent sinken solle. Womit Fürth schon recht niedrig liege im Vergleich zu anderen Kreisen, wie die CSU-Landrätin meinte. Dagegen forderte die SPD im Kreistag eine Senkung um 2 Prozent.

Nicht zuletzt soll Gabriele Paulis überregionale Medienpräsenz die Wirtschaftskraft im Kreis stärken: Pauli hat „Anfragen aus der ganzen Republik“, ob man in ihrer Nähe urlaube könne. Gute Aussichten für die noch ausbaufähige Fremdenverkehrsinfrastruktur im Landkreis? **Heinz Wraneschitz**

Bayerischer Gemeindetag / Kreisverband Nürnberger Land:

Zentrales Thema TVöD

Die Verbandsversammlung im Landkreis Nürnberger Land stand ganz im Zeichen des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Kreisverbandes, Konrad Rupprecht, Erster Bürgermeister des Marktes Feucht und der Vorstellung der gastgebenden Kommune Röthenbach a. d. Pegnitz durch Ersten Bürgermeister Günther Steinbauer informierte der Leiter des Referats VI beim Bayerischen Gemeindetag, Hans-Peter Mayer, die anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über die Grundzüge des TVöD und erläuterte die Besonderheiten des Tarifwerkes zur leistungsorientierten Bezahlung.

Mit zahlreichen Praxisbeispielen und wertvollen Hinweisen zur Umsetzung der tariflichen Regelungen erläuterte Hans-Peter Mayer die rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Einführung der leistungsorientierten Bezahlung für die Beschäftigten der Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern.

In seiner äußerst interessanten, sehr lebhaften und praxisnahen Präsentation gab er den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Landkreises Nürnberger Land wertvolle Tipps mit auf den Weg.

Wertvolle Tipps

Klaus Sgrai, Geschäftsleitender Beamter der Stadt Lauf, erläuterte anhand des bereits seit einigen Jahren im Bauhof der Stadt Lauf a. d. Pegnitz eingeführten Leistungsbeurteilung- und Bewertungssystems, wie leistungsorientierte Bezahlung grundsätzlich gestaltet werden kann.

Leistungsprämien

Hermann Haas, Personalentwickler bei der Stadt Nürnberg, informierte die Anwesenden über die aktuellen Überlegungen der Stadt Nürnberg zur Umsetzung der tariflichen Regelungen und berichtete über das bereits in den letzten Jahren bei der Stadt Nürnberg entwickelte und angewand-

te System der Gewährung von Leistungsprämien.

Den fachkundigen Referenten ist es bei dieser Veranstaltung des Bayerischen Gemeindetages im Landkreis Nürnberger Land gelungen, das sehr komplexe Thema der leistungsorientierten Bezahlung anschaulich und praxisorientiert darzustellen. Hans-Peter Mayer hat den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern abschließend empfohlen, diesbezüglich zu handeln und dieses tarifvertraglich geregelte Instrumentarium in Vereinbarungen mit den örtlichen Personalräten zu gestalten. □

Bürgermeisterwahl in Bayern

Der Oberbürgermeister der oberfränkischen Stadt Selb, Wolfgang Kreil, ist im ersten Wahlgang wiedergewählt worden. Der 48-jährige CSU-Politiker, der von CSU und Freien Wählern unterstützt wurde, erhielt 53,1 Prozent der Stimmen. Der einzige Gegenkandidat Dr. Klaus von Stetten (Aktive Bürger) kam auf 46,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 64,9 Prozent. Kreil war 2001 als erster CSU-Bewerber überhaupt ins Selber Rathaus gewählt worden. **DK**

75 Jahre Landkreis Kronach:

Tatkraft und Weitblick als Maximen

Festakt mit Innenminister Dr. Günther Beckstein

Das Jubiläum „75 Jahre Landkreis Kronach“ wurde bislang insbesondere mit aufschlussreichen Publikationen gewürdigt. Zur Abrundung des Jubiläumsjahrs und als rückblickender Höhepunkt fand nunmehr im Landratsamt ein Festakt statt, zu dem neben dem Kreistag ein repräsentativer Querschnitt von Vertretern des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens im Landkreis geladen war. Als prominenten Festredner konnte Landrat Oswald Marr Innenminister Dr. Günther Beckstein gewinnen.

Der Landkreis Kronach, dessen Geburtsstunde 1931 mit der Vereinigung der Bezirke Kronach und Teuschnitz schlug, war im vergangenen Jahr in die Schlagzeilen geraten, als die Rodachtal-Kommunen Nordhalben, Wallenfels, Steinwiesen und Marktrodach mit ihren laut Beckstein „sicher nicht allzu ernst gemeinten“ Überlegungen, sich Thüringen anzuschließen, eine „wichtige Diskussion über die Situation der nordostoberfränkischen Kommunen“ anstießen. In diesem Zusammenhang wies der Minister darauf hin, dass eine generelle Überprüfung der Gemeindegebiets- und Kreisreform nicht der richtige Ansatz wäre, die finanziellen Probleme des Landkreises und seiner Gemeinden zu lösen“.

Ernstes Anliegen

„Die großen Probleme, die gerade in Nordostoberfranken durch den massiven Bevölkerungsrückgang entstehen, sind uns dennoch ein ernstes Anliegen“, versicherte Beckstein, der zwei effektive Lösungsmöglichkeiten vorschlug: zum einen eine

verstärkte Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten kommunaler Zusammenarbeit, zum anderen die Unterstützung struktur- und steuerschwacher Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich.

C-Fördergebiet

Auch in anderen Bereichen sah Beckstein positive Ansätze für die Region. Er erinnerte daran, wie intensiv man darum gerungen habe, das Fördergefälle zu den neuen Bundesländern abzumildern und Verlagerungsinvestitionen, wie zwischen Bayern und Thüringen vereinbart, zu verhindern. Mit Beginn dieses Jahres sei Abhilfe geschaffen: „Der Landkreis Kronach ist C-Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe - vor allem ein Verdienst meines oberfränkischen Kollegen Werner Schnappauf“, erklärte Beckstein.

Aktive Wirtschaftsförderung

Dass der Landkreis durchaus zuversichtlich nach vorne blicken könne, zeige zudem der

Umstand, dass die Unternehmen im „Oberen Frankenthal“ angekündigt haben, an ihren Standorten in den nächsten Jahren Investitionen in Höhe von 70 Millionen Euro vorzunehmen und gleichzeitig Mitarbeiter in beträchtlicher Anzahl (wieder) einzustellen, fuhr der Kommunalminister fort. Im Bewusstsein seiner Bedeutung als hoch industrialisierter Wirtschaftsstandort betreibe der Landkreis besonders mit der Wirtschafts- und Strukturentwicklungsgesellschaft, an der er mehrheitlich beteiligt ist, und dem dort angesiedelten Gründer- und Kompetenzzentrum aktive Wirtschaftsförderung. Der Verein Kronach Creativ e.V. wirke mit dem Ziel, die Erfolgspotentiale der Region deutlich zu machen und konkrete Maßnahmen durch ein gemeinsames Engagement von Kommunen, Vereinen, Verbänden, Unternehmen und Privatpersonen anzustoßen.

Zukunftsweisende Projekte

Beckstein weiter: „Ich begrüße es sehr, dass sich der Landkreis auch in einer Vielzahl weiterer zukunftsweisender Projekte engagiert. So ermuntere er als Gebietskörperschaft, die nach dem Landkreis Regen in Niederbayern den höchsten Waldanteil im Verhältnis zur Gesamtfläche aufweist, die Haushalte im Landkreis zu einer verstärkten Nutzung des nachwachsenden Brennstoffes Holz. Unter dem Titel 'Energievision Frankenthal' lief kürzlich ein Beratungsprogramm für Touristikbetriebe zur Förderung umweltfreundlichen Heizens an.“ Der Landkreis habe aber auch erkannt, wie wichtig eine Förderung der Zukunft der Kinder ist, die eines Tages das Land ent-

scheidend prägen werden. Zusammen mit der Universität Bayreuth habe er im Jugendbildungshaus Knock in Teuschnitz unter dem Motto „Robuste Kids“ ein viel beachtetes Schulungsprogramm ins Leben gerufen. Hauptziel sei es, Schulkinder und ihre Eltern in ihrem Ernährungsverhalten positiv zu beeinflussen und sie zu motivieren, mehr Sport zu treiben.

Aber auch im Sparkassenbereich, einem weiteren wichtigen Bereich kommunaler Daseinsvorsorge, habe der Landkreis Kronach Weitblick bewiesen. Landkreis und Stadt Kronach hätten im Jahr 2005 die eigene Sparkasse Kronach-Ludwigsstadt in die neue Fusionssparkasse Kulmbach-Kronach eingebracht. Beckstein: „Mir ist bewusst, dass dies dem Landkreis Kronach nicht leicht gefallen ist. Ich halte diese Entscheidung aber für richtig, da mit der neuen Sparkasse Kulmbach-Kronach ein nachhaltig zukunftsfähiges Kreditinstitut hier im nördlichen Oberfranken geschaffen wurde.“

Lebens- und liebenswerte Region

Becksteins Fazit: „Der Landkreis Kronach hatte sich immer besonderen Herausforderungen zu stellen. Zu Zeiten des Eisernen Vorhangs waren seine Entwicklungsmöglichkeiten gebremst; aber auch die Grenzöffnung hat bei aller Freude über die Wiedervereinigung neue Probleme gebracht. Der Landkreis und seine Gemeinden haben sich in den letzten 75 Jahren diesen Herausforderungen aber immer tatkräftig gestellt. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und ihrer kommunalpolitischen Vertreter ist vorbildlich. Es hat dazu geführt, dass der Landkreis eine lebens- und liebenswerte Region ist, die Perspektiven für eine erfolgreiche Zukunft hat. Bei der Realisierung wird Sie die Bayerische Staatsregierung nach besten Kräften unterstützen.“ DK



Für die Kooperationspartner unterzeichneten (von rechts): Regierungsdirektor Dr. Uwe Klug in Vertretung für Heidi Mikoteit-Olsen, Kanzlerin der Universität Würzburg, die Landräte Armin Grein für den Landkreis Main-Spessart, Roland Schwing für den Landkreis Miltenberg, Dr. Ulrich Reuter für den Landkreis Aschaffenburg, Oberbürgermeister Klaus Herzog für die Stadt Aschaffenburg, Vizelandrat Günter Frenz für den Main-Kinzig-Kreis (vertreten durch seinen Referenten Eugen Glöckner) sowie Dr. Gerhard Ermischer für das ASP. □

Kooperationsvereinbarung für den Spessart

Ein weiterer Schritt für die nachhaltige Erforschung, Erschließung und Vermittlung der Kulturlandschaft Spessart bedeutet die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Aschaffenburg, den Landkreisen Aschaffenburg, Main-Kinzig, Main-Spessart und Miltenberg mit der Universität Würzburg und dem Archäologischen Spessart-Projekt (ASP).

Die Hauptpunkte der Kooperation umfassen die wissenschaftliche Aufarbeitung der Kulturlandschaft Spessart, die Förderung von Konzepten und Strategien für den Erhalt und die Nutzung der Kulturlandschaft Spessart sowie die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und kulturhistorischen Identität durch Informations- und Bildungsarbeit. Die Kooperationsvereinbarung wurde in der Geschäftsstelle des Spessartbundes unterzeichnet, in der seit Juli 2006 auch das ASP ein Büro unterhält.

Die Zusammenarbeit steht unter dem Motto „Forschung und Entwicklung der Kulturlandschaft Spessart für Wohlstand und Lebensqualität“. Im Rahmen der Vertragsunterzeichnung berichtete

ten Frau Anne Lüft von der Aschaffener Maria Ward-Schule und Klaus Reinthaler vom Geschichtsverein Kleinwallstadt von ganz konkreten Projekten aus der Praxis: Der Arbeit mit Schülerinnen zur Geschichte der Landwirtschaft im Spessart und den Grabungen auf der Burg Kleinwallstadt. Eine geplante Vorführung von Schülerinnen der Maria Ward-Schule fiel dem Sturm Kyrrill zum Opfer - die Schüler in ganz Bayern hatten an diesem Tag schulfrei.

Die Vertragspartner erhielten als „Zugpferd“ für die Kooperation je eine Replik des Kleinwallstädter Pferdchens, eines bei der Grabung geborgenen Keramikspielzeugs des 13. Jahrhunderts. □

Vorschau auf GZ 4
 In unserer nächsten Ausgabe Nr. 4, die am 15. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Abfallwirtschaft - Recycling
- Umweltschutz
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 e-Mail info@fahnen-koch.de

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion - Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestraße 1 · D-91285 Rothingen
 Tel. 09338139-0 · Fax 09338139-99
 E-Mail info@elbe.de · www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ®
 Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
 Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
 www.benz-sport.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo-Werk
 Schachtabdeckungen, Schachtleitern
 Einstiegshilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 e-Mail info@fahnen-koch.de

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!

Gmeiner GmbH & Co. KG
 Bgm.-Knob-Str. 26
 D - 92245 Kümmerbruck
 Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 55-0
 Internet: www.gmeiner-online.de
 E-Mail: info@gmeiner-online.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Fahrradabstellanlagen

LANGER
 09326730-0
 Wartehallen
 30890 Langenbrunn · www.langer-gang.de
 Ein Gesellschafter der LANGLIA-AG

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Inserieren bringt Erfolg!
 www.bayerische-gemeindezeitung.de

ORION
 siehe Fahrradabstellanlagen
 www.orion-bausysteme.de

KOMPAN! Playful Living

KOMPAN GmbH
 Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
 Tel.: 0461-77306-0 · Fax: 0461-77306-35
 E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
 www.KOMPAN.com

Wasserrähler

BECK

- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Außen
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
 Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
 www.beck-aussenmoeblierung.de

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH
 09326730-0
 30890 Langenbrunn · www.funeralia.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion - Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestraße 1 · D-91285 Rothingen
 Tel. 09338139-0 · Fax 09338139-99
 E-Mail info@elbe.de · www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

HYDROMETER DIE ZUKUNFT ZÄHLT

HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
 Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
 www.hydometer.de